Die Beziehungen zwischen Kapital- und Arbeitsmarkt

Ilse Rinn

Die Beziehungen zwischen Kapital- und Arbeitsmarkt

Abhandlung
zur
Erlangung der Doktorwürde
vorgelegt
der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität
zu Bonn

von

Ilse Rinn

Essen 1936

Angenommen auf Bericht von Prof. Dr. Schumpeter

W. Girardet, Essen.

Inhaltsverzeichnis.

Es bedarf kaum besonderer Betonung, daß sowohl vom Standpunkte praktischer Wirtschaftsführung als auch vom Standpunkte der ökonomischen Theorie die Frage nach den Beziehungen zwischen Kapital- und Arbeitsmarkt von großer Bedeutung ist. Der im folgenden in dieser Richtung unternommene Versuch rechtfertigt sich daher von selbst. Es handelt sich für uns darum, die Fäden, teils grobe, teils feine, zu entwirren, die sich von dem einen Markt zu dem anderen hinüberspinnen, um unverhüllt erkennen zu können, wie jede veränderte Situation des einen Marktes auf den anderen wirkt, z. B. welche Reaktion durch steigendes oder sinkendes Kapitalangebot auf dem Arbeitsmarkt ausgelöst wird. Zu diesem Zweck schlagen wir folgenden Weg ein: Unser erster Schritt, nachdem wir die zu behandelnden Objekte definiert und erfaßt haben, besteht in der theoretischen Erforschung der zu klärenden Zusammenhänge. Hierbei wird unser Bestreben sein, soweit eine theoretische Erörterung das überhaupt zuläßt, alle Dinge so zu betrachten, wie sie in der Wirklichkeit, in unserem heutigen Wirtschaftssystem, einer voll ausgebildeten Geld- und Kapitalwirtschaft, existieren. Als Resultat erhalten wir dann gewisse theoretische Erwartungen bezüglich der Relationen zwischen Kapital- und Arbeitsmarkt. Diese theoretischen Zusammenhänge, die sich aus unserer Untersuchung herausgeschält haben, stellen wir den Tatsachen, wie sie uns die Statistik in Form von fortlaufenden Angaben über die charakteristischen Daten beider Märkte mitteilt, gegenüber und vergleichen, wieweit sie sich in diesen widerspiegeln. Stimmen beide überein, oder aber gibt es für etwaige Abweichungen befriedigende Erklärungsgründe, so sind unsere Erwartungen verifiziert.

Als die nationalökonomische Wissenschaft noch in den Kinderschuhen steckte, fühlten sich ihre Vertreter schon von diesem Problem der Beziehungen zwischen Kapital- und Arbeitsmarkt stark angezogen, und auch im Verlauf ihrer Entwicklung büßte es nichts von seiner Anziehungskraft ein. So kommt es, daß bis zur Gegenwart zahlreiche Lösungsversuche in mannigfaltigen Variationen vorliegen. Die bedeutendsten unter ihnen seien kurz gestreift. Schon Turgot befaßte sich mit der Frage der Abhängigkeit des Lohnes vom Kapital, eingehender dann Smith, Malthus und Ricardo. Die auf diesem Gebiet von den Klassikern begründete Lehre ist allgemein unter dem Namen Lohnfondstheorie bekannt. Ihre starrste Form wird von James Mill vertreten. Danach errechnet sich der Lohnsatz für jeden einzelnen Arbeiter ganz einfach durch eine Division der in einer Volkswirtschaft zur Verfügung stehenden Kapitalmenge durch die Zahl der vorhandenen Arbeiter. Senior analysiert bereits den Lohnfonds näher, dahingehend, welche Bestandteile ihn ausmachen und welche Faktoren auf ihn einwirken. Als die Malthusianische Bevölkerungslehre sich durchgesetzt hatte, wurde sie in das Gebäude der Lohnfondstheorie eingefügt. Die Bevölkerungsbewegung als ausschlaggebender Faktor des Umfangs des Arbeitsangebots wird in die Erklärung der Lohngestaltung aufgenommen. Der Lohn wird also dann steigen, wenn sich die angebotene Kapitalmenge schneller vermehrt als die Zahl der Beschäftigung suchenden Arbeiter, und umgekehrt muß er in dem Fall sinken, wenn die Arbeiterzahl schneller wächst als das Kapitalangebot. Diese Relation zwischen Lohn und Zins bleibt von der klassischen Lehre bestehen, wenn man die falschen Voraussetzungen, auf denen sie aufbaut, nämlich das Malthusianische Bevölkerungsgesetz und die Identifizierung des Kreditangebots mit den Ersparnissen einer Volkswirtschaft, fallen läßt. Laut dieser Formulierungen der Beziehungen zwischen Lohn und Zins entspräche also jeder Erweiterung des Kapitalangebotes eine Vermehrung der Nachfrage nach Arbeitskraft.

Eine wertvolle Umbildung bzw. Ergänzung erfuhr diese Lehre durch Böhm-Bawerk. Der Lohnfonds besteht nach ihm in dem in jedem Augenblick in einer Volkswirtschaft vorhandenen Gütervorrat, dem sogenannten Subsistenzmittelfonds; dieser bildet die äußerste Grenze für Lohn und Rente. Sein Umfang sowie die Zahl der Lohnarbeiter einerseits, die durchschnittliche Länge der Produktionsperiode andererseits bestimmen die jeweilige Lohnhöhe. Dieser letzte Faktor war bis dahin ganz vernachlässigt worden, Böhm-Bawerk hat als erster das Zeitelement in die Lohnfondstheorie eingebaut. Die Einführung dieses Momentes kompliziert zwar die Beziehungen, hat aber auf der anderen Seite den Vorteil, daß dadurch eine wesentliche Annäherung an die Wirklichkeit erreicht wird. Jetzt erfahren die Beziehungen zwischen Kapitalangebot und Nachfrage nach Arbeitskraft im Vergleich zur Darstellung der Klassiker eine Veränderung insofern, als nach Böhm-Bawerk ein Anwachsen des Subsistenzmittelfonds nicht unbedingt eine entsprechend gesteigerte Lohnsumme bedeutet. Allerdings ist der Lohn dann erhöhbar, wenn eine Vermehrung des gesellschaftlichen Genußgütervorrats stattgefunden hat, aber er erhöht sich tatsächlich nur insoweit, als diese Vermehrung nicht einer Verlängerung der Produktionsperiode dient, oder besser ausgedrückt, ein vergrößerter Subsistenzmittelfonds macht Produktionsmethoden vorteilhaft, die es bisher nicht waren; es werden also jetzt, um den Böhm-Bawerkschen Ausdruck zu gebrauchen, weitere Produktionsumwege eingeschlagen. Nur

der Teil des Zuwachses, der nicht zur Ausdehnung der Produktionsperiode in Anspruch genommen wird, steht für Lohnerhöhungen zur Verfügung. Mit diesem Punkt werden wir uns im Verlaufe unserer Untersuchung noch näher zu befassen haben.

Die Klassiker hatten ihre Untersuchung unter der Voraussetzung gleichbleibender Produktionsmethoden aufgebaut, und dementsprechend entwarfen sie ein Zukunftsbild von der Gestaltung des Arbeitslohnes, der Grundrente und des Kapitalprofits, der Zins und Unternehmereinkommen umschließt. Danach sollten sich die drei Einkommensarten wie folgt entwickeln: Der Arbeitslohn, ausgedrückt in Konsumgütern, bleibt konstant, weil die Produktionskosten der Arbeit, also die zum Unterhalt und zur Fortpflanzung nötige Lebensmittelmenge, die letzten Endes die Lohnhöhe bestimmen, unveränderlich sind. Die Grundrente muß steigen, da infolge wachsender Bevölkerung immer ungünstigerer Boden zur Bebauung herangezogen werden muß. Weil aber der Teil des Volkseinkommens, der nicht Arbeitslohn ist, sich auf Kapitalprofit und Grundrente verteilt, so vollzieht sich die Steigerung der Grundrente auf Kosten des Profits.

Der klassischen Forschungsmethode kann man zwei schwerwiegende Vorwürfe nicht ersparen. Der erste bezieht sich auf die Grundlagen ihrer Theorie bzw. auf die Annahmen, mit denen sie operiert und die zum Teil gänzlich unzutreffend sind. Eine Theorie, die auf falschen Hypothesen fußt, muß natürlich unhaltbare Resultate liefern. Von diesen Mängeln abgesehen, nehmen wir weiter daran Anstoß, daß jede Verbindung fehlt zwischen der klassischen Theorie und der Wirklichkeit, wie sie sich uns in der geldwirtschaftlichen Form der kapitalistischen Wirtschaft darbietet. Die Abstraktion von den geldlichen Vorgängen, wie sie sich praktisch abspielen, macht einen Vergleich zwischen den theoretischen Ergebnissen und dem Erfahrungsmaterial, das die Statistik uns liefert, völlig unmöglich. Nach unserer Meinung kann aber der Erkenntnisweg für unser Problem nur darin liegen, daß wir unsere Untersuchung in engster Anlehnung an die Wirklichkeit vornehmen, so daß ihr Resultat auf eine Formel gebracht werden kann, die einer statistischen Erfassung zugängig ist, d. h. also, deren Richtigkeit an Hand des Erfahrungsmaterials, das wir besitzen, nachgeprüft werden kann. In dieser Weise wollen wir die Behandlung unseres Themas vornehmen.

A. Der Arbeitsmarkt.

I. Der Umkreis des Arbeitsmarktes.

Bevor wir in medias res eintreten, sind einige Begriffspräzisionen notwendig und eine kurze Beschreibung der Wesenheit beider Märkte, deren Beziehungen zueinander unser Kernproblem bilden. — Der Arbeitsmarkt ist ein theoretischer Markt, d. h. ein gedachtes Zentrum, in dem sich das gesamte, in jedem Moment vorhandene Angebot an Arbeitskraft und die gesamte vorhandene Nachfrage gegenüberstehen. Dort spielen sich demnach alle Vorgänge ab, die den Arbeitslohn herausbilden. Der Arbeitsmarkt ist außerordentlich weitläufig, er umfaßt alle diejenigen Wirtschaftssubjekte in einer Volkswirtschaft, die in irgendeiner Funktion als Arbeitnehmer in der Wirtschaft tätig sind, also sowohl Arbeiter im landläufigen Sinne als auch Angestellte und leitende Angestellte aller Berufe. Wie groß dieser Personenkreis ist, wird am besten durch einige Verhältniszahlen ausgedrückt, die gleichzeitig für die Bedeutung sprechen, die dem Arbeitsmarkt innerhalb des gesamten Wirtschaftsorganismus zukommt. Die jüngste Berufszählung von 1925 enthält eine soziale Gliederung der Erwerbstätigen. Leider sind allerdings Angestellte und Beamte nicht in gesonderten Gruppen aufgeführt, sondern zusammengefaßt. Die Arbeiter im landläufigen Sinne nehmen allein schon 45% der Gesamtzahl der hauptberuflich Erwerbstätigen ein. Rechnet man alle im Arbeitnehmerverhältnis stehenden Erwerbstätigen, also Arbeiter, Angestellte und Beamte, Hausangestellte, Betriebsleiter und Heimarbeiter zusammen, so entfallen von der erwerbstätigen Bevölkerung allein 67% auf diese große Gruppe. Allerdings ist die Zahl der Selbständigen größer, als diese Zahl erkennen läßt, weil ein Teil der Arbeitnehmer im Nebenberuf oft noch selbständiger Landwirt oder Gewerbetreibender ist[1].

II. Die besonderen Verhältnisse des Arbeitsmarktes.

1. Theoretische Analyse.

a) Die Lohngestaltung.

Bei der Analyse irgendeines Warenmarktes fragt man in erster Linie nach der Preisgestaltung, weil der Preis einer Ware — allerdings unter Berücksichtigung seines Zustande-

[1] Berufszählung in: „Statistik des Deutschen Reiches", Bd. 408, S. 108.

kommens — eines der kennzeichnendsten Merkmale darstellt. Aus diesem Grunde wollen wir, bevor wir andere Eigentümlichkeiten des Arbeitsmarktes erörtern, uns der theoretischen Untersuchung der Lohnbildung zuwenden.

Da die Arbeitskraft in der Verkehrswirtschaft knapp ist, so ist sie ein wirtschaftliches Gut, und die Lohnbildung erfolgt nach den Preisgesetzen. Allerdings kommen Preisgesetze sehr verschiedener Art zur Anwendung, je nachdem, ob die Ware Arbeitskraft dem freien Wettbewerb unterliegt, oder ob sie in einem Angebotsmonopol zusammengefaßt ist, dem kein Nachfragemonopol gegenübersteht, oder ob sich ein Angebots- und ein Nachfragemonopol konfrontieren, oder ob schließlich staatliche Regulierungen Platz greifen. Diese vier voneinander abweichenden Fälle wollen wir uns nacheinander anschauen, um Klarheit zu gewinnen, wie sich jeder einzelne in bezug auf die Arbeitsmarktlage auswirkt.

Für den Fall der freien Konkurrenz bestimmt sich der Preis der Ware Arbeitskraft nach dem allgemeinen Preisgesetz, welches die ökonomische Theorie für die Konkurrenzwirtschaft ausgebildet hat. Wie bei jeder anderen Ware ist die Höhe der subjektiven Wertschätzung der beiden Grenzpaare bestimmend für die Preishöhe. Bei einem Lohnsatz, der unter der Wirkung dieses allgemeinen Preisgesetzes sich gebildet hat, müssen alle sich anbietenden Arbeiter von der Nachfrage aufgenommen werden. Solange noch Arbeiter unbeschäftigt sind, werden diese einen Druck auf den Lohn ausüben, bis er auf den Stand herabgesunken ist, bei dem auch sie Aufnahme in der Produktion finden. Tiefer, d. h. auf ein Niveau, bei dem mehr Arbeiter eingestellt werden könnten, als überhaupt vorhanden sind, kann er dann aus dem Grunde nicht fallen, weil im gleichen Moment mehr Unternehmer auf dem Plan erscheinen würden, die gewillt wären, zu diesem Preis Arbeitskräfte anzuwerben. Da aber kein Arbeitsangebot zur Verfügung steht, so würden die Unternehmer so lange untereinander in Wettbewerb stehen, bis die schwächsten unter ihnen wieder ausgeschaltet wären, d. h. also, bis der Arbeitspreis sich dort eingespielt hat, wo die Angebots- und die Nachfragemenge sich gerade decken. Das Resultat des Preiskampfes der unorganisierten Arbeitsmarktparteien muß daher ein Lohnsatz sein, bei dem normalerweise die gesamte verfügbare Arbeitskraft gerade noch von der Nachfrage aufgenommen wird.

Wir kommen jetzt zu der zweiten Möglichkeit der Lohnpreisbildung. Nehmen wir an, die gesamte Arbeiterschaft sei in einer großen Gewerkschaft koaliert, der auf seiten der Unternehmer kein entsprechender Verband gegenüberstünde, vielmehr träten die Unternehmer einzeln als Nachfrager auf. Unter diesen Voraussetzungen wäre die Gewerkschaft in der Lage, schlechthin jeden Lohn anzusetzen, wobei es dann offenstünde, wie viele ihrer Mitglieder zu den einzelnen möglichen Lohnsätzen beschäftigt würden. Zweckmäßig wird sie jenen Lohn wählen, der ihr eine Maximallohnsumme garantiert. Nach der Monopoltheorie gibt es unter gegebenen Verhältnissen für ein einseitiges Angebotsmonopol im allgemeinen nur einen Preis, bei dem das Maximum an Reingewinn erreicht wird, was beim Arbeitermonopol einer Maximallohnsumme entspräche. Allerdings ist diese Maximallohnsumme kein eindeutig bestimmter Begriff. Sie wird es erst, wenn man hinzufügt, unter welchem Gesichtspunkt man von ihr spricht. Eine solche Generalgewerkschaft könnte nach drei verschiedenen Richtungen hin eine Maximallohnsumme anstreben. Sie kann es erstens so einrichten, daß ihre Lohnforderungen eine Gesamtlohnsumme ergeben, wie sie höher bei bestehenden Verhältnissen nicht zu erreichen ist. Eine Maximallohnsumme in dieser Bedeutung ginge darauf aus, möglichst den ganzen Reinertrag der Produktion an sich zu ziehen. Zweitens wäre eine Maximallohnsumme denkbar, die erzielt werden kann mit Rücksicht auf Fortführung der Wirtschaft in hergebrachter Form, die also keine Mittel absorbiert, die zu einer solchen Fortführung notwendig sind. Drittens endlich besteht die Möglichkeit, auf eine solche Maximallohnsumme hinzuwirken, die einer gewissen Kapitalakkumulation Rechnung trägt. Welcher von diesen drei verschiedenen Arten der Maximallohnsumme die Gewerkschaft den Vorzug geben wird, hängt davon ab, auf welche Weise sie die Interessen der Arbeiter am besten zu fördern glaubt. Legen die Arbeiter Wert darauf, daß ihre zukünftige Versorgung möglichst reichlich ausfällt, und bejahen sie gleichzeitig den Satz, daß ein Ausbau des Produktionsapparates ihrer zukünftigen Versorgung nützlich sei, dann werden sie zweifellos ihre Monopolstellung dazu benutzen, sich die zuletzt genannte Art der Maximallohnsumme zu sichern. Werten sie jedoch die Befriedigung gegenwärtiger Bedürfnisse höher als diejenigen der Zukunft, dann werden sie eine Maximallohnsumme in diesem Sinne keinesfalls wählen. Die Entscheidung über den erreichbaren Grad ihres gegenwärtigen und zukünftigen Wohlergehens ruht also völlig in ihrer eigenen Hand. Damit wären auch die Möglichkeiten der Lohngestaltung erschöpft, die im Falle eines einseitigen Monopols bestehen.

Hieran schließt sich unmittelbar das Problem an, welche Lohnhöhe sich ergeben wird, wenn beide Marktparteien organisiert sind. Wir nehmen der Einfachheit halber an, daß auf beiden Seiten ein reines Monopol bestünde. Es treten also die Preisgesetze nach der Theorie des bilateralen Monopols in Funktion. Aber gerade diese Preisgesetze, oder vielleicht besser ausgedrückt, ihre Gültigkeit, wird lebhaft umstritten. Bis vor kurzem wurde von der Theorie durchweg der Standpunkt vertreten, daß bei einer solchen Konstellation kein eindeutig bestimmter Gleichgewichtspunkt gefunden werden könne. Noch Pigou und Edgeworth haben dies als ihre Ansicht publiziert. Erst in jüngster Zeit wurden Stimmen laut, die dafür plädierten, daß auch bei einem beiderseitigen reinen Monopol ein eindeutig bestimmter Gleichgewichtspunkt sich herausbilde. Die Verfechter dieser These machen lediglich eine Einschränkung, sie gestehen zu, daß es wesentlich schwieriger ist, diesen Gleichgewichtspunkt zu erreichen als denjenigen im Falle freier Konkurrenz oder des unilateralen Monopols. Schumpeter betont, daß bei einem vollständigen zweiseitigen Monopol der Preis dann, aber auch nur dann, bestimmt sei, wenn das Verhalten beider Monopolisten ausschließlich von ihrem eigenen wirtschaftlichen Interesse diktiert wird, wenn zweitens jeder über den Verlauf der Nachfragekurve seines Marktgegners orientiert ist, und wenn drittens beide Parteien lediglich durch Variierung des Angebots und der Nachfrage reagieren, nicht aber zu Kampfmitteln greifen. Der sich unter diesen Umständen herausstellende Preis ist jedoch ein anderer als der der freien Konkurrenz und ebenfalls als der des einseitigen Monopols. Allerdings kann er für den Spezialfall des Arbeitsmarktes, ähnlich wie im Falle der einseitig monopolisierten Arbeitskraft, an einer Stelle liegen, wo schon Arbeitslosigkeit eintreten wird. Für den Arbeitsmarkt ist die Schwierigkeit, bei vorhandenem Angebots- und Nachfragemonopol den Gleichgewichtspunkt zu finden, besonders groß. Das liegt daran, weil die erste notwendige Voraussetzung hier meist fehlt. Meist bringen weder die Arbeitgeber- noch die Arbeitnehmerkoalitionen es fertig, im Lohnkampf einzig und allein ihre „wirtschaftsfriedlichen" Interessen zu verfolgen. Sie lassen sich vielmehr leicht dazu verleiten, um jeden Preis dem Gegner Schaden zuzufügen, selbst dann, wenn sie mit dieser Aktion sich selbst benachteiligen. Es mag dahingestellt bleiben, ob diese Handlungsweise in der bewußten Erkenntnis des eigenen Nachteils, oder ob sie unter der vermeintlich richtigen, aber objektiv irrigen Annahme erfolgt, daß jedes dem Gegner abgerungene Zugeständnis die eigene Lage entsprechend verbessere. Jedenfalls, sofern der Weg der rationalen Handlungsweise verlassen ist, hört allerdings die Lohnbestimmung auf, eindeutig zu sein.

Praktisch werden gerade auf dem Arbeitsmarkt diese reinen Monopoltypen, wie wir sie hier vorausgesetzt haben, wohl kaum vorkommen. Hier ist in noch stärkerem Maße als auf allen anderen Warenmärkten die Wahrscheinlichkeit gegeben, daß Außenseiter sich breitmachen. Insofern ist also damit zu rechnen, daß die für das vollständige Monopol geltenden Preisgesetze in der Praxis in reiner Form selten zur Anwendung kommen, daß sie vielmehr meist nach irgendeiner Richtung hin abgebogen werden.

Schließlich kommen wir zur Erörterung des letzten der vier möglichen Fälle, das ist eine Lohnfestsetzung unter staatspolitischem Einfluß. Sie stellt sich dar als ein obrigkeitliches Diktat und verhindert die Auswirkung der Preisgesetze, sowohl derjenigen des freien Wettbewerbs als auch derjenigen des Monopols. Diese Lohnbestimmung erfolgt nach den Billigkeitserwägungen der Leute, die direkt die Lohnhöhe zu fixieren haben, und sie ist indirekt ein Ausfluß der Macht irgendeiner einflußreichen politischen Strömung. Sowohl die Lehrlingsgesetzgebung unter Elisabeth von England als auch die Lohnpolitik der Gegenwart sind Beispiele für staatliche Lohnregulierung. Sie unterscheiden sich allerdings dadurch, daß in dem ersten die staatliche Lohnregulierung zuungunsten der Arbeiter ausgeübt wurde, während in unserer Zeit der Schiedsspruch der Schlichter die Tendenz hat, die Arbeiterinteressen zu bevorzugen. Jedenfalls handelt es sich aber hier um eine mehr oder weniger willkürlich bestimmte Lohnhöhe, die — wenigstens temporär — weitab liegen kann von den Lohnsätzen, die sich unter der Wirkung der ökonomischen Gesetze herausgebildet hätten.

b) Die Elastizitätsverhältnisse beim Arbeitsangebot und bei der Nachfrage nach Arbeit.

Wir haben uns nunmehr mit der Beschaffenheit der beiden Marktfiguren Angebot und Nachfrage zu befassen. Die Ware Arbeitskraft ist untrennbar mit dem Menschen verbunden, und ihr Verkauf bedeutet für die große Masse der Bevölkerung die einzige Existenzmöglichkeit. Durch diesen besonderen Charakter unterscheidet sich das Arbeitsangebot von demjenigen der meisten anderen Waren. Es kann also nicht angehäuft und nur ausnahmsweise vom Markt zurückgehalten werden, sondern in der Regel wird sich die gesamte vorhandene Arbeiterbevölkerung anbieten, gleichgültig, welche Höhe der Lohn hat. Die Angebotsmenge vermehrt bzw. verringert sich nur sehr langsam und schwerfällig. Die einzigen Möglichkeiten in dieser

Hinsicht sind Zu- bzw. Abwanderung von Arbeitskräften — die infolge der geringen Beweglichkeit der Ware Arbeitskraft unter normalen Umständen als von untergeordneter Bedeutung zu betrachten ist —, ferner das Schwanken der Bevölkerungszahl im Wechsel der Generationen und schließlich Veränderungen in bezug auf die Arbeitszeit. Solange keine gesetzlichen Arbeitszeitbestimmungen erlassen werden, bleibt es jedem Arbeiter freigestellt, 6 oder 10 oder 12 Stunden am Tage zu arbeiten, wenn er dazu Gelegenheit hat. Insofern ist also die angebotene Menge der Ware Arbeitskraft dehnbar bzw. reduzierbar. Man wird jedoch diese Möglichkeiten der Variation des Arbeitsangebots nicht als bedeutend bezeichnen können, insbesondere nicht im Vergleich mit den meisten anderen Waren.

Dieses schon von Natur aus wenig elastische Angebot der Arbeitskraft verliert in dem Moment noch einen Teil dieser geringen Elastizität, wenn die Arbeitszeit gesetzlich fixiert ist. Unter diesen Umständen ist die Ware Arbeitskraft ein in seiner Menge fest gegebenes Produktionsmittel und dementsprechend von weitgehender Preisunempfindlichkeit.

Wie ist demgegenüber die Nachfrage nach Arbeitskraft beschaffen? Diese Frage kann man von verschiedenen Gesichtspunkten aus beantworten. Wir untersuchen zunächst den Nachfragezweig, der seine Quelle in den schon bestehenden Unternehmungen hat. Jede Unternehmung, jeder Betrieb innerhalb einer solchen Unternehmung, ist so eingerichtet, daß ihre beste Ertragsmöglichkeit, das für sie günstigste Verhältnis zwischen Kosten und Erlös, dann gegeben ist, wenn sie eine ganz bestimmte Zahl von Arbeitern beschäftigt. Diese Arbeiterzahl kann für die verschiedenen Betriebe ganz verschieden sein, aber für jeden einzelnen schwankt sie nur innerhalb sehr enger Grenzen. Bei einer Arbeiterzahl, die unterhalb dieser Grenze liegt, wäre der Betrieb entweder in seiner bestehenden Form gar nicht arbeitsfähig, oder aber seine Ergiebigkeit würde stark reduziert. Je größer die Mechanisierung ist, um so unelastischer ist der ganze Betrieb, um so schwieriger kann er umgestellt werden, um so mehr ist er darauf angewiesen, in den einmal begonnenen Bahnen fortgeführt zu werden. Die ergiebigste Ausnutzung des Sachkapitals erfordert eine ziemlich fest bestimmte Zahl von Arbeitern. Jeder Unternehmer wird natürlich die für jeden Betrieb optimale Zahl von Arbeitern einstellen, um dadurch den optimalen Stand seiner Produktion zu erreichen. Aus diesem Grunde werden die Unternehmer der einmal eingerichteten Betriebe eine konstante Nachfrage nach Arbeitskraft ausüben, die sogar bei relativ großen Lohnschwankungen unverändert bleiben wird. Angenommen, der Lohn sinkt um 5%, dann wird die für den Unternehmer daraus erwachsende Kostenminderung im allgemeinen nicht so groß sein, daß eine Umstellung des Betriebes auf vermehrte Arbeitskraft ihm größeren Vorteil brächte als das Weiterführen des Betriebes mit der gleichen Zahl von Arbeitskräften wie bisher zu geringerem Entgelt. Es würde also von ihnen trotz des gesunkenen Lohnes keine vermehrte Nachfrage ausgehen. Setzen wir nun die umgekehrte Annahme, daß der Lohn stiege. Da gibt es natürlich einen Punkt, wo eine weitere Lohnsteigerung einen Betrieb unrentabel machen muß, wo sie Kostenaufwand und Ertrag in Disharmonie bringt. Aber bis zu diesem Punkt führen viele Stufen, die der Lohn unbeschadet erklettern kann, d. h. ohne daß diese Unternehmer darum ihre Nachfrage nach Arbeitskraft einschränken würden; denn immer noch, trotz des geschmälerten Gewinns, bringt es dem Unternehmer größeren Nutzen, den Betrieb in der bestehenden Form fortzuführen, als seine Einrichtung dahingehend umzuändern, daß er mit weniger Arbeitskraft auskommt. Gerade der moderne Betrieb, der dem gegenwärtigen technischen Entwicklungsniveau entsprechend unter weitestgehender Mechanisierung aufgebaut ist, läßt sich nur unter allergrößten Schwierigkeiten umbauen und auf eine geringere Arbeiterzahl einstellen. Hierbei bestehen natürlich Gradunterschiede bei den einzelnen Betrieben. Je nachdem, ob er arbeits- oder kapitalintensiv eingestellt ist, wird sich die Anzahl der Beschäftigten leichter oder schwerer, ohne Verlust oder mit Verlust ändern lassen. Es sind eben doch nur Gradunterschiede, im Grunde genommen bleibt die gesamte kurzfristige Nachfrage nach Arbeitskraft unelastisch. Diese Preisunempfindlichkeit besteht aber auch nur, wenn man eine kurze Zeitspanne ins Auge faßt, und nicht, wie von Zwiedineck-Südenhorst und Schüller zu beweisen versuchen, auch für längere Zeitperioden.

Bei der kurzfristigen Betrachtung spielten lediglich die schon in Gang befindlichen Betriebe als Nachfrager eine Rolle, während in dem Fall einer langfristigen Betrachtung außer diesen auch neuentstandene und erneuerte Betriebe nachfragend auf dem Arbeitsmarkt auftreten. Für solche Betriebe, die neugegründet und umgeändert werden, gibt es kein fixes, technisch bedingtes Optimum an Arbeitskraft, sie haben vielmehr noch weitgehende Möglichkeiten bezüglich der Wahl ihrer Einrichtung. Bei welcher Arbeiterzahl ihr Optimum dann tatsächlich liegen wird, hängt zu einem großen Teil von der Lohnhöhe ab, so daß also für die langfristige Betrachtung die Gestaltung der Nachfrage doch eine Funktion der Lohnhöhe ist. Steigt diese ceteris paribus, so muß die Nachfrage nach Arbeitskraft, wenn auch nicht von heute auf morgen,

zurückgehen. Es werden nämlich alle zukünftig entstehenden Unternehmungen den erhöhten Lohnsatz in ihre Berechnungen einkalkulieren und sich dementsprechend auf einen geringeren Bedarf an Arbeitskräften einstellen. Das Umgekehrte wird eintreten, wenn die Lohnhöhe ceteris paribus sinkt. Schon verhältnismäßig geringe Lohndifferenzen werden sich hinsichtlich des Umfanges der langfristigen Nachfrage bemerkbar machen, weil die Arbeit ein für jede Art von Erzeugung unentbehrliches Produktionsmittel ist. Kein anderes Gut verfügt über eine solche Vielseitigkeit der Verwendungsmöglichkeiten wie die Arbeitskraft. Greifen wir aus der großen Welt der Güter irgendwelche heraus, so sehen wir sofort, daß sie alle ein viel kleineres Wirkungsfeld haben als die Arbeitskraft und demgemäß auf einen kleineren Kreis von Nachfragern angewiesen sind. In einem jeden Erzeugnis steckt Arbeitskraft, weshalb sich die Elastizität der Nachfrage nach ihnen allen in der Elastizität der Nachfrage nach Arbeit spiegeln muß. Diese Eigenschaft, überall und zu jedem gebraucht werden zu können, unterscheidet die Arbeitskraft von allen anderen Erzeugungsgütern, und deshalb dürfte in langfristiger Betrachtung die Nachfrageelastizität der Arbeitskraft diejenige aller übrigen Produktionsmittel übertreffen. Unter den unzähligen Verwendungsarten der Arbeit finden sich immer welche, denen ein zusätzliches Quantum willkommen ist, und daher wird schon eine ganz minimale Lohnreduktion zur Mehrverwendung von Arbeit führen.

Wenn der Arbeitspreis nicht im freien Wettbewerb zustandekommt und sich nicht den Angebots- und Nachfrageverhältnissen entsprechend herausbilden kann, weil er irgendwie gebunden ist, so muß die Elastizität der langfristigen Nachfrage in einer entsprechenden Bewegung der Arbeitslosigkeit zum Ausdruck kommen. Nur bei dem sogenannten Gleichgewichtslohn, der sich als Resultat des freien Spiels der Kräfte herausstellt, können alle Arbeitskräfte von der Nachfrage aufgenommen werden. Sobald der Lohnsatz diesen übersteigt, muß sich Arbeitslosigkeit ergeben. Wenn also bei einem System tariflich fixierter Lohnsätze dauernd Arbeitslosigkeit herrscht, so liegt darin ein Symptom, daß der Gleichgewichtslohn überschritten ist.

Wir resümieren unsere Untersuchungsergebnisse über die Angebots- und Nachfragegestaltung der Ware Arbeitskraft. Angebot und Nachfrage, die letzte aber lediglich unter dem Gesichtspunkt einer kurzfristigen Betrachtung, sind weitgehend unelastisch, die langfristige Nachfrage dagegen ist in hohem Grade preisempfindlich.

c) Die Arbeitslosigkeit.

Nachdem wir im Verlaufe der bisherigen Betrachtung schon mehrere Male auf das Phänomen der Arbeitslosigkeit gestoßen sind, wollen wir uns jetzt eingehend mit ihm beschäftigen. Auch in dieser Erscheinung begegnen wir einem Moment, das den Arbeitsmarkt aus der Masse der übrigen Märkte heraushebt, fällt es doch aus dem Rahmen der allgemeingültigen Warenmarkterscheinungen, daß nicht nur zeitweilig einem Teil der angebotenen Menge keine Nachfrage gegenübersteht, sondern niemals das gesamte Angebot absorbiert wird. Dies ist für den Arbeitsmarkt eine durchaus normale Erscheinung. Der Erklärungsgrund liegt wiederum in der besonderen Wesenheit der Ware Arbeitskraft. Infolge ihrer unlösbaren Verkettung mit der menschlichen Persönlichkeit ist sie völlig den Dispositionen des Menschen unterworfen; der menschliche Wille allein entscheidet darüber, wann und wo sie angesetzt wird. Solange die Menschen frei und unbehindert sind in der Wahl ihres Berufes sowie hinsichtlich Stellenkündigung und -bewerbung, wird es immer Stellen- und Berufswechsel geben, wird eine ununterbrochene Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt herrschen. Es ist einfach nicht denkbar, daß trotz der besten Vorbedingungen für ein Einspannen aller Arbeitskräfte nun wirklich in einem Augenblick auch alle effektiv tätig sind. Immer wird es Arbeitnehmer geben, die aus irgendwelchen Motiven ihr bestehendes Arbeitsverhältnis lösen, um über kurz oder lang ein neues einzugehen. Häufig wechseln sie ohne Unterbrechung, das soll heißen, ohne zwischendurch beschäftigungslos zu sein, von einer Arbeitsstelle zu einer anderen hinüber. Jedenfalls ist aber dann doch, wenn auch nur einen Moment lang, ihr Angebot auf dem Arbeitsmarkt erschienen. So kommt es, daß selbst bei intensivster Nachfrage nach Arbeit stets noch Arbeitslose — die dann allerdings gar keine Arbeitslose im wahren Sinne des Wortes sind — gezählt werden. Es handelt sich hierbei gleichsam um den Bewegungsstand des Arbeitsmarktes, der auf ähnliche Weise entsteht, wie etwa bei freier Wohnungswirtschaft infolge der Umzüge ein Minimum an Leerwohnungen gegeben ist.

Von wahrer Arbeitslosigkeit können wir erst dann sprechen, wenn diese Mindestzahl des stets vorhandenen Arbeitsangebots überschritten ist. Der Wellenschlag der Konjunktur ist von einem An- und Abschwellen der Arbeitslosenziffer begleitet, das sich ebenso kontinuierlich und gleichmäßig durch das Zeitalter des Kapitalismus hindurchzieht wie jener selbst. Die Gleichförmigkeit dieses Steigens und Fallens des Beschäftigungsgrades kann lediglich insoweit

gestört werden, als je nach Größe bzw. Intensität der Konjunkturausschläge die Erwerbslosigkeit in der einen Depression umfangreicher sein bzw. in dem einen Aufschwung tiefer herabgedrückt werden kann als in dem anderen.

Die Arbeitslosigkeit, die von der Konjunkturbewegung ausgelöst wird, ist in ihrer Gesamtheit nicht gleicher Art, vielmehr haben wir grundsätzlich zwei Typen zu unterscheiden. Wohlgemerkt, beide haben ihren letzten Entstehungsgrund in den wirtschaftlichen Wechsellagen. So wie aber diese die mannigfaltigsten Wirkungen ausstrahlen, so ist eben jeder von diesen beiden Typen der Arbeitslosigkeit an eine ganz verschiedenartige Wirkung der Konjunkturbewegung geknüpft. Die erste der beiden Arten entsteht als unmittelbare Folge des wirtschaftlichen Niedergangs, sie tritt überall dort auf, wo Unternehmungen stillgelegt werden, wo die Produktion träger wird. Wenn man schlechthin von konjunktureller Arbeitslosigkeit spricht, so ist man leicht geneigt, lediglich an diese Art zu denken. Ebensogut gebührt aber auch dem zweiten Typus diese Bezeichnung.

Im Gegensatz zum ersten liegt der direkte Anlaß seiner Entstehung im Aufschwung. Die Zeit des Aufschwunges ist gekennzeichnet durch Erweiterung und Neubau aller möglicher Produktionsanlagen, was zunächst zu vermehrter Einstellung von Arbeitern führen muß. Ferner ist die Produktion während des Aufschwungs aufnahmefähig und aufnahmewillig für technische Neuerungen, für Rationalisierungen großen Stils. Zu dem Zeitpunkt, wo diese Rationalisierungen durchgeführt sind, wo die arbeitsparenden technischen Anlagen hergestellt sind, werden entsprechende Arbeitskräfte in der Produktion überflüssig. Von dieser Art der konjunkturellen Arbeitslosigkeit hinüber zu der sogenannten strukturellen Arbeitslosigkeit ist nur ein kleiner Schritt.

Wie aus ihrem Namen hervorgeht, leitet sie sich ab aus irgendwelchen Strukturveränderungen in der Wirtschaft. Im Gegensatz zur konjunkturellen Arbeitslosigkeit, die mit dem Konjunkturrhythmus in ständigem Wechsel steigt und fällt, ist die strukturelle Arbeitslosigkeit permanent. Sie verschwindet nicht eher wieder, bis die auslösende Ursache, eben die Strukturveränderung, beseitigt ist. Ein plastisches Beispiel für die Begründung von struktureller Arbeitslosigkeit bietet ein Lohnniveau, das, gleichgültig durch welche Maßnahmen, über dem Gleichgewichtslohn gehalten wird. Erst wenn die Hindernisse aus dem Wege geräumt sind, die dem Inkrafttreten des Gleichgewichtslohns entgegenstehen, wird auch diese Arbeitslosigkeit aufgehoben. Woran erkennt man nun, ob es sich um konjunkturelle oder strukturelle Arbeitslosigkeit handelt? Die freigesetzten Arbeitskräfte tragen doch kein Merkmal, das Aufschluß darüber geben könnte. Zwar lassen sich keine exakten Angaben darüber machen, welche Quantität von Arbeitslosigkeit der Konjunkturzyklus hervorruft; wir wiesen vielmehr schon vorher darauf hin, daß das Ausmaß sehr verschieden sein kann. Immerhin haben wir eine Vorstellung von den Grenzen, innerhalb deren sich die Zahl der Beschäftigungslosen, die als Opfer der wirtschaftlichen Wechsellagen anzusehen sind, bewegt, und zwar rührt diese Kenntnis von der Beobachtung normaler Epochen her, in denen es nachweislich außer der Konjunkturbewegung keinen Faktor gab, der Arbeitslosigkeit hätte bewirken können. Steigt die Zahl der Erwerbslosen erheblich über den erfahrungsgemäß üblichen Satz der konjunkturellen Arbeitslosigkeit und verharrt auf solch anomaler Höhe, dann wird man mit Recht vermuten, daß dauernde Störungen oder umwälzende Veränderungen diesem Vorgang zugrundeliegen. Wir werden im folgenden Abschnitt, der sich mit der konkreten Gestaltung des Arbeitsmarktes in der Vor- und Nachkriegszeit befaßt, Gelegenheit haben, dies an einem konkreten Beispiel zu erläutern.

2. Die konkrete Gestaltung des Arbeitsmarktes in der Vor- und Nachkriegszeit.

Das letzte Viertel des vergangenen Jahrhunderts erlebte einen gewaltigen Aufbau und Ausbau der deutschen Industrie, so daß aus einem überwiegend agrarischen ein überwiegend industrielles Deutschland wurde. Diese Entwicklung trug wesentlich dazu bei, daß sich der Arbeiterstand innerhalb der Bevölkerung weiter und immer weiter ausdehnte. Die Berufszählung von 1895 beziffert die Lohnarbeiter mit 10 746 967, 1907 ist diese Ziffer auf 13 548 238 angewachsen. Dieser Zuwachs wurde mühelos in den Produktionsprozeß eingegliedert. Nur im Gefolge der Wellenbewegungen der wirtschaftlichen Wechsellagen, von denen diese Jahrzehnte des Aufstiegs durchzogen waren, trat nennenswerte Arbeitslosigkeit ein. Natürliche Depressionen innerhalb des Konjunkturzyklus unterbrachen für kurze Zeit die wirtschaftliche Aufwärtsbewegung und verursachten eine Angebotsstauung auf dem Arbeitsmarkt. Nach kurzer Zeit aber wich jedesmal die Depression einem neuen Aufschwung, der dann alle brachliegenden Kräfte, speziell alle unbeschäftigten Arbeitskräfte, wieder einspannte. Brauchbare Zahlen zur Errechnung der Arbeitslosigkeit existieren erst seit 1903. Von diesem Zeitpunkt an publizierten

die einzelnen deutschen Gewerkschaften vierteljährlich im Reichsarbeitsblatt den Umfang der Arbeitslosigkeit ihres Verbandes. Da die Anzahl der Mitglieder eines solchen Arbeiterfachverbandes bekannt war und nun gleichzeitig auch die Zahl der erwerbslosen Mitglieder, so konnte man aus diesen Daten ohne weiteres den Prozentsatz der Arbeitslosigkeit einer jeden Gewerkschaft berechnen. Man ging auch wohl nicht sehr fehl, wenn man annahm, daß dieses Ergebnis den Arbeitsmarktverhältnissen der betreffenden Gewerbezweige entspräche, d. h. also, daß die gleiche prozentuale Arbeitslosigkeit, wie sie im Augenblick für einen Fachverband bestand, auch für die gesamte Arbeiterschaft dieses Gewerbes zuträfe[1]. Nach den gewerkschaftlichen Übersichten betrug die Arbeitslosigkeit in %:

1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
2,4	2,0	1,6	1,1	1,6	3,0	2,8	1,9	1,9	1,9	3,1

Die schwunghafte wirtschaftliche Entwicklung des 19. Jahrhunderts vollzog sich zunächst auf dem Boden der freien Konkurrenz und war überhaupt — nebenbei bemerkt — nur auf dieser Grundlage möglich. Wirtschaftliche Bindungen tauchten auf allen Gebieten erst in einem späteren Entwicklungsstadium auf, um dann nach dem ersten Ansatz mehr und mehr auf den einzelnen Märkten Platz zu greifen. Analog zu den Produktenmärkten — dieser Ausdruck soll lediglich im Sinne einer Abgrenzung gegen den Arbeitsmarkt gemeint sein — vollzog sich die diesbezügliche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt allerdings mit einer zeitlichen Differenz. Während schon in den 70er und 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts die Zeit der Kartelle, Konzerne und Trusts anbrach, war damals der Arbeitsmarkt noch völlig unorganisiert. Erst in den letzten Jahren vor Ausbruch des Weltkrieges zeigten sich Ansätze von Arbeiterzusammenschlüssen mit dem Zweck, die Lohnbildung zu beeinflussen. Es gab zu dieser Zeit nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Tarifverträgen, deren Geltung sich auf einen verhältnismäßig geringen Teil der Arbeitnehmer bezog. Außerdem bestanden zu dieser Zeit nur wenig gesetzliche Bindungen, an die sich die einzelnen Arbeitsverträge zu halten hatten. Das ist besonders im Hinblick auf die Arbeitszeit von Wichtigkeit. Die Bestimmung ihrer Länge war den beiden Vertragsparteien überlassen, soweit nicht einzelne Gesetze aus hygienischen und moralischen Gründen die Arbeitszeit für Jugendliche beschränkten. Deswegen ist die Elastizität des Arbeitsangebots, die von Natur aus gering ist, während dieser Zeit so groß, wie es überhaupt eben für das Arbeitsangebot möglich ist.

In der Nachkriegszeit büßt das Arbeitsangebot noch ein groß Teil von dieser immerhin schon geringen Elastizität ein infolge der gesetzlichen Arbeitszeitbeschränkung. Die Einführung des Achtstundentages fixiert für den einzelnen Arbeiter das Maximum der Angebotsmenge. Jedoch diese gesetzliche Arbeitszeitbestimmung ist nicht allzu streng gehalten, sie läßt für besondere Fälle Überschreitungen in Form von Überstunden zu. Aber wie gesagt, auch solche Ausnahmen sind gesetzlich geregelt, so daß immerhin die Tatsache bestehen bleibt, daß gegenüber der Vorkriegszeit das Angebot an Arbeitskraft noch erheblich unelastischer geworden ist.

Aber nicht nur in bezug auf diesen Punkt sind Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt eingetreten, er trägt vielmehr in der Nachkriegszeit ein vollständig anderes Gesicht. Wenn auch unmittelbar vor dem Kriege in Deutschland das freie Spiel der Kräfte sich nicht mehr hemmungslos, ohne jegliche Beeinflussung vollzog, so waren doch noch Angebot und Nachfrage im Sinne der Konkurrenz die beiden Hauptfaktoren, die die Höhe des Arbeitslohnes bestimmten. Nach dem Kriege schlossen sich sowohl die Arbeitgeber als auch die Arbeitnehmer zu immer strafferen Organisationen zusammen, auf jeder Seite entsteht ein Quasimonopol. Beide stehen sich nun im Kampf um die Höhe des Arbeitspreises gegenüber. Auf Verlangen einer Partei oder, wenn es das öffentliche Interesse erheischt, auch ohne Aufforderung einer Partei, treten die Schlichtungsausschüsse zusammen. Die gesetzlichen Bestimmungen, auf Grund deren der Schlichtungsapparat ins Leben gerufen wurde, geben keine volkswirtschaftlichen Richtlinien für die Lohnfestsetzung. Die jeweilige Entscheidung bleibt dem einzelnen Schlichter überlassen. Die Schlichter haben die Aufgabe, unter dem Gesichtspunkt des Interessenausgleichs ihren Spruch zu fällen. Das wirkt sich so aus, daß die gewerkschaftlichen Forderungen mindestens zum Teil erfüllt werden. Die Gewerkschaftspolitik unter Beihilfe des staatlichen Schlichtungsapparates hat es bis 1930 fertiggebracht, in den Zeiten tiefster Depression die Löhne stabil zu erhalten, dagegen sie in der Aufschwungsphase energisch hinaufzudrücken und den Lohn viel schneller zu steigern, als es der tatsächlichen Arbeitsmarktlage entsprach. Während die Zahl der Erwerbslosen am Ende der Inflation auf einige Millionen angewachsen war — statistisch ist diese Zahl nicht

[1] Dr. Richter: „Die Reallohnbewegung in Deutschland, England und den Vereinigten Staaten von Amerika 1890—1913, insbesondere in ihrer Beziehung zur Golderzeugung" (Dissertation).

erfaßt —, betrug die Zahl der Unterstützten Mitte 1925 nur noch knapp 200 000, von den Gewerkschaftsmitgliedern waren nur 3,5% arbeitslos. Dann setzte eine sich allmählich steigernde Verschlechterung der Arbeitsmarktlage ein, die ihren tiefsten Stand im Februar 1926 mit 2,06 Mill. Unterstützten erreichte. Im Sommer 1926 machten sich in der Wirtschaft wieder Besserungserscheinungen bemerkbar, die sich langsam mehrten, derart, daß 1927 als ein Jahr der Hochkonjunktur bezeichnet werden kann. Die Anfang 1927 vorhandenen 2,4 Mill. Arbeitsuchenden konnten in den ersten dreiviertel Jahren 1927 bis auf einen Bestand von rund 870 000 Ende September wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert werden. Bei der Zunahme der Arbeitslosenziffer im Dezember ist die Industrie nur mit 18% beteiligt. Im ersten Wirtschaftshalbjahr 1928 wird dann die aufsteigende Entwicklung der deutschen Wirtschaft wieder abgestoppt. Im Verlaufe des Jahres 1928 verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage immer mehr, und von da an sank die Wirtschaft kontinuierlich auf einen immer tieferen Depressionsgrad hinab. Ende 1928 waren 2,5 Mill. Arbeitsuchende vorhanden, im Februar 1929 stieg diese Zahl auf 3,2 Mill., im Februar 1930 waren es 3,4 Mill., Ende 1930 zählten die Arbeitsämter schon 4,4 Mill., und Ende 1931 wurde der Stand von 5,7 Mill. erreicht[1].

An diesen Zahlen der Arbeitslosenstatistik kann man ohne weiteres ablesen, daß die Erwerbslosigkeit in der Nachkriegszeit nicht allein auf Konjunkturschwankungen beruhen kann, daß vielmehr diesem ungeheuren Anschwellen noch andere Ursachen zugrundeliegen müssen. Unsere Zeit liefert uns ein typisches Beispiel für strukturelle Arbeitslosigkeit, wobei die Strukturveränderung in der politischen Lohngestaltung liegt mit den sich unmittelbar daran knüpfenden Folgen.

Die Lohnbewegung ist bis 1930 ununterbrochen nach aufwärts gerichtet, sie wurde unempfindlich gemacht für die Schwerkraft der wachsenden Arbeitslosigkeit. Es ist zu berücksichtigen, daß die für die verschiedenen Gewerbezweige angeführten Lohnhöhen, aus denen der jeweilige Reichsdurchschnittslohn berechnet ist, auf Angaben des Statistischen Reichsamts beruhen, also lediglich eine amtliche Feststellung der Tariflöhne darstellen. Bekanntlich weicht der tatsächliche Verdienst weit ab von den Sätzen der Tarifverträge. Diese Differenz führt Hilde Oppenheimer[2] auf folgenden Tatbestand zurück: Einmal stellt der Tariflohn durchweg einen Mindestlohn dar, und zweitens kann man da, wo im Akkord gearbeitet wird, den Verdienst niemals von vornherein bestimmen. Dazu kommt noch, daß in vielen Unternehmungen mit besonderen Prämiensystemen und Leistungszuschlägen gearbeitet wird. Bisher wurden erst für 6 Industriezweige Erhebungen über den tatsächlichen Verdienst fertiggestellt. Danach bewegen sich im Reichsdurchschnitt der erfaßten Industriezweige die Überschreitungen des Tariflohnes durch den tatsächlichen Lohn in sehr weiten Grenzen von 1—26% hinauf. Derartige Höchstüberschreitungen um ein Viertel bis ein Fünftel des Tariflohnes werden in den erfaßten Wirtschaftszweigen fast ausschließlich von den eigentlichen Facharbeitern erreicht, und zwar in erster Linie im Stücklohn. Bei den ungelernten ist der Abstand erheblich kleiner, durchweg zwischen 1 und 10%.

III. Folgerungen für die Zwecke der vorliegenden Arbeit.

Nachdem wir im Anfang dieses Kapitels über den Arbeitsmarkt auseinandergesetzt haben, daß außer den Arbeitern im herkömmlichen Sinne auch Angestellte aller Gruppen zu den Arbeitnehmern zu zählen seien, wird es merkwürdig anmuten, daß wir teilweise, ganz besonders aber im letzten Abschnitt, lediglich von den industriellen Handarbeitern gesprochen haben. Wir werden auch im folgenden, wenn wir vom Arbeitsmarkt reden, stets darunter denjenigen der industriellen Handarbeiter verstehen. Diese anscheinende Willkürlichkeit scheint uns durchaus begründet zu sein: Die Gesamtheit der Arbeitnehmer rekrutiert sich größtenteils aus industriellen Handarbeitern. Außerdem ist die Statistik dieses Spezialarbeitsmarktes am besten ausgebildet und liefert uns brauchbares Material für unsere Untersuchungszwecke. Wenn wir also unsere Betrachtung hauptsächlich auf diesen Markt konzentrieren, so geschieht das aus Zweckmäßigkeitsgründen. Die Schlußergebnisse können wir, ohne zu große Fehler zu begehen, dann auf den gesamten Arbeitsmarkt beziehen, denn die Verhältnisse derjenigen Arbeitsmärkte, die außerhalb desjenigen der industriellen Handarbeit liegen, werden sich nach unserer Ansicht kaum abweichend von diesen gestaltet haben. Wenn also in den kommenden Ausführungen vom Arbeitsmarkt schlechthin die Rede ist, so soll stets nur der Teil der industriellen Handarbeit gemeint sein.

Aber selbst dieser Teilmarkt weist durchaus keine Einheitlichkeit auf. Seine Differenzierung erklärt sich einmal aus der verschiedenen Qualität der Arbeitskraft. So unterscheiden wir einen Markt für gelernte, für angelernte und ungelernte Arbeiter, von denen die beiden ersten sich nochmals gliedern, und zwar nach Berufsarten. Alle diese Märkte teilen sich wiederum in

1 Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung. Jahrg. 1929, 1930, 1931.
2 H. O.: „Tariflohn und wirklicher Verdienst" im „Magazin der Wirtschaft", 6. Jahrg., Nr. 12. S. 548ff.

einen solchen für weibliche und einen anderen für männliche Arbeiter. Es ist natürlich, daß sich alle diese Märkte durch eine differenzierte Lohnpreisbildung unterscheiden. Ebenso wie sich z. B. für Roggen und Weizen verschiedene Preise bilden, obschon beide Getreide darstellen, so muß sich auch der Lohn eines Bergarbeiters anders gestalten als der eines Textilarbeiters. Obgleich sowohl der Bergarbeiter als auch der Textilarbeiter Arbeitskraft verkauft, so ist es doch Arbeitskraft solch verschiedener Art, daß sie zwei verschiedene Waren verkörpert, und daß von zwei verschiedenen Waren jede ihre besondere Preisbildung aufweist, bedarf keiner Betonung. Auf diese Weise ergibt sich schon eine Vielheit von Lohnsätzen, die noch vermehrt wird durch lokale Differenzierungen. Arbeitskraft, die auf die gleiche Verrichtung gerichtet und die auch von gleicher Qualität ist, wird an verschiedenen Plätzen eines Landes verschieden bewertet. Eine gewisse Abweichung der einzelnen örtlichen Lohnsätze voneinander ist bedingt durch die unterschiedliche Höhe der Lebenshaltungskosten an den einzelnen Orten, jedoch klaffen die Lohnsätze oft weit mehr auseinander als die Preise für die Unterhaltsmittel. Für diese Tatsache kann man vielleicht darin einen Erklärungsgrund finden, daß ein Preisausgleich der Ware Arbeitskraft zwischen den verschiedenen Gegenden durch die schwerfällige Beweglichkeit der Ware Arbeitskraft stark gehemmt wird. Erst dauernd ungünstige Angebotsverhältnisse vermögen es, eine örtliche oder berufliche Abwanderung herbeizuführen. Um zu ganz exakten Resultaten zu kommen, müßten wir also für jeden dieser zahlreichen Teilmärkte eine Spezialuntersuchung anstellen über seine Reaktion auf Kapitalmarktschwankungen, was natürlich im Rahmen einer solchen Arbeit viel zu weit führen würde.

Daher werden wir die Lohndifferenziertheit vernachlässigen und uns darauf beschränken, lediglich die Ziffern des Reichsdurchschnittslohnes zu beobachten. Diese Vereinfachung kann keine zu große Fehlerquelle enthalten, weil letzten Endes die Bewegung auf jedem einzelnen Markt der der anderen Märkte ähnlich sein muß. Indem wir also unseren Beobachtungen den Reichsdurchschnittslohn zugrundelegen, müssen wir ein Spiegelbild der Tendenzbewegung auf allen Teilmärkten erhalten. Außerdem liegt in dieser Art des Vorgehens sogar ein Vorteil, insofern nämlich, als man bei getrennter Beobachtung jedes einzelnen Marktes Gefahr läuft, die durch Veränderungen auf dem Kapitalmarkt hervorgerufenen Auswirkungen mit denjenigen zu vermengen, die auf Ursachen zurückzuführen sind, die diesem Spezialmarkt eigentümlich sind. Dadurch würde das Bild von dem Abhängigkeitsverhältnis beider Märkte, das wir herausschälen wollen, wesentlich getrübt. Unsere Vereinfachung scheint also genügend gerechtfertigt zu sein.

Außer dem Lohnsatz als Symptom der Arbeitsmarktlage, an Hand dessen wir Veränderungen und ihr Ausmaß messen können, gelten als weitere Symptome die Gesamtlohnsumme, sowohl die nominelle als auch die reale, und ferner die Arbeitslosigkeit, wobei auch Kurzarbeit zu berücksichtigen ist. Die Erscheinung der Arbeitslosigkeit, gleichgültig jetzt, welchen Ursprung sie hat, erfordert, daß man sich zur Beurteilung der Arbeitsmarktsituation niemals allein auf den Lohnsatz stützt, sondern stets die vorhandene Arbeitslosigkeit mit in Rechnung stellen muß, denn der Lohnsatz allein charakterisiert den Arbeitsmarkt nicht. Anders liegt der Fall beim Kapitalmarkt. Dort gibt es nur selten eine angebotene Menge, die keinen Absatz findet, und aus diesem Grunde verkörpert der Zins weit eher ein Generalcharakteristikum für den Kapitalmarkt als der Lohn für den Arbeitsmarkt.

B. Der Kapitalmarkt.

I. Wesen und Gliederung des Kapitalmarktes.

Eine gründliche Erfassung des Kapital- und Geldmarktes gestaltet sich weit komplizierter als die des Arbeitsmarktes. Im Gegensatz zum Arbeitsmarkt bietet hier schon die Erfassung des Objektes Schwierigkeiten, denn es steht nicht ohne weiteres fest, bildet vielmehr eine in der ökonomischen Literatur oft behandelte Streitfrage, was unter Kapital schlechthin zu verstehen ist. Wir werden im Verlaufe unserer Untersuchung diesen viel umstrittenen Begriff „Kapital“ in doppeltem Sinne gebrauchen müssen. Wenn wir den Kapitalmarkt, ähnlich wie den Arbeitsmarkt, als gedankliche Zusammenfassung aller Vorgänge, die für die Preisbildung des Kapitals relevant sind, definieren, so kann diese Definition des Kapitalmarktes sich nur auf die geldwirtschaftlichen Vorgänge beziehen. Wie wir schon früher betont haben, liegt es ja auch in unserer Absicht, die Geldseite der Wirtschaft voll zu erfassen; darum betrachten wir den Kapitalmarkt so, wie er tatsächlich existiert, und meinen Geldkapital, wenn wir von Kapital sprechen. Der Gegenstand unserer Untersuchung zwingt uns jedoch dazu, vorübergehend den Begriff Kapital mit produzierten Produktionsmitteln zu identifizieren. Wenn dies geschieht, wird ein ausdrücklicher Vermerk beigefügt, andernfalls unter Kapital stets Kaufkraft zu verstehen

ist. Denn wir wollen eben nicht, wie viele Theoretiker es tun, uns ausschließlich mit den Vorgängen in der Güterwelt befassen, sondern uns eng an die Wirklichkeit anlehnen.

Bei der Einteilung der einzelnen Märkte halten wir uns an Spiethoff[1]. Als Unterscheidungsmerkmal von Kapital- und Geldmarkt gilt die Dauer der Anlage. Danach verkörpert der Kapitalmarkt den Markt für langfristigen Kredit und der Geldmarkt den für kurzfristigen Kredit. Auf dem Geldmarkt suchen die augenblicklich verfügbaren Kassenbestände und die noch flüssig gehaltenen Sparsummen der Wirtschaft bis zu ihrer Wiederverwendung in der Produktion oder Konsumtion Anlage in kurzfristigen Geschäften. Auf dem Kapitalmarkt treffen sich die auf längere Zeit einen Rentenbezug suchenden Sparkapitalien mit der Nachfrage nach langfristigen, für dauernde Zwecke bestimmten Leihkapitalien. Eine strenge Scheidung zwischen beiden Märkten ist schon deshalb nicht möglich, weil sehr häufig ihrer Natur nach langfristige Sparkapitalien vorübergehend Anlage auf dem eigentlichen Geldmarkt suchen und finden, und umgekehrt, eigentliche Geldmarktkapitalien auch in langfristigen Kapitalanlagen Verwendung finden. Auf beiden Märkten wird aber „Kaufkraft" gehandelt. Die Einteilung in diese beiden großen Hauptmärkte ist rein technisch äußerst wichtig, darf aber keinesfalls als Wertung gedeutet werden bezüglich der Bedeutung und dem Gewicht, das ihren Krediten beizumessen ist. Der langfristige und der kurzfristige Kreditmarkt spielen speziell auch für unsere Untersuchung eine durchaus ebenbürtige Rolle. Kurzfristige Darlehen können geradeso produktiv angelegt werden wie langfristige und sind für den industriellen Geldbedarf keineswegs belanglos. Selbstverständlich dient in erster Linie der Kapitalmarkt der Befriedigung des Anlage- und des dauernden Betriebskapitalbedarfs. Häufig wird aber auch auf Kontokorrentkredit zurückgegriffen, was so lange ungefährlich für die Wirtschaft ist, als dieser nach einer entsprechenden Zeit in langfristigen konsolidiert wird. Der Fall jedoch, daß das Angebot des Geldmarktes zur Finanzierung von Neugründungen in Anspruch genommen wird, ist an sich ebensowenig eine wirtschaftliche Anomalie wie der konträre Fall, daß seiner Natur nach langfristiges Kapital vorübergehend auf dem Geldmarkt erscheint. Ein Unternehmer, der beabsichtigt, eine neue Unternehmung zu errichten, wird nicht unbedingt sofort an den Kapitalmarkt herantreten, um sogleich die gesamte Summe aufzunehmen, die er nach einem Voranschlag zu diesem Zweck benötigt; vielmehr wird er häufig einen anderen Weg einschlagen, um sein Werk zu finanzieren. Er wird sich das Geld, das er braucht, nacheinander kurzfristig entleihen, also jeweils den Betrag, der für eine bestimmte Anlage der neuen Unternehmung, die gerade gebaut werden soll, erforderlich ist. Nachdem die Anlagen fertiggestellt sind, wird er dann die kurzfristigen Kredite in langfristige umwandeln und dadurch die kurzfristigen Gelder wieder liquidieren. Dieser Weg kann den Vorteil des Zinsersparnisses haben und des geringeren Risikos bei Beginn der Neugründung. Eine andere Tatsache, die die Bedeutung des kurzfristigen Kredits für die Industrie illustriert, ist die, daß Börsenkredite oft geradezu unentbehrlich für die Unterbringung von Emissionen sind.

Außer dieser grundsätzlichen Verschiedenheit zwischen Kapital- und Geldmarkt in Hinsicht auf die Anlagedauer ihrer Gelder wäre noch ein Moment zu erwähnen, in dem die beiden Märkte differieren. Wir denken dabei an die Kreditschöpfung. Kreditformen, die nicht auf irgendwelche Sparsummen fundiert sind, stellen lediglich eine Eigentümlichkeit des Geldmarktes dar. Seine Mittel sind sowohl durch Notenausgabe als auch durch Schaffung von Kreditbankengeld erweiterungsfähig, während die Mittel des Kapitalmarktes lediglich durch einen Rückgriff auf den Geldmarkt oder Auslandskredite ausgedehnt werden können.

Kapital- und Geldmarkt gliedern sich wieder in Teilmärkte, und zwar nach dem Gesichtspunkt der Verwendungsart oder der Herkunft der Kredite. Im Gegensatz zum Arbeitsmarkt kann man die Gliederung des Kreditmarktes nicht so einfach vernachlässigen. Der Kapitalmarkt zerfällt zunächst in zwei große Teile, in den Unternehmungs- und in den Leihkapitalmarkt. Auf dem Unternehmungskapitalmarkt werden Aktien, Obligationen usw. gehandelt. Der Leihkapitalmarkt zerfällt wiederum in den Rentenmarkt, den Hypothekenmarkt und den Teil, in dessen Mittelpunkt die öffentlichen Sparkassen stehen, der also das Geld umfaßt, das bei diesen Instituten hinterlegt und von dort aus wieder ausgeliehen wird, letzten Endes also großenteils auch auf den Hypothekenmarkt hinausläuft.

Eine scharfe Trennung der Märkte nach produktiver und konsumtiver Verwendung des entliehenen Kapitals ist unmöglich, da fast auf allen Märkten beide Arten auftreten, ohne daß man ohne weiteres bei jedem einzelnen Darlehen erkennen könnte, welcher Gruppe es zuzuteilen ist. Allerdings gibt es Kreditformen, die die eine oder andere Verwendungsart mit der größten Wahrscheinlichkeit vermuten lassen. Dazu gehören mitunter landwirtschaftliche Hypothekendarlehen. Von ihnen kann man besonders heute oft annehmen, daß sie konsumtiven

1 Spiethoff: „Die äußere Ordnung des Kapitalmarktes." Schmollers Jahrbuch 1909, S. 445ff.

Zwecken dienen[1], hingegen lassen alle Kredite, die in irgendeiner Gestalt der Industrie zufließen, das entgegengesetzte vermuten. Beim Rentenmarkt liegt eine ähnliche Annahme nahe, obgleich Staats- und Kommunalanleihen sowohl produktiv als auch konsumtiv sein können.

Auch der Geldmarkt zerfällt wiederum in einzelne Teilmärkte. Er setzt sich zusammen aus einem Geldmarkt in weiterem Sinne, dort wird Leihkapital „in bestimmten gebräuchlichen Geschäftsformen gehandelt, wie beim Wechseldiskont, Lombardgeschäft, Kontokorrentkredit usw.[2]", aus dem engeren Kapitalmarkt, dessen Schauplatz die Börse ist, wo „tägliches Geld", „fixes Geld" und „Ultimogeld" als Kredit gegeben wird. Unter dem offenen Markt verstehen wir den Markt, „der alle abseits der Zentralnotenbank getätigten Kreditgeschäfte einschließt[3]"

II. Die Gestaltung des Kapitalangebots.

1. Theoretische Erörterungen.

Kann man aus der Bezeichnung, die die einzelnen Kreditmärkte tragen, schon herzlich wenig erkennen, welcher Verwendung ihre Kredite zufließen, so ist es aber noch weniger möglich, daraus einen Schluß ziehen zu können auf die eigentliche Quelle, aus der die Mittel stammen. Es gibt vier Quellen, vier Kapitalströme, die das Kapitalangebot speisen. Diese vier sind: freiwillige Spartätigkeit der Einkommensempfänger, Reservebildung in den Unternehmungen, Kapitaleinfuhr und Kreditschöpfung. Davon ist der quantitativ wesentlichste Faktor das Sparen. Der Umfang der Spartätigkeit einer Bevölkerung, kurz Spargrad genannt, hängt im wesentlichen von zwei Momenten ab, von ihrer Sparwilligkeit und ihrer Sparfähigkeit.

Die erste von diesen beiden Eigenschaften läuft darauf hinaus, ob und welche und wie starke Motive die Leute zum Sparen veranlassen. Jedes Volk hat in dieser Hinsicht andere Gewohnheiten, und innerhalb einer jeden Bevölkerung wird jede Bevölkerungsschicht durch andere Gründe zum Sparen angereizt, und selbst innerhalb einer jeden Bevölkerungsschicht hat jede Person bestimmte Triebfedern, die sie je nachdem zum Sparen oder Verausgaben antreiben. Ein Motiv, das den einen dazu veranlaßt, jeden Teil seines Einkommens, den er für entbehrlich hält, zurückzulegen, vermag einen anderen nicht dazu zu bewegen, auch nur eine Mark zu sparen. Es wäre darum unsinnig, wollte man für alle Leute mit gleicher Einkommensgröße auch den gleichen Spargrad annehmen. Wir unterscheiden drei Arten von Sparen, die verschiedener Motivation entspringen[4]: Erstens das Zwecksparen. Wie der Name schon sagt, erfolgen hier Rücklagen mit einem ganz bestimmten Zweck, meistens mit dem, in Zukunft irgendeinen Gegenstand zu erwerben; die finanziellen Verhältnisse solcher Sparer sind eben so gestaltet, daß sie nur durch Sparen in den Besitz des ersehnten Objekts gelangen können. Außerdem kennen wir noch das Sicherungssparen, dessen Anlaß der Wunsch nach einer gesicherten Altersversorgung oder nach einem Fonds für Unglücks- und Krankheitsfälle od. dgl. mehr ist. Auch hier wird gespart im Hinblick darauf, daß diese Sparsummen später wieder konsumiert werden. Immerhin ist in diesem Fall die Möglichkeit für eine dauernde Steigerung des Kapitalangebots gegeben, dann nämlich, wenn sich der Altersaufbau der Bevölkerung dahingehend verschiebt, daß die Altersklassen, in denen gespart wird, stärker besetzt werden gegenüber denjenigen Altersklassen, die die Sparbeträge wieder verzehren. Als letzte Gruppe ist das Ertragssparen zu nennen. Es verdankt seinen Ursprung dem Willen dieser Sparer, ein Vermögen anzusammeln, das einen Zinserlös bringt. Diese Art des Sparens liefert entschieden den größten Beitrag für eine Zunahme des Kapitalangebots.

Obschon die Sparwilligkeit ein wesentlicher Bestimmungsgrund ist für den Umfang der Spartätigkeit, so sind ihr aber Grenzen gesteckt von einem anderen Faktor, die sie nicht überschreiten kann. Dieser andere Faktor ist die Sparfähigkeit. Für den einzelnen ist sie ohne weiteres gegeben durch die Größe seines Einkommens, für ein ganzes Volk besteht natürlich die äußerste Grenze seiner Sparfähigkeit in der Höhe des gesamten Volkseinkommens, die jedoch praktisch niemals relevant werden wird. Bedeutungsvoll ist vielmehr, welcher Spargrad auf der Skala der Möglichkeiten innerhalb dieser äußersten Grenzen erreicht wird. Für diese Frage ist die Art der Einkommensschichtung von weittragender Bedeutung. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß, je größer ein Einkommen ist, um so größer auch die Sparquote ausfällt, daß in kapitalistischen Volkswirtschaften die obersten Einkommensgruppen in stärkstem Maße an der Spartätigkeit beteiligt sind. Auf Grund empirischer Forschungen gilt daher der Satz: Je größer die Angleichung der Einkommen in einer Volkswirtschaft ist, um so schwächer ist ihre Sparkraft, und umgekehrt, je größer die Einkommensdifferenzierung ist, um so stärker ist sie. Daß die gegenwärtigen

[1] Vergl. S. 19
[2] Spiethoff: „Die äußere Ordnung des Kapitalmarktes." Schmollers Jahrbuch 1909, S. 453.
[3] Spiethoff: „Die äußere Ordnung des Kapitalmarktes." Schmollers Jahrbuch 1909, S. 453.
[4] Welter: „Die Ursachen des Kapitalmangels in Deutschland." S. 27 ff.

Verhältnisse in Deutschland diesen Satz Lügen zu strafen scheinen, beruht auf außergewöhnlichen Umständen. Wir werden auf diesen Punkt zurückkommen bei der Betrachtung der konkreten Entwicklung des Kapitalangebots in der Nachkriegszeit.

Im engen Zusammenhang mit dem Sparen der Individuen stehen die Rücklagen der Unternehmungen, sie stellen einfach die besondere Sparform der Unternehmungen dar. Ihre Größe wird immer abhängen von den Wirtschaftsbedingungen, unter denen die Unternehmungen arbeiten. Sonst ist generell wenig von ihnen zu berichten.

Den dritten Zweig, aus denen sich das Kapitalangebot zusammensetzt, bildet die Kapitaleinwanderung. Es ist unmöglich, allgemein etwas über ihren Umfang aussagen zu wollen. Nur so viel kann man sagen, daß er variieren wird, je nachdem, wie im Inland das Verhältnis von Kapitalbedarf und -deckung der inländischen Mittel aussieht, und wie sich infolgedessen der Zinsfuß gestaltet.

Die Kreditschöpfung endlich verkörpert einen Teil des Kapitalangebots von ganz besonderer Art; auf ihr beruht eine Eigentümlichkeit des Kapitalmarktes, für die der Arbeitsmarkt kein Äquivalent aufzuweisen hat. Während eine Nachfrage nach Arbeitskraft, die das gegebene Angebot bei gegebenem Lohnsatz übersteigt, unbefriedigt bleiben muß, im günstigsten Falle durch Heranziehung ausländischer Arbeiter die angebotene Arbeitsmenge vergrößert werden kann, was auf dem Kapitalmarkt der Heranziehung ausländischen Kapitals entspricht, so hat dieser außerdem noch die Möglichkeit, durch das Mittel der Kaufkraftschaffung sein Angebot auszudehnen, wenn Bedarf dafür vorhanden ist. Im Gegensatz zur Annahme der alten Theorie erschöpft sich der Kreditverkehr nicht darin, daß schon bestehende Kaufkraft von einer Hand in die andere übergeht. Die Banken fungieren nicht lediglich als Vermittler, sondern sie sind gleichzeitig Schöpfer neuer Mittel. Auf diese Weise werden Finanzierungen aus dem Nichts ermöglicht, ohne daß ihnen also irgendwelche Sparsummen zugrundelägen. Diese Kaufkraftschaffung kann auf mancherlei Art und Weise vor sich gehen. Eine der gebräuchlichsten Formen ist der Akzeptkredit. Schon dann handelt es sich um Schaffung neuer Kaufkraft, wenn bei einer Bank ein Kassenführungsguthaben durch Bareinzahlung begründet und dieser Zuwachs an Barreserven Basis einer Kreditgewährung durch die Bank wird. Wenn der einzahlende Kunde über sein Guthaben mindestens zum Teil zugunsten von Kunden derselben oder anderer Banken verfügt, und auch der neue Kreditnehmer dasselbe tut, so kann das Banksystem als Ganzes genommen in der bekannten Weise durch jene erste Einzahlung in den Stand gesetzt werden, das Kreditvolumen entsprechend der üblichen Reserveproportion zu vermehren. Dieser Vorgang läßt sich nach dem gegenwärtigen Stand der Statistik nicht befriedigend verfolgen.

2. Die technischen Methoden zur Erfassung des Kapitalangebots.

Nicht nur die Erfassung der Kreditschöpfung, sondern die des gesamten Kapitalangebots bereitet große Schwierigkeiten. Für jeden der vier verschiedenen Zweige, aus denen sich das Kapitalangebot rekrutiert, ergeben sich individuelle Schwierigkeiten, von denen wir im folgenden eine Auslese kennenlernen werden. Bei flüchtiger Betrachtung erscheint eine Berechnung des jährlichen Kapitalangebots höchst einfach durchzuführen zu sein, in Wirklichkeit jedoch ist an eine exakte Feststellung gar nicht zu denken. Man könnte annehmen, eine Addition des Angebots auf sämtlichen Kreditmärkten würde sehr schnell zum Ziele führen. Das wäre allerdings einfach. Aber erstens ist das jährliche Angebotsvolumen des Kapitalmarktes keineswegs identisch mit dem gesamten jährlichen Kapitalangebot einer Volkswirtschaft, aus dem einfachen Grunde, weil eben nicht alle Teile des Kapitalangebots auf dem Kapitalmarkt erscheinen. Zweitens stellen sich aber auch schon der genauen Erfassung des Angebots eines einzelnen Marktes große Hindernisse entgegen, teilweise technischer Art. Ferner, vorausgesetzt, eine zahlenmäßige Zusammenfassung ihres Angebots sei gelungen, so würde doch eine einfache Addition dieser Ergebnisse zu einem falschen Gesamtresultat führen, weil nämlich diese verschiedenartigen Kreditangebote sich zum Teil überschneiden. Denn einmal gibt es rein geldtechnische Vorgänge, hinter denen sich weder freigesetztes noch neugebildetes Kapital verbirgt, und sodann brauchen wir nur daran zu denken, wie häufig es praktisch vorkommt, daß jemand einen langfristigen Kredit aufnimmt, um einen Teil dieser Summe zunächst kurzfristig weiterzuverleihen. Als Folge der Anwendung der Additionsmethode würden sich also auf der einen Seite zahlreiche Doppelzählungen herausstellen, auf der anderen Seite bliebe ein Teil des Angebots überhaupt unerfaßt. Demzufolge entspräche das Resultat nicht den zu erfassenden Tatsachen. Es ist also ein weit komplizierteres Verfahren notwendig, um einigermaßen brauchbare Ergebnisse zu erhalten. Schier unüberwindliche Schwierigkeiten türmen sich da auf.

Da ist erstens die Unverläßlichkeit der Posten Kapitalzu- und -abwanderung, die uns Kopfzerbrechen macht. Dieser Zustrom ausländischer und Abfluß inländischer Gelder geht in

allen möglichen Formen vor sich, teilweise in solchen, bei denen die Höhe der Beträge irgendwo registriert, also erfaßbar ist, teilweise aber auch in anderen, bei denen die Summen nirgends ausgewiesen sind. Gerade bezüglich dieser Summen sind wir in weitem Maße auf Schätzungen angewiesen, und Schätzungen bleiben eben immer etwas Vages, nichts durchaus Zuverlässiges.

Ähnlich liegt der Fall bei den Reserven der Unternehmungen. Die Bilanzvorschriften verlangen keinen klaren Ausweis aller vorhandenen Reserven. Wenn der gesetzlichen Reservebildung Genüge geleistet ist, bleibt es jeder einzelnen Unternehmung durchaus freigestellt, etwaige überschießenden Gewinne, die nicht ausgezahlt werden, in allen möglichen Bilanzposten als versteckte Rücklagen unterzubringen. Es kommt vor, daß die Selbstfinanzierung mit Hilfe der zu diesem Zweck angelegten stillen Reserven forciert wird, weil sie dem Unternehmer aus besonderen Gründen vorteilhaft erscheint. Diese Methode war in der Nachkriegszeit äußerst beliebt, sie wurde, wie wir später noch sehen werden, durch manche Umstände provoziert. Wie anders als durch Schätzungen kann man dem Inhalt dieses Kapitalstroms nahekommen?

Daß auch die Erfassung derjenigen Beträge, die auf bankmäßiger Kreierung neuer Kaufkraft beruhen, in hohem Maße unzulänglich sein muß, haben wir eben schon erwähnt. Unsere Statistik ist noch weit von einer solch feinen Ausbildung entfernt, daß sie imstande wäre, all die verästelten Formen, in denen Kaufkraftschöpfung vor sich gehen kann, einzufangen. Also auch hier bietet eine Schätzung die einzige Möglichkeit, die hier jedoch wegen der völlig unzulänglichen Anhaltspunkte am meisten problematisch und mit der größten Vorsicht aufzunehmen ist.

All diese Schwierigkeiten stehen einer fortlaufenden Aufzeichnung der Größe des vorhandenen Kapitalangebots im Wege. Allerdings wurden, teils von maßgebender Seite, Versuche unternommen, die jährliche inländische Kapitalbildung, das deutsche Sparvolumen, zu berechnen, das wäre also das jährliche Kapitalangebot abzüglich der Kapitaleinwanderung und der Kreditschöpfung. Diejenigen Versuche, die den jährlichen Kapitalzuwachs von der Sachkapitalseite aus festzustellen trachten, wie z. B. der der Reichskreditgesellschaft (1927[1]) und ein weiterer vom Institut für Konjunkturforschung[2], interessieren uns an dieser Stelle weniger. Anders steht es mit denen, die dieses Ziel von der Seite des Geldkapitals her erreichen wollen. Einige von ihnen seien kurz skizziert. Eine beachtenswerte Arbeit hat auch hier das Institut für Konjunkturforschung geleistet, indem es einen doppelten Weg beschritten hat, um die Geldkapitalbildung zu erfassen[2]. Es hat einmal die Beträge, die von den Kreditgebern bzw. -vermittlern zur Verfügung gestellt werden, erfaßt und zweitens diejenigen, die von Schuldnern bzw. Investoren aufgenommen wurden. Beide Ergebnisse decken sich zwar nicht ganz, aber dafür gibt es einen Erklärungsgrund. Es würde zu weit führen, wenn wir näher auf die Methoden der Berechnung eingehen würden. Wir verweisen auf das Sonderheft „Kapitalbildung und Investitionen in der deutschen Volkswirtschaft, 1924—1928[3]". Dort ist auch ausführlich berichtet über die großen Schwierigkeiten, die einer solchen Berechnung entgegenstehen und für deren Exaktheit darum keine Garantie übernommen werden kann, obschon man die größte Mühe hat walten lassen, um möglichst alle Fehler zu vermeiden. Ferner wäre noch der Versuch der Frankfurter Zeitung zu nennen, der an die Schuld- und Beteiligungsverhältnisse anknüpft, die durch Anlage der Ersparnisse herbeigeführt werden und von hier aus einen Rückschluß zieht.

Es bleibt eine zwar wenig erfreuliche, aber nicht zu ändernde Tatsache, daß wir auf zuverlässige Angaben, die uns den Entwicklungsverlauf des gesamten Kapitalangebots demonstrieren, verzichten müssen. Wir können nichts anderes tun, als zu einem Hilfsmittel greifen, das uns wenigstens die Bewegung des Kapitalangebots illustriert. Dieses Hilfsmittel bieten uns die Kreditoren, sie übernehmen in unserer Betrachtung vertretungsweise die Rolle des Kapitalangebots. Dazu müssen wir nun zunächst wissen, was sie eigentlich darstellen. Die Bewegung der Kreditoren inklusive der Bewegung der Depositen ist ein Spiegelbild für die Bewegung der Kaufkraftmenge, die direkt oder indirekt kaufend der Arbeit gegenübersteht, dagegen drückt sie nicht ohne weiteres die Entwicklung der Spartätigkeit aus. Das werden wir im folgenden näher darlegen. Zwei voneinander zu trennende Personengruppen sind an der Bildung der Kreditoren beteiligt. Die eine Gruppe setzt sich aus denjenigen Personen zusammen, die bei einer Bank ein Geschäftskonto eingerichtet haben, das zur bequemen Abwicklung ihres Geschäftsverkehrs dient. Sie tätigen ihre Zahlungen meist bargeldlos mittels Schecks, also durch Übertragung von Bankguthaben. Zu der zweiten Gruppe gehören alle diejenigen Personen, die ein Sparkonto bei einer Bank unterhalten, auf das sie alle entbehrlichen Geldbeträge einzahlen. Je mehr „Spar"einlagen von diesem Personenkreis bei den Banken gemacht werden, um so

[1] „Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung". Halbjahreshefte der Reichskreditgesellschaft 1927/28, S. 20.
[2] „Kapitalbildung und Investitionen in der deutschen Volkswirtschaft, 1924—1928", Sonderheft 22 der Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung S. 16.
[3] „Kapitalbildung und Investitionen in der deutschen Volkswirtschaft, 1924—1928". Sonderheft 22 der Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung S. 20.

stärker wachsen die Kreditoren an, oder, präziser ausgedrückt, um so größer ist die Möglichkeit für eine Vermehrung der Kreditoren. Spart jedoch ein Mitglied des anderen Personenkreises, das also im Gegensatz zu dem anderen kein „Spar"konto, sondern ein „Geschäftskonto" besitzt, so äußert sich dieser Akt völlig anders und führt nicht zu einer Vermehrung der Kreditoren. Sparen ist in diesem Falle für den Sparer mit Nichtverfügen identisch. Er läßt einfach sein Guthaben bei der Bank unangetastet stehen. Infolgedessen schwillt sein Konto Haben an. Die einzige Folge dieses Sparaktes in bezug auf die Kreditoren besteht darin, daß sich eventuell ihr Verhältnis von kurzfristigen zu langfristigen verschoben hat, und zwar hat sich ein Teil der bisher kurzfristigen in langfristige verwandelt. Allerdings wird dadurch wieder eine neue Grundlage geschaffen für Kreditgewährung durch die Bank. Diese Kreditgewährung kann einen Zuwachs der Kreditoren zur Folge haben. Diejenigen Leute, die Bankkredit aufnehmen, werden ihn für irgendeinen Zweck verwenden. Sie brauchen ihn zum Ankauf irgendwelcher Güter oder zur Schuldentilgung od. dgl. mehr. Insoweit nun diese Leute, in deren Hände auf diese Weise das Bankdarlehen gelangt, auch Bankkunden sind, d. h. auch ein Bankkonto besitzen, über das ihre Einnahmen und Ausgaben fließen, insoweit steigt die Summe der Kreditoren anläßlich der Kreditbewilligung der Banken und der Verfügung der Kreditnehmer. Für den Fall jedoch, daß dieser Kredit zu Lohnzahlungen benutzt wird, läßt er diese Wirkung vermissen, wenigstens unmittelbar, denn die Lohnempfänger unterhalten keine Bankverbindung; die Zahlungen, die sie zu tätigen haben, werden in bar erledigt, und eventuelle Rücklagen deponieren sie bei anderen Sparinstituten, gewöhnlich bei Sparkassen. Letzten Endes jedoch strömt auch diese Kreditsumme, die sich in Löhne aufgelöst hat, zum mindesten ein großer Teil von ihr, wieder zurück in das große Sammelbecken Bank. Sie nimmt den Umweg über Arbeitnehmer—Kaufleute, von denen sie dann meist an die Bank abgeführt wird.

Die Bank hat nicht nur die Möglichkeit, Kaufkraft auszuleihen auf Grund von unbenutzten Depositen, sondern sie kann außerdem Kaufkraft zur Verfügung stellen, die sie ad hoc kreiert hat, indem sie z. B. aus Kassenführungsguthaben ausleiht. Die Darlehensgewährung auf Grund neugeschaffener Kaufkraft trägt auch zur Vermehrung der Kreditoren bei. Sie unterscheidet sich lediglich durch die Art ihrer Entstehung von der anderen Kreditgewährung, nicht aber bezüglich ihrer Wirkung. Da man äußerlich nicht erkennen kann, welcher von beiden Ursachen ein Bankkredit sein Dasein verdankt, so fehlt also jede Handhabe, um feststellen zu können, ein wie großer Teil der Kreditoren jeweils umgeleitete Kaufkraft und ein wie großer Teil neugeschaffene Kaufkraft verkörpert. Das macht jedoch wenig aus, denn sowohl die eine als auch die andere Kreditsumme tritt der Arbeit nachfragend gegenüber, ihr Ursprung ist dafür gänzlich gleichgültig[1]).

3. Die konkrete Entwicklung des Kapitalangebots in der Nachkriegszeit.

Nachdem wir gesehen haben, woraus sich das Kapitalangebot zusammensetzt und von welchen Faktoren seine Größe abhängt, wären wir hinreichend gerüstet, um ein Urteil fällen zu können, wie sich das Kapitalangebot in der Nachkriegszeit gestaltet haben muß. Wir brauchen uns aber nicht einmal auf dieses Urteil zu verlassen, da wir über Zahlen verfügen, aus denen die tatsächliche Entwicklung abzulesen ist. Die Inflation hatte das Vertrauen in die deutsche Mark so tief untergraben, daß selbst nach der Währungsstabilisierung eine Wiederkehr des alten Vertrauens in weiter Ferne lag. Insolvenzen von Sparinstituten aller Art trugen noch ihr Teil dazu bei, die Leute vom Sparen abzuschrecken, und noch ein drittes Moment half mit, die Sparwilligkeit zurückzuschrauben. Durch die Einschränkungen und Entbehrungen der Kriegsjahre und der unmittelbaren Nachkriegszeit war der Hunger nach Befriedigung aller aufgestauten Konsumbedürfnisse so gewachsen, daß, als sich endlich wieder Gelegenheit zur Befriedigung bot, diese nach Kräften ausgenutzt wurde.

Um die Sparfähigkeit der deutschen Bevölkerung war es in dieser Zeit ebenfalls schlecht bestellt. Die Inflation hatte große Vermögensverluste bewirkt, und außerdem waren die Realeinkommen gegenüber der Vorkriegszeit zusammengeschrumpft. Diejenigen, die noch reichlich flossen, wurden nun zur Steuerzahlung besonders stark herangezogen, und auf diese Weise wurde ihre Sparkraft, die sonst die stärkste aller Einkommensempfänger war, wesentlich geschwächt. Eine Betrachtung der Verteilung des Einkommensteueraufkommens auf die einzelnen Einkommensgruppen zeigt, daß die oberen Einkommensgruppen verhältnismäßig viel stärker belastet sind. Ungefähr 82% aller Einkommen entfallen auf die Einkommensgruppe bis 8000 RM., diese Gruppe trägt aber lediglich 58% des Aufkommens aus der Einkommensteuer,

[1]) Siehe über diesen Abschnitt: „Kreditoren" Schumpeter: „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung", S. 140—165 und Albert Hahn: „Zur Frage des volkswirtschaftlichen Erkenntnisinhalts der Bankbilanzziffern" in „Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung", 1926/27, Ergänzungsheft 4, S. 53.

dagegen macht die Einkommensgruppe 8000—50 000 RM. 13½% der gesamten Einkommen aus, ist dagegen mit 23% des Gesamtaufkommens belastet. Aus der Gruppe über 50 000 RM. kommen 4½% aller Einkommen, und sie trägt 13¾%. Diese scharfe Progression der Einkommensteuer hat die Folge, daß momentan die Spartätigkeit der oberen Einkommensschichten abfällt gegenüber der der mittleren und unteren Einkommensgruppen, die steuerlich weit mehr geschont werden. Aber nicht nur die Finanzpolitik wirkt sparhemmend, Lohn- und Sozialpolitik schreiten in denselben Fußtapfen.

Alle Faktoren, die für das Sparvolumen ausschlaggebend sind, übten also in der Nachkriegszeit einen relativen Einfluß aus, dessen Ergebnis durch folgende Zahlen ausgedrückt wird. Die innerdeutsche Kapitalbildung wird in den Nachkriegsjahren — 1925 ist sie zum erstenmal wieder erfaßbar — auf folgende Beträge geschätzt:

1925	1926	1927	1928	1929	1930[1]	
7,5	7,5	9	9	7,5	6	Milliarden
13	13	14	13	10		in % des Volkseinkommens.

Ein besonderes Wort wäre dann in diesem Zusammenhang noch über die Reservebildung innerhalb der Unternehmungen zu sagen. Stille Reserven wurden zum Zweck der Selbstfinanzierung in verstärktem Maße gelegt, und zwar aus Motiven, die in der Schwierigkeit anderweitiger Kapitalbeschaffung und in der Unsicherheit der wirtschaftlichen Verhältnisse zu suchen sind. Aus Gründen, die wir schon vorher dargelegt haben, ist ihre Höhe vorläufig nicht genau festzustellen. Prion hat auf der Tagung der List-Gesellschaft ihren Betrag auf 2 Mrd. geschätzt. Eine zu starke Entwicklung in dieser Richtung birgt die Gefahr zunehmender Fehlinvestitionen. Man darf wohl vermuten, daß im Nachkriegsdeutschland nicht zu unterschätzende Kapitalsummen auf diese Weise fehlgeleitet worden sind.

War zwar das Kapitalangebot, das aus innerdeutschen Quellen stammte, wesentlich zusammengeschrumpft, so wurde dieser Ausfall zunächst wenig fühlbar, weil ausländisches Kapital einströmte, das diese Lücken ausfüllte. Der Hauptzufluß erfolgte in dem Zeitraum von 1924—1928. Im einzelnen verteilte sich die Summe wie folgt:

Geschätzter Saldo der kurzfristigen Kapitaleinfuhr	Langfristiger Kapitalimport	in Mill. RM.[2]
948	1001,00	1924
2181	1265,46	1925
—816	1554,84	1926
2678	1411,73	1927
2311	1465,17	1928
1667	348,57	1929

Mitte 1928 setzt langsam eine Sperre langfristigen Kapitalimports nach Deutschland ein, während schon im Verlaufe von 1927 die kurzfristige Verschuldung stark zugenommen hatte, weil die langfristigen Kredite, die zu erhalten waren, nicht für den Bedarf ausreichten. Gegen Ende 1928 und im Jahre 1929 kann noch der dringendste Kapitalbedarf mit kurzfristiger Schuldaufnahme im Ausland befriedigt werden. Dann aber wird auch der Zufluß kurzfristiger Kredite abgestoppt, und auch diese Quelle, die bisher wenigstens teilweise die Unfähigkeit der anderen kompensiert hatte, hört auf zu fließen.

III. Die Kapitalnachfrage.

1. Theoretische Erörterungen.

Ebenso wie sich das Kapitalangebot aus mehreren Zweigen zusammensetzt, so bildet auch die Nachfrage nach Kapital kein einheitliches Ganze. Sie besteht im wesentlichen aus zwei Komponenten, der industriellen und der konsumtiven Nachfrage. Beide wetteifern um das verfügbare Kapitalangebot. Je dringlicher sich diese beiden Nachfragezweige gestalten, um so höher wird sich der Zins stellen. Das Befriedigungsmaß jeder der beiden Nachfragearten richtet sich nach dem Intensitätsgrad der anderen. Je dringlicher in einer Volkswirtschaft der Bedarf an Konsumtivkrediten ist, d. h. also, einen um so höheren Preis seine Bewerber zu

[1] Welter: „Die Ursachen des Kapitalmangels in Deutschland".
[2] „Die deutsche Zahlungsbilanz." Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft. 1930 S. 146.

entrichten gewillt sind, eine um so kleinere Kapitalmenge wird für industrielle Bedarfszwecke übrigbleiben, in um so stärkerem Maße müssen die Unternehmer darauf verzichten, längere Produktionsumwege einzuschlagen, um so geringere Aussicht besteht auf eine vergrößerte Genußgütermenge in der Zukunft. Unter normalen Verhältnissen ist der Begehr nach Konsumtivkredit von untergeordneter Bedeutung. Wächst er jedoch infolge außergewöhnlicher Umstände zu einem beachtenswerten Ausmaß, so müssen wir annehmen, daß dadurch die Versorgung der Volkswirtschaft beeinträchtigt wird, und zwar in dem Maße, in dem durch Inanspruchnahme des Kapitals zu konsumtivem Gebrauch der Industriebedarf unbefriedigt bleiben muß. Vom rein ökonomischen Standpunkt aus besteht also die Nachfrageseite aus einem wirtschaftsfeindlichen und einem wirtschaftsfördernden Teil.

Bestimmend für den Umfang der konsumtiven Nachfrage nach Kapital innerhalb einer Volkswirtschaft sind einmal die Gepflogenheiten des betreffenden Volkes in bezug auf Sparen bzw. Verschwenden und zum zweiten die wirtschaftliche und eventuell auch politische Situation dieser Volkswirtschaft. Innerhalb der Kategorie der Konsumtivkreditbewerber nehmen von jeher die öffentlichen Körperschaften Reich, Staat und Kommunen die erste Stelle ein, weil sie die Erfüllung sozialpolitischer, kultureller u. dgl. Aufgaben als eine von der Wirtschaftslage weitgehend unabhängige Pflicht ansehen und darum, wenn ihre eigenen Mittel zur Deckung diesbezüglicher Ausgaben nicht ausreichen, zur Kreditnahme schreiten. Außerdem werden natürlich auch von privater Seite aus Darlehen zu Konsumtionszwecken nachgefragt. Hier fehlt jedoch meistens die Kontrolle, ob ein Darlehen konsumtiv oder produktiv verwendet wird. Will man einen Ausdruck dafür gewinnen, welchen Raum jeweils der Konsumtivkredit innerhalb des gesamten Kreditvolumens einnimmt, so zieht man dazu am besten die Statistik über die Kreditaufnahme der öffentlichen Körperschaften heran.

Die Bestimmungsgründe der industriellen Nachfrage nach Kapital sind vielgestaltig. Als wesentlichster und allgemeinster stellt sich ohne Zweifel die jeweilige Geschäftslage dar. In den verschiedenen Stadien der wirtschaftlichen Wechsellagen ändert sich der Nachfrageumfang. Er ist in der Stockung sehr gering, weil der Geschäftsgang träge ist. Die Lager sind gefüllt, die Nachfrage kann aus den Vorräten befriedigt werden, es besteht keinerlei Bedarf nach neuen Anlagen oder Produktionserweiterung, die Kapitaldisposition erforderten. Ganz anders sehen die Dinge während eines wirtschaftlichen Aufschwungs aus. Da entfaltet sich die Produktion auf allen Gebieten, alle Industriezweige brauchen Kapital, um den gestiegenen Anforderungen in Form von vermehrter Nachfrage gerecht werden zu können, und infolgedessen entwickelt sich eine lebhafte und intensive Bewerbung um die auf dem Kapitalmarkt verfügbaren Mittel. So wie also der Puls der kapitalistischen Wirtschaft in ständigem Wechsel einmal höchst angeregt und einmal höchst träge schlägt, so wechseln auch lebhafte und schleppende Nachfrage nach Kapital sich in steter Reihenfolge ab. Zur Illustration der Rolle, die die wirtschaftlichen Wechsellagen in bezug auf die Nachfrageschwankungen spielen, könnte man folgendes Bild gebrauchen. Sie wirken als drängende Kraft, die die Tendenz hat, den Umfang des Kapitalbegehrs einer regelmäßigen Aufundabbewegung zu unterwerfen. Ob nun diese Kraft die alleinige Herrscherin ist, von der sich die Nachfrage widerstandslos leiten läßt, oder ob es andere Faktoren gibt, die ihr entgegenwirken oder die in gleicher Richtung wirken, darüber entscheiden die jeweils bestehenden Wirtschaftsverhältnisse einer Volkswirtschaft.

An Faktoren, die in jedem Augenblick von einflußreicher Bedeutung für die Höhe der industriellen Kapitalnachfrage sind, wäre zunächst die organische Zusammensetzung des Kapitals im Marxschen Sinne zu nennen. Es macht einen großen Unterschied, ob das Schwergewicht der wirtschaftlichen Entwicklung auf stark maschinellen und auf feste Anlagen sich stützenden Betrieben ruht, oder ob arbeitsintensive Betriebe im Vordergrund stehen. Die Erstellung einer Eisenhütte oder eines Walzwerks beansprucht immer weitaus größere Kapitalsummen als die Errichtung irgendeiner arbeitsintensiven Unternehmung. Jede Umstellung von Betrieben auf kapitalintensive Produktion, worauf der größte Teil aller Rationalisierungsmaßnahmen hinausläuft, steigert die Ansprüche an den Kapitalmarkt. Ob und in welchem Ausmaß rationalisiert wird, hängt von der Kostengestaltung der einzelnen Produktionsfaktoren ab. Sind z. B. die Löhne überhöht, das soll heißen, entsprechen sie nicht dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, so wird dadurch einerseits die Produktion gebremst und damit gleichzeitig die Nachfrage nach Kapitaldisposition, andererseits begünstigt dieser Umstand die Durchführung von Rationalisierungen und steigert somit den Kapitalbedarf der Industrie. Wir müssen es an dieser Stelle bei den kurzen Bemerkungen bewenden lassen, die lediglich andeuten sollten, in welcher Richtung man die Bestimmungsgründe der industriellen Kapitalnachfrage zu suchen hat, und inwieweit der eine einen anderen nach sich zieht. Wir verweisen auf ein späteres Kapitel, in dem diese Zusammenhänge näher analysiert werden.

2. Die konkrete Entwicklung der Kapitalnachfrage nach dem Kriege.

Die Entwicklung des Kapitalangebots in der Nachkriegszeit haben wir bereits verfolgt und haben gesehen, wie sehr es im Vergleich zur Vorkriegszeit zusammengeschmolzen ist. Demgegenüber hat die Nachfrage, und zwar beide Zweige der Nachfrage, in ungeahntem Maße zugenommen.

Nach Stabilisierung des Markkurses am 15. Nov. 1923, als wieder eine geordnete Preisbildung möglich wurde, da erst ließ sich die wirtschaftliche Lage Deutschlands klar überblicken, und es zeigte sich, welche verheerenden Wirkungen Krieg, Revolution und Inflation hinterlassen hatten. Der Produktionsapparat war teilweise stark vernachlässigt worden, er bedurfte eines gründlichen Wiederaufbaus, wenn die Produktion wieder in Gang kommen sollte. Alle Teile der deutschen Wirtschaft lagen danieder, sie alle brauchten Kapital zu ihrer Erholung. Die Unternehmungen litten selbst an den allernotwendigsten Betriebsmitteln Mangel. Und so kam es, daß in der Zeit unmittelbar nach der Inflation selbst die industrielle Kapitalnachfrage nicht direkt produktiven Zwecken entsprang, sondern zunächst nur dazu diente, die leeren Kassen wieder aufzufüllen und einen neuen Betriebsmittelfonds zu schaffen. Nachdem dies wieder erreicht war, hatte inzwischen eine Finanz- und Lohnpolitik Platz gegriffen, welche die Produktionserträgnisse der Unternehmungen abschöpfte; teils wurden sie weggesteuert, teils von den Löhnen absorbiert. Durch solche Maßnahmen wurde die Industrie gewaltsam zu Rationalisierungen gedrängt, wobei es nicht ausblieb, daß diese zum Teil übertrieben wurden. Je umfangreichere Rationalisierungsmaßnahmen getroffen wurden, um so mehr steigerte sich auch der Kapitalbedarf. Daher blieb es nicht bei einem einmaligen großen Bedarf an Kapitalinvestitionen seitens der Industrie, die den verfallenen Produktionsapparat rehabilitierte, und um sich dann wieder auf das normale Maß an Kapitaldisposition zu beschränken, sondern die industrielle Kapitalnachfrage verharrte auf ihrer ungewöhnlichen Höhe ununterbrochen.

Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse im Nachkriegsdeutschland führten dazu, daß sich der Kredithunger des anderen Nachfragezweiges ebenfalls stark vergrößert hatte. Innerhalb des Aufgabenkreises der öffentlichen Hand war eine Verschiebung eingetreten, zum Teil in Form einer Erweiterung ihres Aufgabengebietes. Der Wohnungsmangel bot Anlaß dazu, daß sie den Wohnungsbau weitgehend in eigene Regie nahm. Der Anteil des Wohnungswesens am öffentlichen Finanzbedarf betrug 1913 = 0,4%, 1925 = 8,4%, er steigerte sich 1926/27 auf 9,4% und 1927/28 auf 9,8%[1]. Neu hinzu kamen ferner die äußeren Kriegslasten, während die inneren ganz erheblich an Gewicht zunahmen gegenüber der Vorkriegszeit. Im Rechnungsjahr 1913/14 entfielen vom gesamten Finanzbedarf 63 Mill., das sind 0,9%, auf innere Kriegslasten, im Rechnungsjahr 1928/29 = 2315 Mill. RM., das sind 11,1%[2]. Ähnlich verhielt es sich mit dem Wohlfahrtswesen. Die immer größer werdende Masse der auf Wohlfahrt angewiesenen Personen erfordert ein öffentliches Eingreifen in das Wohlfahrtssystem. Seit 1924 spielt das Wohlfahrtswesen bei der Budgetierung eine der bedeutendsten Rollen wegen seiner stark zunehmenden Ansprüche. Wohl war die Unterstützung der Erwerbslosen auf dem Versicherungsgedanken aufgebaut, wie die übrigen Zweige der Sozialversicherung. Je größer aber der Umfang der Arbeitslosigkeit wurde, um so weniger konnte die Reichsanstalt aus den Beitragseinnahmen ihre Ausgaben bestreiten, um so mehr mußte das Reich hilfreich einspringen. Zu dieser teils notgedrungenen Ausdehnung des Aufgabenkreises der öffentlichen Verwaltung tritt hinzu, daß sich anscheinend die Ausgabefreudigkeit der Massen auch auf Reich, Länder und Gemeinden übertragen hat; das zeigen die vermehrten Ausgabeposten anderer Ressorts. Gewiß waren während der Kriegs- und der ersten Nachkriegsjahre einige Verwaltungszweige sehr vernachläßigt worden. Jetzt versuchte man im Eiltempo Versäumtes nachzuholen und noch ein Übriges dazuzutun. Es entstanden prunkvolle Verwaltungsgebäude, komfortable Lehranstalten wurden gebaut, großzügige Stadions angelegt u. dgl. mehr. Auf diese Weise wuchs der Finanzbedarf von Jahr zu Jahr beträchtlich:

1925/26	14,5 Mrd. RM.[3]
1926/27	17,2 „ „
1927/28	18,8 „ „
1928/29	20,8 „ „
1929/30	20,5 „ „

Da die Deckungsmittel nicht in gleichem Maße wuchsen wie die Ausgaben, so griff man auf vermehrte Schuldenaufnahme zurück. Während in der Zeit von 1880—1900 die jährliche Zunahme der Verschuldung von Reich, Ländern und Gemeinden durchschnittlich rund 0,5 Mill. M.

[1] „Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung", 1930, Teil A, Heft 1, Seite 27.
[2] „Die deutsche Finanzwirtschaft vor und nach dem Kriege." S. 59 u. S. 105.
[3] „Die deutsche Finanzwirtschaft vor und nach dem Kriege." S. 94.

und von 1900—1914 ungefähr 1,0 Mrd. M. betrug, so erhöhte sich der durchschnittliche Jahreszuwachs seit der Stabilisierung bis Ende 1928 auf 1,64 Mrd. RM. und 1929 und 1930 auf je 2,7 Mrd. RM.[1]. Die einzelnen diesbezüglichen Zahlen für jedes Jahr, die uns bekannt sind[2], liegen etwas niedriger:

1913/14	628,3 Mill. M.*
1925/26	832,9 „ „ *
1926/27	1564,2 „ „
1927/28	1598,0 „ „

* ohne die Schuldenaufnahme der Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern.

Um recht erfassen zu können, was diese Ziffern besagen, setzen wir sie in Beziehung einmal zu der Summe des jährlichen Volkseinkommens und zweitens zu der gesamten jährlichen Sparsumme. Dann ergibt sich folgendes:

Jahr	in % des Volkseinkommens	% der gesamten Sparsumme
1913/14	1,4	7,7
1925/26	1,5	11,1
1926/27	2,8	20,8
1927/28	2,5	17,7
1929/30	3,9	36,0

(Für 1929/30 nahmen wir die obengenannte Zahl von 2,7 Mrd. an.)

Dieses Zahlenbild drückt am deutlichsten aus, wie sich der Anteil vermehrt hat, den die komsumtive Nachfrage von den Sparbeträgen an sich zieht. Dabei muß man berücksichtigen, daß die öffentliche Hand nicht die alleinige Reflektantin auf Kredit ist, den sie dann zu konsumtiven Zwecken benutzt.

Von der Kreditaufnahme der deutschen Landwirtschaft wird man einen sehr großen Teil der tatsächlichen Verwendung nach als konsumtiv bezeichnen müssen. Wenn zwar im allgemeinen die Agrarkredite auch selten den gleichen produktiven Nutzen stiften wie diejenigen, die der Industrie zufließen, so kann man immerhin im allgemeinen bei ihnen von produktiver Anlage sprechen. Die Notlage der deutschen Landwirtschaft nach dem Kriege ist jedoch so groß geworden, daß man beinahe alle Kapitalbeträge, die in sie investiert worden sind, als verloren betrachten kann, selbst diejenigen, die ihrer Natur nach produktiv sein müßten, wie solche, die zu Meliorationen usw. dienten. Die landwirtschaftliche Schuldenaufnahme stieg folgendermaßen:

1925	1926	1927	1928	1929	1930 [3]	
3223,2	4277,3	5684,6	6831,1	7262,1	7791,3	Mill. RM.

In diesen Zahlen sind lang- und kurzfristige Kredite zusammengefaßt.

IV. Der Zins.

1. Der Zins als ein Preisphänomen.

Der Zinssatz nimmt in bezug auf den Kapitalmarkt dieselbe Stellung ein wie der Lohnsatz in bezug auf den Arbeitsmarkt. Eine solche Analogie dieser beiden Preisphänomene wird von vielen Theoretikern negiert mit folgender Begründung. Sie sagen: Lohn- und Zinssatz sind Preise für zwei gänzlich unvergleichbare Dinge. Während der Lohn den Preis für eine ganz bestimmte physische Menge des Produktionsmittels Arbeitskraft — sagen wir für eine Arbeitsstunde — darstellt, so verkörpert der Zins nicht den Preis irgendeiner konkreten Sache. Er bedeutet vielmehr irgendeine Anzahl von Mark pro 100 einer abstrakten Wertsumme, deren Größe zuerst mit Hilfe des jeweiligen Zinssatzes errechnet werden muß. Der Zins wird also ausgedrückt in Prozenten einer Wertgröße, die selbst erst durch den jeweiligen Zinsfuß bestimmt wird. Wenn man allerdings die Dinge so sieht, wie sie gerade geschildert wurden, und wie sie z. B. der Auffassung von Irving Fisher[4] und von Frank A. Fetter[5] entsprechen, dann müssen zum mindesten starke Zweifel auftauchen, ob es denn tatsächlich möglich ist, Zins- und Lohnsatz auf eine Stufe zu stellen. Diese Zweifel existieren aber für uns darum nicht, weil wir unsere Betrachtungen direkt an den Kapitalverkehr im geldwirtschaftlichen Sinne

[1] Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung, 3. Jahrgang, 1930, Nr. 22.
[2] „Die deutsche Finanzwirtschaft vor und nach dem Kriege." Seite 32.
[3] „Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung", 4. Jahrgang, Heft 4, Teil A, Seite 19.
[4] Fisher: „The Theory of Interest."
[5] Fetter: „Economic Principles", Chapter 25, Capitalization and Interest.

anknüpfen, wie die Wirklichkeit ihn uns zeigt. Auf der Grundlage dieser geldwirtschaftlichen Wirklichkeit bedeutet der Zins tatsächlich einen Preis von Kaufkraft pro 100 Mark, ganz so wie der Lohn ein Preis pro Arbeitseinheit ist. — Dadurch, daß wir von der Geldseite der Wirtschaft ausgehen, räumen wir gleichzeitig noch eine andere Schwierigkeit aus dem Wege, die sich anderenfalls herausgestellt hätte, hinsichtlich des effektiven und des nominellen Zinsfußes eines Wertpapieres.

2. Der Zins als Charakteristikum des Kapitalmarktes.

Der Zins ist ein kennzeichnendes Merkmal des Kapitalmarktes, nur ist er wegen seiner Vielgestaltigkeit als Charakteristikum nicht ohne weiteres verwendbar. Einen einheitlichen Zins gibt es nicht, die verschiedenen Zinssätze der einzelnen Teilmärkte weisen sogar oft große Differenzen auf. Diese Tatsache erklärt sich daraus, daß jeder einzelne Markt eine Einheit für sich bildet mit spezifischen Abhängigkeitsverhältnissen, und daß darum nicht nur für den Markt des langfristigen und des kurzfristigen Kredits, sondern auch für jeden Teilmarkt besondere Bestimmungsgründe der Zinsbildung gelten. Jeder Zins besteht im allgemeinen aus zwei Komponenten, dem Entgelt für die Nutzung des Kapitals, dem sog. reinen Zins, und einem Entgelt für die mit der Kreditgewährung verbundene Verlustgefahr, dem Gefahrenbeitrag. Hauptsächlich der letzte Teil verursacht den gleichzeitigen Zinsunterschied.

Kurzfristiges Geldkapital wird immerhin in der Regel zu solchen Verwendungen benutzt, aus denen es in kürzester Zeit wieder entfernt werden kann, ohne daß eine solche plötzliche Realisierung Verlust brächte; langfristiges Kapital dagegen dient meist solchen Anlagen, in denen es auf lange Dauer investiert bleibt. Daraus folgt einmal, daß die Zinssätze für kurzfristiges Geld viel stärker auf eine Verschiebung zwischen vorhandener Kapitalmenge und Kapitalbedarf reagieren, und zweitens, daß sie weitaus empfindlicher sind gegenüber irgendwelchen politischen Ereignissen oder veränderter Wirtschaftslage als die Zinserträge langfristig gebundener Gelder, wenn wir unter diesen die tatsächlich für das erhaltene Darlehen bezahlten Zinsen und nicht die Rentabilität aus dem Kurswert verstehen. Albert vergleicht in seiner Untersuchung über die geschichtliche Entwicklung des Zinsfußes in Deutschland den Satz für kurzfristiges Geld mit dem großen Zeiger an der Uhr des allgemeinen Kapitalmarktes, der in rascher Bewegung an der Konjunkturskala auf und ab steigt, während der Zinsfuß für langfristigen Kredit als kleiner Zeiger nur langsam den Bewegungen des großen folgt und nur die bedeutsamsten Veränderungen wiedergibt. Entsprechend ihrer größeren Beweglichkeit müssen wir also annehmen, daß die Sätze für kurzfristigen Kredit aller Art sich viel häufiger ändern werden als die für langfristigen, daß die letzten viel mäßiger ausschlagen werden. — Eine andere Ursache für den Unterschied der Zinshöhe liegt in der Verschiedenheit der Kreditform und darin, daß manche weit eher gewohnheitsmäßig konstant bleiben als andere.

Immerhin aber bestehen gewisse Ausgleichstendenzen für die Zinshöhe der verschiedenen Kreditmärkte. Wenn der Zinssatz irgendeines dieser Teilmärkte über seinen normalen Stand steigt, so wird automatisch neu auftretendes oder freiwerdendes Angebot von anderen Märkten mit geringerem Zinssatz zu diesem Markt abschwimmen. Auf diese Weise wird einer Verschiebung des Kreditbedarfs Rechnung getragen und erneute Anpassung erreicht. Überhaupt sind die Geldmassen in fortwährender Bewegung von einem Markt zum anderen. Zwischen dem Diskont- und dem Effektenmarkt besteht eine besonders enge Beziehung. Die Banken treten als Vermittler auf und schieben je nach der Nachfrage die flüssigen Gelder zwischen Industrie und Börse hin und her. Zur Zeit, wenn das Börsengeschäft lebhaft in Gang ist, also vor Beginn eines Aufschwungs, werden sich die flüssigen Gelder dem Aktienmarkt zuwenden, während sie, wenn Handel und Industrie in Blüte stehen und die Börse anfängt abzuflauen, auf den Diskontmarkt zurückströmen, von wo sie jederzeit wieder ohne Schaden auf den Aktienmarkt hinüberwechseln können. Das geschieht in dem Moment, wo das Börsengeschäft wieder größere Chancen bietet.

Keiner der angeführten Umstände, die Verschiedenheiten zwischen den einzelnen Zinsfüßen erklären, begründet auf lange Sicht einen entgegengerichteten Verlauf zweier Zinskurven, vielmehr müssen wir erwarten, daß alle Zinsfußarten in ihrer geschichtlichen Gestaltung einen klar hervortretenden Parallelismus aufweisen werden; Ungleichheiten können sich lediglich als Folge ihrer verschiedenartigen Bestimmungsursachen herausstellen, müssen sich aber notwendig auf eine zeitliche oder eine Intensitätsdifferenz ihrer Bewegungen beschränken. Dieser Satz hat nicht nur Gültigkeit innerhalb der Grenzen einer bestimmten Volkswirtschaft, sondern er behält seine Geltung auch dann, wenn man die Zinsbewegungen aller Länder einer dahingehenden Prüfung unterzieht. Allerdings muß man für diesen Fall die Zeitabschnitte, während deren man den Lauf der verschiedenen Zinskurven verfolgt, genügend groß wählen. Es ist klar, daß

sich bei einem monatlichen oder selbst jährlichen internationalen Vergleich aller Zinssätze die gröbsten Bewegungsabweichungen für eine solche Periode herausstellen werden. Wagemann hat die internationale Konjunkturbewegung des Geldkapitals eingehend untersucht und ist dabei auf weitgehende internationale Beziehungen gestoßen, die jedoch für die einzelnen Teilmärkte von verschieden großer Intensität sind. Danach weisen aber selbst die Märkte, für die von Land zu Land eine äußerst lockere Bindung besteht, wie z. B. Renten- und Aktienmarkt, in ihren konjunkturellen Schwankungen Parallelität auf. Wenn also auf diese Weise der Beweis erbracht worden ist, daß die Zinsbewegung gleicher Märkte in den einzelnen Ländern langfristig betrachtet gleichgerichtet ist, so kann, wenn andererseits bewiesen ist, daß die verschiedenen Zinsfüße innerhalb eines Landes parallel verlaufen, ein Zinssatz, natürlich stets nur für eine auf die Dauerbetrachtung, als internationaler Vertreter sämtlicher anderer Zinssätze gelten.

Je nach Untersuchungsziel und -zweck greift man aus der Vielheit der Zinssätze einen heraus, der im Hinblick darauf geeignet erscheint, alle übrigen Zinssätze zu vertreten. Da uns nicht nur die langfristigen, sondern auch die kurzfristigen Zinsveränderungen interessieren, so werden wir einen Zinssatz für kurzfristiges Geld wählen als Repräsentant aller übrigen Zinssätze. Wir suchen zu diesem Zweck den Privatdiskontsatz aus. Er ist der typischste Zins des Geldmarktes und überhaupt wohl der volkswirtschaftlich wichtigste und interessanteste.

C. Die Beziehungen zwischen Kapital- und Arbeitsmarkt.

I. Allgemeines.

Während die bisherigen Erörterungen sich lediglich auf die Analyse von Arbeits- und Kapitalmarkt für sich bezogen, so untersuchen wir im folgenden theoretisch und statistisch die zwischen diesen Märkten regelmäßig bestehenden Beziehungen. Dieses Vorhaben mag auf den ersten Blick befremden: niemand kann leugnen, daß ein Zusammenhang zwischen allen Teilerscheinungen einer Volkswirtschaft besteht. Wir sind uns auch bewußt, daß in der nachfolgenden Untersuchung vielerlei Einflüsse aus den verschiedensten volkswirtschaftlichen Teilgebieten störend auf das Bild einwirken, welches wir vom Zusammenhang zwischen Kapital- und Arbeitsmarkt gewinnen werden. Die Rechtfertigung für unser Vorgehen liegt darin, daß es einerseits unmöglich ist, die Totalität der innerhalb einer Volkswirtschaft bestehenden Beziehungen zur Darstellung zu bringen, andererseits darin, daß die Beziehungen zwischen Kapital- und Arbeitsmarkt offenbar durchgreifend sind, dies beweist die immer wiederkehrende Behandlung dieses Themas durch die Theorie — und schließlich darin, daß das Verständnis dieser Beziehungen für die Gegenwart von so offensichtlich großer Bedeutung ist.

Eine Untersuchung über die Beziehungen zwischen Kapital- und Arbeitsmarkt kann nicht erfolgreich durchgeführt werden, ohne mindestens kurze und lange Perioden gesondert zu untersuchen. Eine sehr ins einzelne gehende Darstellung müßte sicherlich sogar diese Perioden noch weiter aufteilen. So verwendet z. B. Marshall bei der Analyse der Preiserscheinungen vier verschieden lange Perioden: 1. eine momentane Marktsituation, 2. einige Monate oder ein Jahr, 3. mehrere Jahre und 4. eine Generation[1]. Für die Zwecke unserer Untersuchung dürfte es genügen, zwischen kurzen und langen Perioden zu unterscheiden, da wir uns einerseits auf die Feststellung der allgemeinen Zusammenhänge beschränken wollen und andererseits kaum hinreichendes Material beschafft werden könnte, um bei weiterer Aufgliederung der Perioden zu wesentlich neuen Resultaten zu gelangen. Nur im ganz besonderen Fall werden wir eine mehrfache Einteilung vornehmen. Die Trennungslinie zwischen kurzen und langen Perioden kann nicht scharf genug gezogen werden. "Nature has drawn no such lines in the economic conditions or actual life; and in dealing with practical problems they are not wanted. Just as we contrast civilised with uncivilised races and establish many general propositions about either groop, though no hard and fast division can be drawn between the two: so we contrast long and short periodes without attempting any rigid demarcation between them. If it is necessary for the purposes of any particuliar argument to divide one case sharply from the other, it can be done by a special interpretation clause: but the occasions on which this is necessary are neither frequent nor important[2]."

II. Die Beziehungen zwischen Sachkapital und Arbeit.

1. Sachkapital und Arbeit als komplementäre Güter.

Wir wenden uns nunmehr der Theorie des kurzfristigen Zusammenhangs zwischen Arbeit und Kapital zu. Obgleich wir, wie früher ausgeführt wurde, Kapital immer im Sinne von

[1] Marshall: „Principles of Economics", S. 379. [2] Marshall: „Principles of Economics", S. 378.

Geldkapital verstehen, so ist es jedoch gerade auch für die zu untersuchende Frage von Bedeutung, Klarheit über den Zusammenhang zwischen Arbeit und produzierten Produktionsmitteln (Sachkapital) zu gewinnen.

Zunächst sind Arbeit und produzierte Produktionsmittel komplementäre Güter, d. h. also, sowohl das eine als auch das andere Gut ist zur Produktion unumgänglich notwendig. Es ist durchsichtig, daß in unserem heutigen Wirtschaftssystem keine wie immer geartete Erzeugung ohne Sachkapital oder ohne Arbeitskraft durchgeführt werden kann. Wenn daher Veränderungen im Umfang der industriellen Produktion eintreten, dann bedeutet das eine Veränderung der Nachfrage gleichzeitig nach Arbeit und Sachkapital. Und es folgt daher aus dem Moment der Komplementarität für die Preiserscheinungen der beiden Märkte eine weitgehende Parallelität. Wer, wie viele Autoren, im Zins ein Preiselement der produzierten Produktionsmittel sieht, ist berechtigt, dieses Resultat in der Form auszusprechen: Aus dem Moment der Komplementarität folgt ein Parallelismus der Bewegungen von Lohn und Zins.

2. Sachkapital und Arbeit als rivalisierende Güter.

Andererseits freilich sind Arbeit und Sachkapital rivalisierende Güter. Aus diesem Moment ergeben sich wichtige Folgerungen. Bei der großen Mannigfaltigkeit der in einer modernen Volkswirtschaft durchgeführten Produktionsprozesse ist es nämlich fast immer technisch möglich, den Anteil von aufgewendeter Arbeit und aufgewendetem Sachkapital in weiten Grenzen zu variieren. Wieweit in einem gegebenen Zeitpunkt der Übergang zu arbeitsintensiveren Prozessen bzw. zu „kapital"intensiveren Prozessen wirtschaftlich gerechtfertigt ist, hängt von der Preishöhe der Arbeit bzw. des Sachkapitals ab. Bevor ein Unternehmer zu produzieren beginnt, wird er eine genaue Berechnung darüber anstellen, wie er seine Produktion am rationellsten einrichten kann. Dazu gehört, daß er kalkuliert, welche Kombination von produzierten Produktionsmitteln und Arbeitskraft für seine Erzeugung bei gegebenen Verhältnissen, d. h. also bei gegebenen Preisen der produzierten Produktionsmittel und bei gegebenem Lohn, ein Kostenminimum ergibt.

Das soeben Gesagte ist zunächst ein einfaches, konkretes Beispiel für das in der ökonomischen Theorie in allgemeiner Form ausgesprochene Gesetz der Interdependenz. Denn schließlich müssen ja durch die Kalkulationen der Unternehmer Ausgleichstendenzen zwischen den beiden eben betrachteten Preiserscheinungen hervorgerufen werden, so daß in einer im Gleichgewicht befindlichen Wirtschaft weder die arbeitsintensivere noch die „kapital"intensivere Produktion günstiger sein kann. Lehrreicher aber für unseren Zusammenhang ist die Betrachtung eines nicht statischen Zustandes. Nehmen wir an, das wirtschaftliche Kalkül des Unternehmers führe zu dem Resultat, daß es vorteilhafter sei, die momentane Kombination zwischen Arbeit und Sachkapital zugunsten einer arbeitsintensiveren Produktionsweise aufzugeben. Das Ergebnis einer solchen Umstellung wäre eine Steigerung der Nachfrage nach Arbeit und eine Senkung der Nachfrage nach produzierten Produktionsmitteln und folglich eine Steigerung des Lohnes und eine Senkung des Preises für Sachkapital. Würde eine umgekehrte Umstellung vorgenommen, so wären auch die Bewegungsrichtungen der beiden betrachteten Preiserscheinungen umgekehrt. Für unseren Zusammenhang ist wichtig, darauf hinzuweisen, daß nach jener obenerwähnten Anschauungsweise, wonach der Zins ein Element des Preises der produzierten Produktionsmittel ist, Lohn und Zins einen entgegengesetzten Verlauf nehmen würden. Dieses Resultat freilich bedarf weiterer Interpretation. Es gilt nämlich nur insofern, als eine kurze Periode, gleichsam nur der Moment der Umstellung der Produktionsweise, ins Auge gefaßt wird. Die angegebene Beziehung zwischen Lohn und Zins (in dem hier gebrauchten Sinne) ist eben der erste und unmittelbarste Niederschlag der vorgenommenen Veränderung.

Sobald eine längere Periode betrachtet wird, verändert sich das Resultat. Betrachten wir zunächst den Fall des Übergangs von einer arbeitsintensiven zu einer „kapital"intensiven Produktionsweise, so bedeutet zwar diese Veränderung vermehrte Nachfrage nach Sachkapital, aber gleichzeitig, oder doch, sofern man etwa vorhandene Vorräte an Sachkapital berücksichtigt, fast gleichzeitig, auch vermehrte Nachfrage nach Arbeitskraft. Denn das neue in Verwendung zu nehmende Sachkapital muß in einer gewissen Periode produziert werden. Die hier in Betracht kommende Periode ist diejenige des Aufbaus der produktiven Anlagen; sie mag sich auf ein bis mehrere Jahre erstrecken. Eine Vermehrung der Nachfrage nach Arbeit ergibt sich in diesem Falle daraus, daß einerseits der gewöhnliche Stand des Umfangs der Produktion eingehalten werden muß und andererseits die neu in Verwendung zu nehmenden Sachkapitalien zusätzlich hergestellt werden müssen, was eben zusätzliche Arbeitsleistung erfordert. Es ist wichtig für unseren Zusammenhang, einzusehen, daß bei der Betrachtung dieser jetzt ins Auge gefaßten Periode das früher gefundene Ergebnis von der Beziehung zwischen Lohn und Zins sich in sein Gegenteil

verwandelt. Mit der Steigerung der Nachfrage nach Sachkapital steigt auch die Nachfrage nach Arbeit, und folglich steigen „Zins“ und Lohn gemeinsam.

Obgleich der hier ins Auge gefaßte Fall des Übergangs vom arbeitsintensiven zum „kapital“-intensiven Produktionsprozeß der Fall ist, der in der Wirklichkeit am häufigsten vorkommt, so dürfen wir doch den umgekehrten Vorgang nicht unberücksichtigt lassen. Es sei auch bemerkt, daß gerade für die Gegenwart möglicherweise der Übergang zur arbeitsintensiveren Produktionsweise ein wichtiges praktisches Problem ist. So liegt es z. B. im Bereiche der Möglichkeit, daß der Zusammenbruch der gewerkschaftlichen Lohnpolitik und überhaupt des politisch gebundenen (über dem Gleichgewichtslohn liegenden) Lohnes die Unternehmer zum Übergang zur arbeitsintensiven Produktionsweise veranlassen würde. Man erkennt leicht, daß in diesem Falle eine vermehrte Nachfrage nach Arbeitskraft, hingegen eine verminderte Nachfrage nach Sachkapital eintreten wird. Denn wenn wir annehmen, daß der Produktionsumfang nach der Umstellung der gleiche geblieben ist, so muß man erwarten, daß trotz der Verminderung des Arbeitsbedarfs in der Produktionsmittelsphäre insgesamt mehr Arbeiter beschäftigt werden. Daß insgesamt mehr Arbeitskraft nachgefragt wird, ergibt sich aus der Rückgängigmachung des bei höherem Lohnsatz eingeschlagenen Produktionsumweges, dessen wirtschaftlicher Sinn eben die Ersparung von Arbeitskraft war. Bei gesenktem Lohn nun kann sehr wohl das Kalkül des Unternehmers zu dem Resultat führen, daß jetzt der Produktionsumweg ein wirtschaftlicher Nachteil ist. Was die Beziehung zwischen Lohnsatz und Zins angeht, so ist das hier zu nennende Resultat interessant genug, um festgehalten zu werden: Die Nachfrage nach Arbeit steigt, jene nach Sachkapital sinkt, und folglich steigt der Lohn und es sinkt der Zins. Dieses Ergebnis gilt sowohl, wenn man den Moment der Umstellung ins Auge faßt, als auch bei Betrachtung einer längeren Periode.

Kehren wir aber zur Betrachtung des vorher erörterten Falles des Übergangs zur „kapital“-intensiveren Produktion zurück. Nachdem der Aufbau der Produktionsmittelanlagen vollendet ist — wir betrachten also jetzt eine dritte, noch längere Periode —, sinkt die Nachfrage nach Sachkapital, sie reduziert sich auf die Ergänzung des normalen Verschleißes, und gleichzeitig mit dem Ausfall dieser Nachfrage nach Sachkapital sinkt die Nachfrage nach Arbeit. Zusammenfassend können wir also konstatieren, daß in diesem Fall des Übergangs von arbeitsintensiven zu „kapital“intensiven Prozessen die erste unmittelbare Wirkung eine Steigerung des Zinses und eine Senkung des Lohnes war, und die zweite (während der Periode des Aufbaus der Produktionsanlagen) ein gemeinsames Steigen von Lohn und „Zins“ war, so ist die dritte Wirkung (nach Beendigung des Aufbauprozesses) ein gemeinsames Sinken von „Zins“ und Lohn als Folge der verminderten Nachfrage nach Arbeit und Sachkapital. Hingegen kamen wir zu dem Resultat, daß beim Übergang von „kapital“intensiven zu arbeitsintensiven Produktionsprozessen ein Steigen des Lohnes und ein Sinken des „Zinses“ die Folge ist.

Wollte man jedoch die Ergebnisse, zu denen unsere theoretischen Erörterungen uns geführt haben, an der Wirklichkeit verifizieren, so stieße man auf erhebliche Schwierigkeiten. Der in der Wirklichkeit beobachtete Zins ist eine andere Erscheinung als diejenige, an die in den vorstehenden Erörterungen gedacht ist. Der Zins der Wirklichkeit ist nicht einfach ein Element des Preises der produzierten Produktionsmittel. So wichtig auch das Studium des Verhältnisses zwischen Arbeit und produzierten Produktionsmitteln für die Erkenntnis des modernen Wirtschaftsprozesses sein mag, so bedürfen wir doch zum echten Verständnis der beiden Erscheinungen der Wirklichkeit, die man Lohn und Zins nennt, völlig neuer Überlegungen. Es wird sich zeigen, daß auch für diese Untersuchung die oben versuchte Klärung des Verhältnisses zwischen Arbeit und produzierten Produktionsmitteln von Wichtigkeit war.

III. Die Betrachtung des kurzfristigen Zusammenhangs zwischen Geldkapital und Arbeitskraft.

1. Theoretische Erörterungen.

a) Geldkapital und Arbeitskraft als Güter, die von dem gleichen Nachfrager abhängen.

Wir gehen also jetzt zu der Betrachtung über, welche Relationen sich zwischen Geldkapital und Arbeitskraft ergeben werden. Wenn diese Frage gelöst ist, so können wir auch gleichzeitig darauf antworten, wie sich Lohn und wirklicher Zins zueinander verhalten werden. Der erste Schritt, den wir in dieser Richtung tun, muß darauf hinauslaufen, zu klären, welche Stellung das Geldkapital innerhalb des Produktionsprozesses einnimmt, und welche Rolle es speziell für die Arbeitskraft spielt. Wir sahen vorher, daß Arbeitskraft und produzierte Produktionsmittel als Produktionsfaktoren nebeneinanderstehen, von denen keiner innerhalb der Erzeugung

entbehrt werden kann. Es bedarf wohl keines besonderen Hinweises, daß es falsch wäre, das Geldkapital in die Gruppe dieser Produktionsfaktoren einzureihen. Zu den beiden, Arbeitskraft und produzierte Produktionsmittel, tritt als drittes Produktionselement der Boden, und damit ist die Reihe dieser Produktionsfaktoren vollständig abgeschlossen. Eine Kombination dieser drei Kategorien ergibt die sachliche Produktion. Das Geldkapital leistet tatsächlich nichts für die sachliche Produktion; nicht „Kaufkraft", sondern Arbeitsleistungen, Bodenleistungen und die Leistungen der produzierten Produktionsmittel gehen materiell in den Regenschirm oder den Waggon ein, der produziert wird. Das Geldkapital ist für den Unternehmer lediglich ein Mittel, die erforderlichen produzierten Produktionsmittel und Arbeitskräfte zu beschaffen. Hierin also erschöpft sich die Funktion des Geldkapitals. Es übernimmt quasi eine Vermittlerrolle, es verkörpert das Bindeglied zwischen Unternehmer und den zur Produktion benötigten Produktionsfaktoren. Die kapitalistische Wirtschaft befindet sich im Gegensatz zur sozialistischen Produktionsleitung nicht ohne weiteres im Besitze dieser Produktionsfaktoren; sie muß sie sich vielmehr erst beschaffen, und zu diesem Zweck braucht sie Kaufkraft, Kapital in unserem Sinne. Daraus folgt, daß die erste Bedingung, um überhaupt produzieren zu können, die Verfügung über Kapitaldisposition ist. Mit ihr erst kann der Unternehmer Boden, Arbeitskraft und produzierte Produktionsmittel kaufen. Das Kapital steht also nicht als ein weiterer Produktionsfaktor neben den anderen, sondern allen sachlichen Produktionsfaktoren charakteristisch gegenüber: es ist für die Beschaffung von allen dreien in gleicher Weise unentbehrlich. Der Unternehmer braucht es sowohl zur Bezahlung von Maschinen und Werkzeugen aller Art als auch zur Besoldung seiner Arbeiter. Aus diesem Grunde knüpft sich der Zins nicht an irgendeinen Produktionsfaktor, insbesondere nicht an produzierte Produktionsmittel als solche, sondern er ist vielmehr ein Preiselement der gesamten Summe, die der Unternehmer für den Ankauf sämtlicher erforderlicher Produktionsmittel ausgeben muß.

Welche Folgen knüpfen sich an diese Verbindung von Geldkapital und Arbeitskraft für die beiderseitige Bewegung der Preise? Offenbar sind beide, Kapital und Arbeit, auf denselben Bewerber, nämlich die Unternehmer, angewiesen, und zwar muß die Nachfrage nach Kapital der Nachfrage nach Produktionsmitteln, also auch nach Arbeit, grundsätzlich vorhergehen, im übrigen unter gleichbleibenden Umständen die Nachfrage nach Arbeit und die Nachfrage nach Kapital dieselbe Bewegung aufweisen.

Ob die Produktionstätigkeit lebhaft oder träge ist, ob demnach viel oder wenig Kapital bzw. Arbeitskraft nachgefragt wird, darüber entscheidet die jeweilige industrielle Lage. Hieraus läßt sich offenbar eine enge Verbundenheit zwischen der Lage der industriellen Unternehmungen, dem Kapitalmarkt und dem Arbeitsmarkt ableiten. Da die Industrie dem Auf und Ab der wirtschaftlichen Wechsellagen unterworfen ist, so übertragen sich Wirkungen dieser Wellenbewegung auf die Industrie auch auf den Kapital- und Arbeitsmarkt. Im Aufstieg werden alle vorhandenen, der Produktion dienenden Kräfte eingespannt, was für den Kapital- und Arbeitsmarkt bedeutet, daß dort eine starke Nachfrage einsetzt, die eine Tendenz zur Preissteigerung auslöst. Da im Verlauf des Aufschwungs die Nachfrage nach Kapital und Arbeit immer noch steigt, während das Angebot sich nicht entsprechend vermehrt, rücken Zins und Lohn infolge der fortgesetzten Verknappung mehr und mehr in die Höhe, bis sie gegen Ende des Hochschwungs ihren höchsten Stand erreichen. Mit einsetzender Depression verschiebt sich auf beiden Märkten das Größenverhältnis von Angebot und Nachfrage. Die Produktion stockt und mit ihr die Nachfrage nach Kapital und Arbeit. Es werden jetzt Arbeitskräfte und Kapitalteile, die bisher in der Produktion mitwirkten, überflüssig, sie strömen als Angebot zu den Märkten zurück. Mit abnehmender Nachfrage und zunehmendem Angebot sinken auch die Preise wieder, bis sie am Ende der Stockung auf ihrem niedrigsten Niveau angekommen sind. Wird die Stockung endlich wieder von einem neuen Aufstieg abgelöst, dann vollzieht sich wieder ein ähnlicher Konjunkturablauf, der gleichartige Bewegungen auf dem Kapital- und Arbeitsmarkt auslöst bezüglich der Preise und der verfügbaren Mengen. Da sich keiner von beiden Märkten diesem Einfluß der industriellen Situation entziehen kann, so müssen wir annehmen, daß kurzfristig die Bewegung ihrer Preise sich parallel zueinander vollzieht.

Die Tatsache, daß einer vermehrten Nachfrage nach Arbeit stets eine vermehrte Nachfrage nach Kapital vorangehen muß, schließt eine unbedingte Gleichzeitigkeit in der Änderung der Bewegungsrichtung von Zins und Lohnsatz aus. Wir müssen daraus schließen, daß der Zins im allgemeinen als erster seinen alten Stand verlassen und in einen neuen Kurs einschwenken wird, während der Lohn bestrebt sein wird, auf dem von dem Zins angegebenen neuen Weg nachzuhinken; er macht im allgemeinen nachträglich die durch die veränderten Verhältnisse bedingte Wendung. Die zeitlichen Zwischenräume zwischen dem Einsetzen einer solchen Zins- und Lohnsteigerung können aber nur sehr klein sein; denn wenn die Unternehmer gewillt

sind, ihre Erzeugung auszudehnen, zu diesem Zweck dann zunächst mehr Kapital nachfragen, was die Zinssteigerung hervorruft, dann werden sie, sobald sie im Besitze dieses Kapitals sind, es bald auch zum Ankauf vermehrter Arbeitskraft verwenden, welcher Umstand der voraufgegangenen Zinssteigerung eine Lohnsteigerung folgen läßt. Diese Tendenz wird allerdings in der Wirklichkeit nicht immer rein zum Ausdruck kommen, weil ihr mannigfache Umstände entgegenwirken. Und selbst wenn keine gegenteiligen Einflüsse bestünden, so wird man nur bei Beobachtung sehr kleiner Zeitabstände diese Differenzen wahrnehmen können, die zwischen dem Eintritt einer Zins- und Lohnerhöhung bestehen müssen. Würde man dagegen verfolgen, wie sich Zins- und Lohnsatz von einem Jahr bis zum nächsten und so fort entwickelten, so müßte man, immer unter der Voraussetzung, daß einzig und allein die Unternehmernachfrage nach Kapital und Arbeit die Preisbildung dieser beiden Produktionselemente beherrscht, eine Bewegung beider Preise konstatieren können, die in jeder Beziehung Hand in Hand ginge und Übereinstimmung zeigte. Unter dieser Hypothese gibt es allerdings ein Hindernis dafür, daß diese zweifellos existierende Tendenz zur parallelen Bewegung äußerlich sichtbar wird, es liegt in dem Vorhandensein von müßigem Kapital und unbeschäftigter Arbeitskraft, wie sie am Beginn jedes Aufschwungs anzutreffen sind. Es kommt jeweils darauf an, wie groß der Bestand an unbeschäftigtem Kapital und Arbeitslosen ist. Solange es beides gibt, wird trotz gestiegener Nachfrage weder Zins noch Lohn sich aufwärts bewegen, statt dessen werden bei unverändertem Preis mehr Einheiten von jedem Produktionsfaktor in der Produktion verwendet. Der Preis desjenigen von beiden Produktionselementen, dessen unbeschäftigte Menge zuerst von der zusätzlichen Nachfrage absorbiert ist, wird dann als erster steigen. In normalen Zeiten nun ist es unwahrscheinlich, daß bei den einzelnen Aufschwungsperioden das Verhältnis der Menge von unbeschäftigtem Kapital zur Menge der unbeschäftigten Arbeit entscheidend variiert, darum werden wir dort trotzdem eine Gleichläufigkeit vermuten.

Nach diesen Überlegungen müßten wir also einen Parallelismus zwischen drei verschiedenen Größen erhalten, nämlich zwischen einem Ausdruck, der die jeweilige Rentabilität der industriellen Unternehmungen widerspiegelt, dem Kapital und dem Arbeitspreis, der aber nur dann sichtbar werden kann, wenn die Preise das Ergebnis des freien Spiels der Kräfte auf dem Markt verkörpern. Für den Fall, daß die Höhe eines von beiden Preisen von irgendwelchen Machtfaktoren diktiert worden ist, werden wir Abweichungen von dieser Parallelbewegung antreffen müssen.

Angenommen der Lohn sei starr, d. h. also, unfähig sich in seiner Höhe der jeweiligen Marktlage anzupassen, dann wird sich die dem Lohn an und für sich innewohnende Tendenz, sich in gleicher Richtung wie der Zins zu bewegen, sich in einer größeren oder geringeren Arbeitslosigkeit äußern. Sobald die Wirtschaft in ein Depressionsstadium eintritt, werden, wie wir eben sahen, Zins und Lohn heruntergehen. Wird der Lohn aber künstlich hochgehalten, so wird sich neben der Zinssenkung anstatt der Lohnsenkung ein stärkeres Steigen der Arbeitslosigkeit bemerkbar machen als anderenfalls bei anpassungsfähigem Lohn. Bereitet sich hingegen wieder ein wirtschaftlicher Anstieg vor, so entspricht auf der Seite des Arbeitsmarktes dem Anziehen des Zinssatzes ein Zurückgehen dieser verstärkten Arbeitslosigkeit. Unter der Voraussetzung eines gebundenen Zinses würde sich einem fixierten Lohn entsprechend die geringere Nachfrage durch das Vorhandensein umfangreicher müßiger Kapitalien auf dem Kapitalmarkt äußern, und eine steigende Nachfrage nach Kapital würde diese müßigen Kapitalien wieder verschwinden lassen. Einen anderen Ausdruck gibt es nicht für die Feststellung, wie sich Zins bzw. Lohn bewegen würden, wenn sie nicht gebunden wären.

Die Nachkriegszeit liefert uns ein typisches Beispiel für starre Lohnsätze. Die Lohnbildu ng erfolgt auf Grund von unabdingbaren Tarifverträgen und unterliegt politischer Beeinflussu ng. Der Zins hingegen wird nicht künstlich hochgehalten[1], sondern kommt nach wie vor auf Grund ökonomischer Gesetze zustande. Infolge dieses Tatbestandes müssen wir vermuten, daß während dieser Zeit einer Zinssenkung keine Lohnsenkung folgen wird, daß sich statt dessen aber Arbeitslosigkeit erstens früher und zweitens in einem größeren Maße herausstellen wird, als wenn der Lohn dem Zins entsprechend heruntergehen würde. Es erscheint uns angebracht und für unsere Untersuchungszwecke interessant zu sein, an dieser Stelle auf die Interpretation einzugehen, die Rüstow seinen lohnpolitischen Kurvenbildern gibt[2]. Selbstverständlich läßt sich der Satz: Wenn der Lohn den Gleichgewichtslohn überschritten hat, muß sich anomale Arbeitslosigkeit einstellen, auch in den anderen Satz umk^hren: Wenn sich anomale Arbeitslosigkeit einstellt, muß man daraus schließen, daß der Gleichgewichtslohn überschritten ist. Dieser letzte

[1] In jüngster Zeit jedoch auch staatlicher Eingriff in die Zinsbildung; jedoch kein Hochhalten, sondern Reduktion. Siehe 4. Notverordnung.

[2] Rüstow: „Lohnpolitische Kurvenbilder zur Krisenlage", Nov. 1931.

Satz bildet den Ausgangspunkt der Rüstowschen Argumentation, die kurz zusammengefaßt folgendermaßen lautet: Seit Mitte 1926 befand sich die deutsche Wirtschaft in einem Aufschwung, in dessen Verlauf die Arbeitslosigkeit mehr und mehr abnahm. Dieser Aufschwung erreichte spätestens Mitte 1927 seinen Höhepunkt. In diesem Zeitpunkt bestand das Minimum an Arbeitslosigkeit, das während dieser ganzen Konjunkturphase erzielt wurde, und dieses Minimum war so beschaffen, daß man es als normal ansehen kann. Infolgedessen muß man annehmen, daß der Lohnsatz, der in diesem Zeitpunkt in Geltung war, der Gleichgewichtslohn ist, also der Lohn, bei dem alle Arbeiter eingestellt werden können. Daraus zieht er den weiteren Schluß, daß die gestiegenen Lohnsätze der folgenden Jahre stets um den Betrag, um den sie mit dem Mitte 1927 herrschenden Lohnsatz differieren, über dem Gleichgewichtslohn liegen. Würde man daher, so lautet das Ergebnis der Rüstowschen Beweisführung, einen Durchschnittseffektivlohn des Jahres 1927 zugrundelegen, und würde man die sich aus der weiteren Steigerung der Löhne ergebenden Überschreitungen dieses „optimalen Standes" mit der jeweiligen Zahl der noch beschäftigten Industriearbeiter multiplizieren, so erhielte man, sofern man auch noch die gleichzeitige Steigerung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung berücksichtigte, die unmittelbare Überbelastung der Wirtschaft durch Überschreitung des Gleichgewichtslohnes.

Dieses Resultat erscheint uns aus nachstehenden Gründen anfechtbar. Es steht erstens keineswegs fest, daß der Lohnsatz um die Mitte des Jahres 1927 tatsächlich der Gleichgewichtslohn war. Diese Behauptung ist zum mindesten deswegen problematisch, weil 1927 ein Aufschwungsjahr war, und weil es fraglich ist, ob man den Lohn während eines Aufschwungs als einigermaßen langfristigen Gleichgewichtslohn bezeichnen kann. Zweitens aber ist das Produkt, das die Überbelastung der Wirtschaft ausdrücken soll, und das er in vorstehender Weise errechnet hat, als Maß dieser Überbelastung unbrauchbar, weil diese effektiv geringer sein muß, und zwar darum, weil bei niedrigerem Lohn mehr Arbeiter Beschäftigung gefunden hätten. Vorausgesetzt jetzt also, der Durchschnittslohn des Jahres 1927 sei der Gleichgewichtslohn, dann wäre bei Fortbestehen dieses Lohnes die Industrie nicht etwa um das ganze von Rustow errechnete Produkt entlastet worden, sondern lediglich um den Betrag, der sich ergibt aus diesem Produkt abzüglich der gesamten Lohnsumme der Arbeiter, die bei Gleichgewichtslohn mehr beschäftigt worden wären.

Nach diesem Exkurs kehren wir zur Betrachtung des Beispiels zurück, das uns die Nachkriegszeit gibt, des Beispiels für gebundenen Lohn, aber auf freiem Markt sich bildenden Zinses. Wir vermuteten das Eintreten einer anomal großen Arbeitslosigkeit als Niederschlag der Unfähigkeit des Lohnes, sich durch entsprechendes Sinken einer verminderten Nachfrage nach Arbeitskraft anzupassen. Aber obwohl im Nachkriegsdeutschland lediglich der Lohn und nicht der Zins fixiert ist, so muß man doch die herrschende Unsicherheit und den Mangel an Vertrauen in Rechnung stellen und wird demgemäß erwarten, daß auch er auf einem anomal hohen Stand verharrt. Aus diesen Gründen nehmen wir an, daß während der Zeit nach dem Kriege Zins und Lohn sich zunächst regellos zueinander verhalten werden. Die Abhängigkeit zwischen Zins und Lohn, die eine Folge der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten ist, kann jedoch auf die Dauer selbst durch die erwähnten Gründe nicht völlig aufgehoben werden. Die Depression von 1931/32 zeigt deutlich eine Anpassungstendenz der beiden Preiserscheinungen.

Zusammenfassend sei nochmals gesagt, daß Zins und Lohn sich in gleicher Richtung bewegen müssen, sofern ihre freie Preisbildung nicht gestört ist. Diese Notwendigkeit folgt aus der einfachen Tatsache, daß die Unternehmer Geldkapital und Arbeitskraft für ihre Produktion brauchen und daher beides gemeinsam je nach dem Stand der Konjunktur einmal mehr und einmal weniger nachfragen werden.

Allerdings kann man folgendermaßen argumentieren: Wenn der Zinsfuß unter dem gegebenen Niveau läge, so bedeutet das einen Kostenrückgang in der Erzeugung. Infolge des geringeren Entgelts für die Kapitalleihe kann für irgend etwas anderes mehr ausgegeben werden. Und so wird der Weg für eine Ausdehnung der Produktion frei gemacht. Dies führt zu einem Anwachsen des Produktionsergebnisses. Ein größerer Gesamtproduktionsertrag aber erweitert den Spielraum für Lohnsteigerungen, und also, so lautet jetzt das Resultat dieser Beweisführung, könnte der Lohn auf einem höheren Stand stehen als er steht, sofern das Zinsniveau unter dem gegebenen läge. Aus dieser Argumentation läßt sich jedoch keinesfalls ableiten, daß eine Zinssteigerung, die einer vermehrten Unternehmernachfrage entspringt, die also den Ausdruck für einen zukünftigen Güterzuwachs darstellt, lohndrückende Wirkung ausübt. Es sind zwei Dinge, die gar nichts miteinander zu tun haben: auf der einen Seite die Vorstellung von einem tieferen Zinsniveau als dem gegebenen und seinen Ausstrahlungen auf den Arbeitslohn, auf der anderen Seite die Beobachtung, welche Folgen sich aus einer Zinserhöhung, bewirkt durch zusätzliche Nachfrage der Unternehmer nach Kapital, für den Arbeitslohn ergeben

werden. Obschon es sich im ersten Fall um eine Zinssenkung, im zweiten dagegen um eine Zinssteigerung handelt, so besteht trotzdem die Möglichkeit, daß wir in beiden Fällen als Ergebnis Lohnsteigerungen erhalten. Schon daraus geht hervor, angenommen allerdings, daß beide Ergebnisse zutreffen, daß beide Male die Argumentation unter ganz verschiedenen Voraussetzungen geführt wurde. Diese Möglichkeit, daß bei entgegengesetztem Verhalten ein und desselben Untersuchungsfaktors ein übereinstimmendes Resultat herausspringen kann, deutet hinreichend darauf hin, daß es sich bei den beiden geschilderten Vorgängen unter keinen Umständen um eine einfache Umkehrung handeln kann. Dieser kleine Exkurs erschien uns notwendig, um von vornherein einem etwaigen in dieser Richtung liegenden Einwand zu begegnen und ad absurdum zu führen.

b) Die initiative Zinssteigerung.

Bisher ergab sich also eine Preisänderung des Kapitals und der Arbeit stets aus veränderter Nachfrage. Nun kann es aber doch auch vorkommen, daß einer von beiden Preisen initiativ eine andere Stellung einnimmt, also nicht auf Grund veränderter Nachfrage. Diese Möglichkeit stellt uns vor die Aufgabe, zu untersuchen, wie sich in einem solchen Falle Zins und Lohn zueinander verhalten werden.

Zu diesem Zweck nehmen wir an, der Zins stiege, ohne daß man irgendeinen Antrieb dazu in der eigentlichen Wirtschaft finden würde. Seine Steigerung sei durch außerwirtschaftliche Momente bedingt, wie da sind beunruhigende politische Ereignisse, Paniken oder nur die Erwartung einer Panik. In solchen Fällen greift die Reichsbank bewußt ein und setzt den Zinsfuß in die Höhe. Die Diskontpolitik wird als Instrument benutzt, mit dessen Hilfe Einfluß gewonnen wird auf den Gang der Wirtschaft; er kann auf diese Weise beschleunigt und auch zurückgedämmt werden. Eine bewußte Diskontpolitik der Reichsbank wird in Gefahrmomenten vorgenommen als Schutz für die Währung gegen empfindliche Störungen des Wirtschaftsprozesses, sie ist eine Sicherheitsmaßnahme.

Da die Volkswirtschaft einen Organismus verkörpert, dessen einzelne Teile und Glieder in Funktionalbeziehungen zueinander stehen, so muß unbedingt eine Veränderung in irgendeiner ihrer Sphären auch eine Veränderung in anderen Sphären herbeiführen. Tritt in irgendeinem Gebiet der Volkswirtschaft etwas ein, was außerhalb des normalen Geschehens liegt, was die gegenwärtige Konstellation verschiebt, so werden davon unvermeidlich auch alle anderen Gebiete betroffen, die einen mehr, die anderen weniger, je nachdem, wie eng ihr Konnex untereinander ist. Erfährt z. B. die Konsumtion eine Änderung, sei es, daß weniger konsumiert wird als bisher oder daß jetzt andere Güterarten nachgefragt werden als bisher, so folgt ihr unmittelbar eine entsprechende Änderung in der Produktion, ebenfalls wird demzufolge eine Umgruppierung in der Einkommensverteilung vor sich gehen. Dieses Beispiel läßt sich nach jeder Richtung hin umkehren, in jeder Variation zeigt es den Zusammenhang der einzelnen volkswirtschaftlichen Bezirke. Geradeso nun verhalten sich auch Geld- und Güterseite der Wirtschaft zueinander und dokumentieren engste Verbundenheit. Der Anstoß zu einer Veränderung braucht nicht immer von einer Stelle auszugehen, vielmehr wird man von Fall zu Fall nachforschen müssen, wo der Ursprung liegt und Wirkungen welcher Art sich für die andere Seite daranknüpfen werden. Die bisher behandelten Fälle, die relevant und grundlegend waren für die Relationen zwischen Zins und Lohn, die zu erfassen das Ziel dieser Arbeit darstellt, charakterisierten sich dadurch, daß die Initiative zu einer Andersgestaltung stets aus der Güterwelt hervorging; zum mindesten war doch immer der innere Impuls zu einer Veränderung auf der Güterseite zu suchen, wenn auch das erste Symptom dieser Veränderung auf der Geldseite, z. B. in Form erhöhter Zinssätze, sichtbar wurde. So wird sich der Trieb zur Ausdehnung der Erzeugung immer zuerst durch Zinssteigerung äußern, weil der erste Schritt, der auf Produktionserweiterung gerichtet ist, in vermehrter Kapitalnachfrage der Unternehmer besteht. In dem vorliegenden Falle aber nimmt die Veränderung ihren Ausgangspunkt von der anderen Seite. Die Geldseite symbolisiert jetzt nicht lediglich eine Veränderung innerhalb der Gütersphäre, sondern sie enthält jetzt die Veranlassung, daß sich in der Gütersphäre etwas ändert. Der Güterwelt wohnt keine Tendenz zu irgendeiner Änderung inne, sie wird zwangsweise zu einer Änderung gedrängt.

Man könnte den Zins vergleichen mit dem Zeiger an einem Apparat, der quasi von innen heraus bewegt wird und je nach dem Grad der Tätigkeit dieser Maschine seine Stellung auf dem Zifferblatt einnimmt. Dadurch wäre die Zinsgestaltung als Spiegelbild der Gütervorgänge versinnbildlicht. Wir vervollständigen unseren Vergleich. Der Zeiger an unserer vorgestellten Maschine soll auch durch einen äußeren Hebeldruck verstellt werden können, mit dem Erfolg, daß dementsprechend eine andere Arbeitsintensität der Maschine eingeschaltet wird.

Dieser Fall entspräche einer Zinsveränderung, die nicht durch eine Güterbewegung begründet ist, so die Diskontpolitik der Reichsbank.

Die unmittelbare Wirkung einer initiativen Zinssteigerung ist eine verminderte Kapitalnachfrage von seiten der Unternehmer. Als weitere Folge ergibt sich auf der Grundlage des Gedankens der Quantitätstheorie bei der Annahme eines unveränderten Produktionsumfanges eine allgemeine Senkung der Warenpreise. Von dieser Preissenkung ist die Ware Arbeitskraft nicht ausgenommen. Freilich muß hinzugefügt werden, daß es sich lediglich um eine Senkung des Nominallohnes bei einem im wesentlichen konstanten Reallohn handelt. Dieser Tendenz der allgemeinen Preissenkung wirken jedoch mehrere Umstände entgegen. Sicherlich besteht die Tendenz bei einem allgemeinen Preisdruck, den Produktionsumfang nicht in unveränderter Höhe aufrechtzuerhalten. Die wesentliche Ursache für diese Erscheinung erblicken wir in der Tatsache, daß in jedem Zeitpunkt viele Unternehmungen mit Nominalgeldsummen verschuldet sind, die bei sinkendem Preisniveau zu Überbelastungen und in nicht seltenen Fällen zum Zusammenbruch führen. Ein Teil der früheren Produktion fällt damit aus. Ferner wirkt von der reinen Geldsphäre her das Moment der Zuwanderung ausländischen, besonders kurzfristigen Kapitals, welches stets in ein Land mit hohem Zinsfuß abfließt, der Preissenkung entgegen, so daß sowohl von der Güter- als auch von der Geldseite Gegentendenzen gegen das sinkende Preisniveau auftreten. Wieweit im konkreten Fall diese verschiedenen Tendenzen einander kompensieren, kann allgemein nicht gesagt werden. Die Beobachtung des Wirtschaftslebens zeigt jedoch mit verhältnismäßig großer Regelmäßigkeit, daß eine starke Diskontheraufsetzung einen allgemeinen Preisdruck und eine Verminderung des Produktionsumfanges verursacht, oder doch mindestens, daß diese Erscheinungen — Diskontheraufsetzung und Preisdruck und Reduktion des Produktionsumfanges — meist zusammenfallen.

Wenn das so ist, dann muß sich auch eine Einschränkung des Bedarfs an Arbeitskraft herausstellen. Diese wird nicht so sehr dadurch ausgelöst, daß aus den schon bestehenden Unternehmungen Arbeiter entlassen werden müssen — obschon auch das eine Rolle spielt —, als vielmehr dadurch, daß sich in Zukunft das Entwicklungstempo, die weitere Ausgestaltung des Produktionsumfanges, verlangsamt. Die Zinshöhe bildet gerade für jene Unternehmer, die Neugründungen projektieren, ein wesentliches Kalkulationsmoment, einen Kostenfaktor von ausschlaggebender Bedeutung. Je höher also der Zins liegt, um so ungünstiger sind die Bedingungen für den Neubau und die Neueinrichtung von Betrieben, um so weniger Neugründungen werden vorgenommen werden, und um so weniger Arbeitskräfte werden dementsprechend benötigt werden. Der Druck auf die Lohnhöhe erfolgt demgemäß von zwei Seiten.

Andererseits wird aber auch hier wieder eine Gegentendenz ausgelöst. Da die Errichtung von Betrieben, die überwiegend auf eine Investition von Sachkapital angewiesen ist, in höherem Maße Geldkapital benötigt als diejenige von arbeitsintensiven Betrieben, so entsteht eine Neigung der Unternehmer, der Errichtung von arbeitsintensiven Betrieben den Vorzug zu geben. Man darf jedoch annehmen, daß dieser letzten Tendenz angesichts der Tatsache einerseits, daß sie ja erst in einer verhältnismäßig langen Periode wirksam würde, und andererseits, daß die Unternehmer, sich auf die Erfahrung stützend, mit einer zukünftigen Zinssenkung rechnen, nicht von allzu erheblicher Bedeutung ist.

Bei anderen Waren ruft eine Preissteigerung meist ein vergrößertes Angebot hervor, so daß auf diese Weise innerhalb kurzer Zeit wieder der normale Preisstand erreicht wird. In den meisten Fällen funktioniert dieser automatische Mechanismus: Preissenkung — Nachfragesteigerung und dadurch wieder Steigen des Preises, und umgekehrt: Preiserhöhung — vermehrtes Angebot und dadurch wieder Sinken des Preises. Jedoch eine Heraufsetzung des Zinspreises setzt diesen Mechanismus nicht unverzüglich und erfolgreich in Bewegung. Wohl bietet der erhöhte Zins einen Anreiz für ausländisches Kapital, in dem betreffenden Lande Anlage zu suchen,jedoch wird sich das innere Sparangebot, wenn überhaupt, dann nur langfristig, wenn der Zins permanent hoch bleibt, vermehren. Eine selbsttätige Regulierung, wie sie auf anderen Märkten ohne Zögern einsetzt, scheitert beim Kapitalmarkt daran, daß die Spartätigkeit in weitem Maße unabhängig ist von der Höhe des Zinsfußes und ein höherer Zins den Sparakt höchstens in geringerem Maße zu intensivieren vermag, weil die Menschen aus ganz anderen Motiven als um der Zinsnutzung willen sparen. Hätte der Angebot-Preis-Mechanismus auch auf dem Kapitalmarkt dieselbe Gültigkeit, d. h. würde bei höherem Zins unverzüglich entsprechend mehr gespart als bei niedrigerem, so würde eine Zinssteigerung auch von der Art, wie wir sie soeben besprachen, selbsttätig einen Prozeß auslösen, der via Anwachsen der Sparsummen wieder zu einer Zinssenkung führen müßte. Da aber die Erscheinungen auf dem Kapitalmarkt in dieser Beziehung von den Erscheinungen auf anderen Warenmärkten abweichen, so bleibt eine automatische Korrektur einer solchen Zinssteigerung auf diesem Wege aus bzw.

zeigt auf die Dauer schwache Ansätze. Die einzige Möglichkeit, um innerhalb relativ kurzer Zeit einen ähnlichen Automatismus in Bewegung zu setzen, bleibt die des Einströmens ausländischen Kapitals.

c) Die initiative Lohnsteigerung.

Bisher sind wir lediglich den Ausstrahlungen von Preisveränderungen des Kapitals auf den Geldmarkt nachgegangen, jetzt wollen wir Betrachtungen darüber anstellen, was im umgekehrten Fall zutage tritt, wenn Lohnänderungen das Primäre sind. Welche Reflexe werden dann auf dem Kapitalmarkt sichtbar werden? Lohnsteigerung kann ebenso wie Zinssteigerung aus zwei völlig verschiedenen Gründen erfolgen, von denen einer für beide gemeinsam gilt. Er besteht in der gestiegenen Nachfrage der Unternehmer nach beiden Produktionsmitteln, deren Eintritt jedoch nur unter der Voraussetzung zu erwarten ist, daß eine vermehrte Beschäftigung von Kapital und Arbeit in der Erzeugung für den Unternehmer größere Gewinnchancen bietet. Schon in einem der vorangehenden Kapitel haben wir dargelegt, daß eine Mehrnachfrage von seiten der Unternehmer nach einem dieser beiden Produktionsfaktoren mit einer Mehrnachfrage nach dem anderen dieser beiden Produktionsfaktoren verbunden sein muß, weshalb einer Lohnsteigerung aus diesem Anlaß keinesfalls eine zinssenkende Wirkung innewohnen kann, ebensowenig wie eine dieser Ursache entspringende Zinserhöhung eine lohndrückende Wirkung. Es gibt jedoch für Lohnsteigerung eine Analogie zu derjenigen Zinssteigerung, die lediglich diktiert ist von kreditpolitischen Erwägungen des führenden Kreditinstituts, so in Deutschland der Reichsbank, das ist Lohnsteigerung auf Grund gewerkschaftlicher Machtpolitik, die den Gleichgewichtslohn überschritten hat.

An dieser Stelle müssen wir uns generell, nicht allein im Hinblick auf die Folgen für den Kapitalmarkt, mit dem Für und Wider solcher Lohnsteigerungen auseinandersetzen, das soll heißen, mit dem Problem, ob Lohnsteigerung geeignet ist, den volkswirtschaftlichen Wohlstand zu fördern oder ob sie ihn gar nicht tangiert oder eventuell sogar negativ beeinflußt. Lohnsteigerung bedeutet zweifellos ebenso wie eine Zinssteigerung vermehrte Kosten für die Unternehmer. Was zu analysieren ist, ist die Frage, wer letzten Endes diese vermehrten Kosten zu tragen hat, und dann weiter, ob durch eine eventuell eintretende Einkommensverschiebung der zunächst unzweifelhaft für die Produktion entstehende Nachteil der Kostensteigerung kompensiert oder vielleicht sogar überkompensiert werden kann. Eine Lohnerhöhung bedeutet zunächst eine Einkommensverschiebung, denn die zu einer höheren Entlohnung erforderlichen Mittel müssen an irgendeiner Stelle der Volkswirtschaft weggenommen werden. Dem Zuwachs an Arbeitereinkommen muß demnach eine Einkommens- bzw. Vermögenseinbuße anderer Wirtschaftssubjekte gegenüberstehen, soweit sie nicht Mehrproduktion zur Folge hat.

Letzten Endes sind nur drei verschiedene Wege denkbar, auf denen eine Lohnerhöhung durchgeführt werden kann, alle übrigen Möglichkeiten lassen sich auf diese zurückführen. Dieselben Kategorien, zu deren Lasten eine Zinssteigerung erfolgen konnte, kommen auch für die Durchsetzung einer Lohnsteigerung in Betracht, es sind: Konsum der übrigen Schichten und Unternehmergewinn[1]. Wen in jedem Einzelfalle das Los trifft, darüber entscheidet die jeweilige Position der in Frage kommenden Wirtschaftssubjekte. Ist z. B. das Erzeugnis einer Industrie, in der die Löhne heraufgesetzt werden, für seine Konsumenten unentbehrlich, so ist die Konsumentenschicht, die nicht auf dieses Produkt verzichten kann, wehrlos gegen eine Preissteigerung dieses Gutes. Hier befindet sich also zweifellos der Unternehmer in der stärkeren Stellung. Schaltet umgekehrt infolge der stärkeren Position der Konsumenten eine Abwälzung auf sie aus, so bleibt für den Unternehmer immer noch die Wahl, ob er den Verlust, der ihm persönlich aus den höheren Löhnen erwächst, auf das Konto Unternehmergewinn buchen will, oder ob er ihn durch Verbrauchsbeschränkung wieder einholen will. Hier handelt es sich also nicht um verschiedene Wirtschaftssubjekte, bei denen die mehr oder minder günstige Situation des einzelnen den Ausschlag dafür gibt, wem die Mehrkosten aufgebürdet werden, sondern eine Person, der Unternehmer, steht vor der Alternative, seinen Gewinn oder seinen Verbrauch beschneiden zu müssen. Welche Entscheidung jeder einzelne Unternehmer treffen wird, hängt von seiner persönlichen Einstellung ab. Es ist eine Eigentümlichkeit seiner Psyche, daß der Unternehmer die Interessen seiner Unternehmung meist allen anderen Interessen voranstellt, und demgemäß könnte man vermuten, daß der Unternehmergewinn weitgehend von einer der Lohnsteigerung entsprechenden Schmälerung verschont bliebe, daß vielmehr in solchen Fällen, wo kein anderer Ausweg bleibt, der Unternehmerkonsum der Leidtragende sein wird.

[1] Vgl. Karl Massar: „Die volkswirtschaftliche Funktion hoher Löhne." Seite 23 ff.

Allerdings werden sich die Unternehmer, wenn sie vor diesem Entweder — Oder stehen, nicht alle gleichmäßig verhalten; der eine wird nicht so leicht von seiner gewohnten Konsumweise abgehen wie der andere, einigen wird es vielleicht gar nicht in den Sinn kommen, von ihrer hergebrachten Bedarfsbefriedigung abzulassen. Daß es keineswegs gleichgültig ist, welche von beiden Möglichkeiten der Unternehmer wählt, werden wir bald erfahren, wenn wir die einzelnen Wirkungen eingehender untersuchen. Diese Entscheidung verliert jedoch in der Praxis ein gut Teil ihrer Bedeutung, weil der Fonds für den Verbrauch des Unternehmers relativ gering ist und für eventuell daraus zu bestreitende Lohnerhöhungen bei weitem nicht ausreicht. Wenn ein Unternehmer nicht in der Lage ist, die ihm anläßlich einer Lohnerhöhung entstehenden vergrößerten Kosten anderen aufzubürden, dann ist er gezwungen, fürderhin auf einen Teil seines bisherigen Gewinnes zu verzichten. Die praktische Belanglosigkeit dieses Falles, daß vermehrte Lohnzahlung mit Hilfe von Einengung des Unternehmerverbrauchs bestritten wird, wird noch dadurch unterstrichen, daß heute ein überaus großer Teil aller Unternehmungen in die Form von Kapitalgesellschaften gekleidet ist. Diese können auf eine Lohnsteigerung lediglich durch verringerte Reservebildung oder durch geringere Dividendenausschüttung reagieren. Aus diesem Grunde also genügt es, wenn wir lediglich die beiden Möglichkeiten einer Lohnerhöhung, erstens auf Kosten der Konsumenten und zweitens auf Kosten des Unternehmergewinns, was dann soviel heißt wie auf Kosten der Rücklagen, besprechen.

Wenn man generell von Lohnsteigerung spricht, so kann man darunter zweierlei verstehen, nämlich einmal eine Lohnsteigerung einzelner Gewerbezweige und zweitens eine Lohnsteigerung, die alle Industrien umfaßt, also eine Steigerung des Lohnniveaus. Diese beiden Möglichkeiten müssen wir gesondert betrachten.

Bekanntlich gliedern sich die Gewerkschaften in Verbände nach fachlichen Gesichtspunkten. Nehmen wir also zunächst an, es gelänge einem solchen Fachverband, die Löhne für seine Mitglieder heraufzuschrauben. Welche Folgen wird ein solcher Akt haben? Zweifellos muß dem Einkommenszuwachs dieser Arbeiter, vorausgesetzt, daß sich sonst nichts geändert hat, insbesondere, daß das Produktionsvolumen konstant bleibt, ein Kaufkraftausfall anderer Leute gegenüberstehen. Es fragt sich nur, wer diese anderen Leute sein werden. Das ist nicht ohne weiteres erkennbar, man muß vielmehr, um das entscheiden zu können, wissen, um welche Art von Industrie es sich handelt, in der die Lohnsteigerung stattgefunden hat. Angenommen, die Nachfrage nach den Produkten dieser Industrie sei äußerst elastisch, das hieße also, die betreffenden Käufer würden bei einer Preiserhöhung dieser Güter unmittelbar durch geringere Nachfrage reagieren, dann geschähe die Lohnsteigerung ohne Zweifel auf Kosten der Unternehmer. Das bedeutet, daß alle Grenzbetriebe, d. h. solche, die keinen Unternehmergewinn abwarfen und für die daher die Erhöhung irgendeines Kostenfaktors, wie in unserem Falle des Lohnes, untragbar ist, zur Stillegung gezwungen werden. Infolgedessen werden hier Arbeiter freigesetzt. In dem umgekehrten Fall jedoch, daß die Nachfrage nach den Produkten des in Frage kommenden Gewerbezweiges unelastisch ist, daß eine Preisvariation den Nachfrageumfang nicht ändert, kann der Unternehmer unbeschadet den Preis seiner Produkte heraufsetzen und auf diese Weise seine infolge der Lohnsteigerung entstandenen Mehrkosten auf die Konsumenten abwälzen. Insofern die Arbeiter, denen die Lohnerhöhrung gelungen ist, zu der Käuferschicht gehören, die die von ihnen verfertigten Produkte kaufen, insofern entspricht ihrer Nominallohnsteigerung keine vollwertige Reallohnsteigerung.

Unter der Voraussetzung ceteris paribus läßt sich also als Ergebnis einer solchen teilweisen Lohnsteigerung feststellen, daß eine Kaufkraftverschiebung eintreten wird. Insofern diese Kaufkraftverschiebung in der Richtung: andere Konsumenten — Arbeiter erfolgt, insofern bedeutet sie Nachfrageverschiebung bei den Verbrauchsgütern mit der eventuellen Folge von Reibungserscheinungen in den betreffenden Industrien, so lange, bis sie sich auf die vermehrte bzw. verminderte Nachfrage umgestellt haben. Man könnte an diesem Punkt noch hinzufügen, daß eine solche Nachfrageverschiebung dann von volkswirtschaftlichem Nutzen sein wird, wenn die Produktion derjenigen Industrien, in denen jetzt ein Nachfragerückgang fühlbar wird, dem Gesetz vom abnehmenden Ertrag unterliegt und die Produktion der anderen Industrie, in der sich jetzt wachsende Nachfrage bemerkbar macht, dem Gesetz vom zunehmenden Ertrag folgt. Dieser Gesichtspunkt soll lediglich angedeutet werden, es würde uns zu weit führen, wollten wir ihn eingehender beleuchten. Immerhin erschien er uns aber erwähnenswert deswegen, weil hierin für diesen Fall die einzige Möglichkeit liegt, daß durch die Lohnsteigerung die zukünftige Produktionsentwicklung beeinflußt wird.

Das Ergebnis der Lohnsteigerung fällt anders aus, wenn die eintretende Kaufkraftverschiebung in der Richtung: Unternehmerkaufkraft — Arbeiterkaufkraft vor sich geht. Da Unternehmerkaufkraft unserer vorangehenden Auseinandersetzung gemäß hier mit Unter-

nehmergewinn, mit Rücklagen, identisch ist, so bedeutet das also abnehmende Nachfrage nach Produktionsmitteln zugunsten einer zunehmenden Nachfrage nach Konsumgütern.

Könnte man annehmen, daß die Arbeiter denjenigen Betrag, um den jetzt ihr Einkommen gewachsen ist, zu Rücklagen benutzten, dann bestünde die einzige Veränderung darin, daß nicht mehr die Unternehmer, sondern die Lohnempfänger die Mittel zur Beschaffung von Produktionsmitteln zur Verfügung stellten; das Nachfrageverhältnis von Erzeugungs- zu Genußgütern wäre um nichts verschoben worden. Die Tatsachen beweisen jedoch, daß Mehrlohn höchstens zu einem geringen Teil Sparzwecken dient, in der Hauptsache wird er konsumiert. Zwar entzieht es sich unserer direkten Beobachtung, welche Verwendung der Mehrlohn findet. Uns fehlen Angaben über die Ausgaben der Arbeiter unmittelbar vor und unmittelbar nach der Lohnerhöhung. Statt dessen können wir uns aber Einkommenssteigerung verwirklicht denken, wenn wir zu gleicher Zeit verschieden hohe Arbeitereinkommen betrachten. Aus den Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen, die das Statistische Reichsamt im Jahre 1927/28 angestellt hat, geht hervor, daß die Arbeitereinkommen bis zu einem Jahreseinkommen von 3000 RM. nur einen Sparsatz von 0,8—0,9% aufzuweisen haben, der sich für Einkommen von 3000—3600 RM. auf etwa 1,1% erhöht und für solche von 3600—4300 RM. auf rund 1,5%. Dabei ist zu beachten, daß nur wenig mehr als die Hälfte aller Arbeiterhaushaltungen überhaupt zu einer Rücklage kommt. Ein voller Ersatz für den Ausfall von Unternehmergewinnen durch eine diesem Ausfall entsprechende Vermehrung der Spartätigkeit der Arbeiter ist danach nicht anzunehmen. Das Sozialprodukt wird jetzt anders aufgeteilt, der dem unmittelbaren Verbrauch dienende Teil wird vergrößert auf Kosten desjenigen, der dem Ankauf von Produktionsmitteln, d. h. dem Ausbau des Produktionsapparates, gewidmet ist. Das ist ein Raub an den Mitteln, die den Weg frei machen für eine Ausdehnung der Erzeugung, den Weg zu einer natürlichen, ökonomisch gesetzmäßigen Lohnsteigerung. Infolge des Absatzrückganges in den Produktionsmittelindustrien müssen dort Arbeiter entlassen werden, so daß einer Lohnsteigerung andererseits vermehrte Arbeitslosigkeit gegenübersteht.

Die Wirkungen, die von einer allgemeinen Lohnsteigerung, also einer Erhöhung des gesamten Lohnniveaus, ausgehen, können zwei verschiedene Gesichter haben. Sobald diese Lohnsteigerung von einer entsprechenden Kreditausweitung begleitet ist, folgt ihr eine allgemeine Preissteigerung, unter der Voraussetzung allerdings, daß sich der Produktionsumfang nicht ändert. Dann können ähnliche Überwälzungsvorgänge stattfinden wie in dem soeben beschriebenen Fall. Bleibt jedoch eine entsprechende Ausdehnung des Kreditvolumens aus, dann steigt auch das allgemeine Preisniveau nicht, und die Lohnsteigerung bleibt größtenteils an den Unternehmern hängen. Folglich werden die Grenzunternehmer in Zukunft für die Produktion ausfallen, und die bisher von ihnen beschäftigten Arbeiter werden arbeitslos. Alle anderen Unternehmer werden ihre Nachfrage nach Produktionsmitteln entsprechend einschränken, so daß also der zukünftige Produktionserlös geringer sein wird, als er es gewesen wäre, wenn keine Lohnsteigerung erfolgt wäre.

Andererseits vermag eine solche Lohnerhöhung bei den Unternehmern eine Tendenz hervorzurufen, zu Produktionsmethoden mit größerem Aufwand an Sachkapital und geringerem Aufwand an Arbeitskraft überzugehen. Je mehr sich diese Tendenz durchsetzt, um so mehr Arbeiter werden freigesetzt. Die intensive Nationalisierung in den Nachkriegsjahren ist zu einem großen Teil auf dieses Moment der Politik hoher Löhne zurückzuführen. Die Unternehmer hielten sich für unfähig, die Löhne auf ein niedrigeres Niveau herabdrücken zu können, und darum rationalisierten sie in großem Stil und so weitgehend, daß dadurch die Arbeitslosigkeit immer noch vermehrt wurde.

Ähnlich wie eine Zinssteigerung, die eine verstärkte Spartätigkeit anregen würde, automatisch wieder umgelenkt würde, so würde eine Lohnsteigerung, falls sie zu gesteigerter Arbeitsleistung, d. h. also zum Mehrproduzieren führen würde, nachträglich gerechtfertigt. Wie steht es nun mit dem Einfluß der Lohnhöhe auf die Arbeitsleistung? Die Arbeit ist eine menschliche Tätigkeit, und darum ist ihre Quantität und Qualität in weitem Maße abhängig von der physischen und psychischen Verfassung des Menschen. Diese wiederum wird stark beeinflußt von den Lebensbedingungen, also von der Einkommenshöhe. Eine Reihe von Sozialpolitikern, an ihrer Spitze Brentano, versuchten nachzuweisen, daß zwischen Lohnhöhe und Arbeitsleistung Parallelität bestehen müßte. Da aber die Umstände, die auf die Arbeitsleistung einwirken, sehr mannigfaltig sind, so ist ein exakter Beweis darüber, inwieweit eine Lohnsteigerung auch Leistungssteigerung bedeutet, unmöglich. Nur das eine steht fest: je niedriger der Lohn ist, von dem man ausgeht, um so größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß ein Aufstieg zu einer höheren Lohnstufe mit wachsender Arbeitsintensität verbunden sein wird. Je höher also der gegenwärtige Lohnstand ist, um so geringere Aussicht existiert, daß durch weitere Lohnerhöhung auch weitere Leistungssteigerung

erreicht wird. Es gibt einen Punkt auf der Lohnskala, bei dessen Überschreitung der Arbeitserfolg nicht im geringsten mehr zunimmt. Die Lage dieses Punktes wird nicht bei allen Ländern übereinstimmen, er wird vielmehr bei den einen früher, bei den anderen später erreicht werden, je nach der körperlichen Konstitution ihrer Bevölkerung und deren Kulturstand. Für alle Kulturländer, speziell auch für Deutschland, scheint uns, daß die Grenze, über die hinaus keine Mehrleistung mehr zu erwarten ist, etwa 1927 überschritten wurde. Darum schaltet die Möglichkeit, eine Lohnerhöhung über den Gleichgewichtslohn durch vermehrte Erzeugung wieder einzuholen und dadurch ihre nachteiligen wirtschaftlichen Folgen wieder zu vermeiden, hier völlig aus.

2. Statistischer Teil.

In Tabelle I sind die Bewegungen der einzelnen hier zur Debatte stehenden Größen aufgezeichnet, wie sie effektiv verlaufen sind. Unsere Beobachtung erstreckt sich auf zwei getrennte Zeitspannen: die erste umschließt die Jahre 1895 bis 1913, und die zweite nimmt ihren Anfang mit dem Jahre 1924. Das dazwischenliegende Jahrzehnt erhält sein Gepräge durch die Kriegs- und Übergangswirtschaft und ist für unsere Zwecke zur Beobachtung absolut ungeeignet, nicht nur weil uns zum großen Teil wichtige Daten für diese Zeit fehlen, sondern auch weil diese Zeit völlig aus dem Rahmen eines normalen Wirtschaftsverlaufs herausfällt. Der Konjunkturzyklus wurde abrupt unterbrochen. Sein Rhythmus war während dieser Zeit nicht mehr so einfach erkennbar wie vorher, da außerwirtschaftliche Einflüsse auf der ganzen Linie wirksam waren und auch der gesamten Wirtschaft ihren Stempel aufdrückten. Schauen wir uns also zunächst einmal den Zeitabschnitt vor dem Kriege an. Zur Illustration, wie sich die Rentabilität der Industrie entwickelt hat, haben wir das Unternehmereinkommen herangezogen. Es scheint uns ein brauchbarer Index für diese Rentabilität zu sein. Für die Darstellung der Lohnbewegung wurde der von Dr. Richter gebrauchte Nominallohnindex benutzt, und als Repräsentant aller Zinsfüße dient wiederum der Privatdiskontsatz. „Die 19 Jahre von 1895 bis 1913 gehören nach deutschen Verhältnissen gemessen, mit 15 dem Aufschwung und mit 4 der Stockung an. Sie enthalten drei Aufschwünge und zwei Stockungen, also zweieinhalb Kreisläufe[1]." „Die Aufschwungsspanne 1895 bis 1913 kann als ein einziger großer Aufschwung angesehen werden, der 1901/02 und 1908/09 durch kurze Stockungen unterbrochen war[1]." Alle drei Beobachtungsgrößen weisen darauf hin: der Lohn steigt, das Unternehmereinkommen steigt und ebenfalls der Zins. Daß der Verlauf aller drei Kurven eine Korrespondenz aufweist, erkennt man auf den ersten Blick, obschon die Zinskurve sich weitaus unruhiger verhält als die beiden anderen und viel größere Ausschläge aufweist; der Zins und speziell der Privatdiskont ist seiner Natur nach entschieden beweglicher und reagiert auf leisere Anstöße als der Lohn und das Unternehmereinkommen, was aber an einer diesen beiden gleichgerichteten Bewegung nichts ändert, den ebenmäßigsten Verlauf hat naturgemäß der Lohn zu verzeichnen. Diese Unterschiede in bezug auf die Beweglichkeit der drei Faktoren, in bezug auf die Abstände der Höchst- und Tiefstpunkte ihrer Kurven sind belanglos, wichtig ist allein für die Verifizierung unserer Erwartung, ob diese Höchst- und Tiefstpunkte aller drei Kurven zeitlich zusammenfallen. Zu Beginn unseres Beobachtungszeitraums, im Jahre 1895, ist ein Aufschwung in der Entstehung, und alle drei Größen befinden sich auf einer aufsteigenden Linie. Alle drei Kurven erreichen um das Jahr 1900 ihren Höhepunkt, fallen gemeinsam davon herab, um in der nun folgenden Stockung immer mehr zu sinken. Im Jahre 1902 finden sie sich übereinstimmend auf dem tiefsten Punkt wieder, auf den sie überhaupt innerhalb dieser Beobachtungsperiode gelangen. Keine von ihnen sinkt in der Folgezeit jemals wieder so tief abwärts. Die Stockung erstreckte sich, wie unser Schaubild zeigt, nur über diese beiden Jahre, ein neuer Anstieg ließ Zins, Lohn und Unternehmereinkommen wieder steigen; während dieser Aufschwungsphase weicht der Diskont für kurze Zeit, für das Jahr 1904/05, von dem aufwärts gerichteten Kurs ab. Eine Erklärung für diese Abweichung bietet die eigentümliche Verschiebung auf dem Kapital- und Geldmarkt, die zu dieser Zeit stattfand. Der Russisch-Japanische Krieg, der zu Beginn des Jahres 1904 ausgebrochen war, hatte die Folge, daß die europäischen Kapitalmärkte durch Kriegsanleihen stark in Anspruch genommen wurden. Auf diese Weise war nicht zuletzt der deutsche Kapitalmarkt erheblich belastet. Der Geldmarkt zeigte im Gegensatz dazu große Flüssigkeit, da die Erträge, die die Kriegsanleihen einbrachten, großenteils wieder auf dem Geldmarkt angelegt wurden[2]. Das Hochschwungsjahr 1907 sieht den Zinssatz auf einem ganz außergewöhnlich hohen Stand, der durch den besonders schweren Kapitalmangel bedingt wurde. Die amerikanische Krise und Kreditnot zu dieser Zeit war so einschneidend, daß sie bis nach Europa weite Kreise

[1] Spiethoff: „Krisen" im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften", Seite 55/56.
[2] Siehe Spiethoff: „Krisen." Seite 57.

zog. Sie verschärfte auch in Deutschland den Kapitalmangel erheblich und trieb den Zins auf solche ungewöhnliche Höhe; die Stockung 1908/09 war nicht sehr tiefgreifend und wurde äußerst schnell überwunden, weil die Antriebskräfte, die dieser gesamten großen Aufschwungsperiode innewohnten, zu stark waren. Wie wir sehen, ist die Stockung weder durch eine Lohnsenkung noch durch ein Absinken des Unternehmereinkommens gekennzeichnet, lediglich durch ein langsameres Tempo des Anstiegs beider Größen. Der Zins sinkt bei weitem nicht so tief wie in der vorhergehenden Depression 1901/02, weil immer noch Kapitalmangel zu verzeichnen ist. Nach Überwindung dieser Stockung sehen wir wieder alle drei Kurven nach aufwärts streben, wenn auch den Zins in ungleichförmigen Sprüngen. „Der Kapital- und Geldmarkt hat während des ganzen Aufschwungs (1910—1913) überwiegend Schwierigkeiten bereitet[1].“ Der überaus scharfe Zinsanstieg der letzten drei Vorkriegsjahre ist auf eine heftige Geldmarkterschütterung zurückzuführen, die ausgelöst wurde durch den infolge der Marokkokrise entstandenen Börsenzusammenbruch und ferner durch die immer fühlbarer werdende Kreditnot, wozu der Balkankrieg einen beträchtlichen Teil beitrug.

Für die Nachkriegszeit bestehen unsere Vergleichsmerkmale wieder in dem Privatdiskont, einem Lohnindex, den wir gewonnen haben aus den Durchschnittswochenlöhnen für gelernte und ungelernte Arbeiter, den Index für die industrielle Rentabilität liefert uns für diese Zeit das Einkommen aus Handel und Gewerbe[2]. Leider liegen bisher für die letzte Größe nur Angaben bis zum Jahre 1929 vor. Wir dürfen aber wohl annehmen, daß die sinkende Tendenz, die diese Kurve ab 1928 aufweist, sich in den folgenden Jahren noch verstärkt fortsetzen wird. Abgesehen also von dem Aufschwung, der gegen Ende 1926 begann und im Anfang 1929 sein Ende fand, bewegen sich Lohnindex und derjenige für die industrielle Rentabilität entgegengesetzt. Teilweise, besonders zu Anfang und gegen Ende dieser Beobachtungsperiode, verläuft auch die Zinskurve in umgekehrter Richtung als die Lohnkurve. Das Verhalten des Lohnes wird durch die gewerkschaftliche Lohnpolitik und die staatliche Beeinflussung der Arbeitspreisbildung genügend erklärt. Dank des Zusammenwirkens dieser beiden Momente steigt der Lohnsatz ununterbrochen während dieses Zeitraums, sie hindern ihn daran, dem Rhythmus der Wechsellagen nachzugeben, der seit der Währungsstabilisierung wieder in der deutschen Wirtschaft spürbar wird. Aber auch die Zinsbewegung unterliegt während dieser Zeit Einflüssen, die nicht aus den wirtschaftlichen Wechsellagen geboren sind, sondern aus außerordentlichen Umständen entspringen. Unter Fortfall dieser Umstände hätte der Zins in seltenen Fällen höher, meist aber wohl tiefer gelegen. Die Flüssigkeit des Geldmarktes während der Stockung von 1926 wird auf Grund von einströmendem Auslandsgeld erreicht. Die darauffolgende Zinssteigerung bis zum Jahre 1927 ist sicherlich einmal wechsellägigbedingt, jedoch wäre ihr Ausmaß nicht so groß gewesen, wenn nicht auch andere Momente hinzugetreten wären, so z. B. kreditpolitischer Art: „Konzentrierung der öffentlichen Gelder (Golddiskontbank) und die Erhöhung der Kassenbestände der Kreditbanken[3].“ Und so geht es fort bis zu dem Höhepunkt von 1929. Ein Nachlassen der Geldmarktinanspruchnahme durch die private Wirtschaft wird sehr häufig deshalb keine Zinssenkung auslösen, weil diese Wirkung durch den beträchtlichen Kreditbedarf der öffentlichen Hand absorbiert wird[4], und nicht zuletzt spielen politische Faktoren eine große Rolle, weiterhin stehen während dieser Zeit der Abfluß kurzfristiger Auslandsgelder und die Flucht deutscher Gelder ins Ausland einer Zinssenkung im Wege. Erst der zunehmende Rückgang der Produktion, der damit verknüpfte Zusammenbruch der Preise und Kurse und die starke Verminderung der Umsätze lassen den Geldmarkt wieder über reichlichere Mittel verfügen und bedingen ein Sinken des Zinsfußes.

Hiermit ist nun die Untersuchung abgeschlossen, die sich mit dem Fragenkomplex der wechselseitigen Abhängigkeit des Kapital- und Arbeitsmarktes, insbesondere der Verknüpfung von Zins- und Lohnbewegungen während eines kurzen Beobachtungszeitraumes, beschäftigt. Zwar haben wir uns bisher nicht ganz strikte an die ausschließliche Betrachtung kurzer Perioden gehalten, vielmehr unterschieden wir schon bei der Untersuchung der Zusammenhänge von Sachkapital und Arbeit kurze, mittlere und lange Phasen und erörterten dabei auch gleichzeitig diese drei verschiedenen Möglichkeiten. Die Betrachtung der Beziehungen zwischen Geldkapital und Arbeitskraft jedoch war bisher nur kurzfristiger Art. Anschließend nun soll die weitere,

1 Siehe Spiethoff: „Krisen“. Seite 58.

2 Stat. Jahrbuch 1931, Seite 532. Dieses Einkommen enthält das Einkommen der freien Berufe sowie der Unternehmer und Unternehmungen, soweit es nicht unter dem Einkommen aus Kapitalvermögen erscheint.

3 Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, 2. Jahrgang, Heft 2, Seite 17, Teil A.

4 Ende März 1929 Bankkredit des Reiches von 150 Mill. RM. Dieser wurde Ende April umgewandelt in einen dreimonatigen Schatzanweisungskredit von 170 Mill. RM. (Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, Teil A, 1929).

nicht zu unterschätzende Frage nach der Auf-die-Dauer-Entwicklung behandelt werden, insbesondere sollen die langfristigen Beziehungen zwischen Lohnsatz und Zinssatz und zwischen Zuwachsrate der Lohnsumme und Sparrate analysiert werden.

IV. Die Betrachtung des langfristigen Zusammenhangs zwischen Geldkapital- und Arbeitsmarkt.

1. Theoretische Erörterungen.

a) Produktionssteigerung und ihre Wirkungen auf den Lohnsatz.

Zu diesem Zweck gehen wir von dem unkompliziertesten Fall aus, der überhaupt denkbar ist, das ist nämlich jener, wo zwar der Produktionsertrag fortlaufend wächst, wo aber immer nur in den alten, eingefahrenen Bahnen produziert wird ohne die geringste Abkehr von den hergebrachten Methoden. Mit Ausdehnung der Produktion steigt sowohl die Nachfrage nach Kapital als auch die Nachfrage nach Arbeitskraft, und zwar in gleicher Proportion, da unter der Hypothese unveränderter Produktionsmethoden beide stets in demselben Mengenverhältnis zur Erzeugung benötigt werden, wobei der Produktionsumfang gar keine Rolle spielt. Unter der Voraussetzung konstanter Arbeiterzahl muß also jetzt sowohl eine Erhöhung des Lohnsatzes eintreten und damit selbstverständlich eine Erhöhung der Gesamtlohnsumme, dem steht auf dem Kapitalmarkt eine entsprechende Zinserhöhung gegenüber. Bei einer unter diesen Annahmen stattfindenden Produktionssteigerung werden also drei, eigentlich sogar vier Größen gleichmäßig anwachsen. Diese vier Größen sind: 1. das Sozialprodukt, 2. der Zinssatz, 3. der Lohnsatz und 4. die gesamte Lohnsumme, was ja notwendig aus Punkt 3 folgt. Lassen wir die erste Hypothese unveränderter Produktionsweise unangetastet, variieren aber die zweite, indem wir jetzt Vermehrung der Arbeiter unterstellen, dann ändert sich natürlich das Resultat. Der Lohnsatz wird sich jetzt nicht parallel zur Größe des Sozialproduktes und zum Zinssatz aufwärts entwickeln, wohl aber die Gesamtlohnsumme. Der absolute Anteil der Arbeiterschaft am Produktionsertrag nimmt in demselben Maße zu wie dieser selbst, nur verteilt sich jetzt dieser Anteil auf mehr Individuen als vorher, und darum erhält jetzt der einzelne verhältnismäßig weniger als vorher. Wie sich nun unter diesen Umständen der Lohnsatz verhält, darüber kann man erst dann etwas aussagen, wenn man genau weiß, in welchem Ausmaß das Sozialprodukt wächst und wie stark demgegenüber die Zunahme der Arbeiterzahl ist. Ist diese sehr schwach, dann wird der Lohnsatz nur um ein geringes weniger steigen als die betreffenden anderen Größen, ist sie dagegen sehr stark, d. h. stärker als die Vermehrung des Sozialproduktes, dann kann es sogar passieren, daß der Lohnsatz sinkt, während die anderen drei Größen steigen. Dieser Fall der Produktionssteigerung bei gleichbleibenden Produktionsmethoden hat lediglich Sinn im Rahmen einer theoretischen Erörterung; praktisch ist er höchst unrelevant, da in einer kapitalistischen Volkswirtschaft eine Produktionssteigerung sich immer in Verbindung mit neuen Produktionsmethoden vollzieht. Wir benutzen ihn auch nur als Ausgangspunkt, um von hier aus weiter entwickeln zu können, welche Vorgänge sich abspielen werden, speziell auf den beiden zur Untersuchung stehenden Märkten, wenn wir das theoretische Schema an die Wirklichkeit angleichen, d. h. wenn wir jene Dinge einbauen, die daran fehlen, falls das Bild den Anspruch auf getreue Wiedergabe der Realität erheben will. Die für unseren einfachen, lediglich vorgestellten Fall gewonnenen Ergebnisse bleiben Ergebnisse einer kausalen Gedankenkette, die an Hand von Tatsachen nicht bewiesen werden können. Sobald wir aber das theoretische Bild dahingehend vervollständigen, daß wir die Erscheinungen in der Form berücksichtigen, wie sie uns die Wirklichkeit darbietet, dann müssen sich die Resultate unserer kausalen Gedankenreihe auch an Hand der Tatsachen verifizieren lassen. Diesen Schritt wollen wir jetzt tun und zunächst also darlegen, wie sich die wirtschaftliche Entwicklung effektiv gestaltet und daraus Schlüsse ziehen bezüglich der Gestaltung von Lohn- und Zinssatz, von Gesamtlohnsumme und Sparrate.

b) Die Wirkungen der Rationalisierung auf Lohn- und Zinssatz sowie auf Gesamtlohnsumme und Sparrate.

Der kapitalistischen Wirtschaft wohnt der Impuls zu immer höherer Entwicklung inne, der Impuls zu immer besseren und größeren Erträgnissen. Sie erreicht dieses Ziel auf dem Wege der Rationalisierung. Um diesen umfassenden Begriff zu erläutern, führen wir ihn näher aus. Auf allen Wirtschaftsgebieten erstreben die wirtschaftenden Individuen eine möglichst vernunftmäßige Anwendung aller zu Gebote stehenden Mittel. Mit Hilfe von technischen Neuerungen und mit Hilfe von immer planvollerer Anordnung der Produktionsfaktoren versuchen sie, den Wirkungsgrad der Arbeit zu steigern und damit das Produktionsergebnis, und versuchen

sie, menschliche Arbeit zu sparen. Hand in Hand mit solchen Rationalisierungsmaßnahmen werden in der kapitalistischen Wirtschaft steigende Erträge erzielt. Wir werden jetzt den Vorgang der Rationalisierung zergliedern und chronologisch die dadurch hervorgerufenen unmittelbaren und mittelbaren Ausstrahlungen auf den Kapital- und Arbeitsmarkt verfolgen. Zunächst nehmen wir an, daß auf allen Märkten freie Konkurrenz herrsche. Es wird rationalisiert. Sagen wir, es hat jemand eine umwälzende Erfindung auf dem Gebiete der Textilindustrie in Gestalt einer arbeitsparenden Maschine gemacht. Auf Grund dessen wird jetzt die Produktion aller Textilfabrikanten weitaus rentabler unter Benutzung der neu erfundenen Maschine als unter Beibehaltung der bisherigen Kombination von Maschinen- und Handarbeit. Die Folge wird sein, daß alle Unternehmer dieser Branche jetzt diese neue Maschinenart nachfragen. Was kurzfristig geschieht, das interessiert uns hier nicht. Was uns an dieser Stelle interessiert, ist, wie sich Zins und Lohn langfristig zueinander verhalten werden. Wir überspringen daher den kurzen Zeitraum, währenddessen sich der eigentliche Rationalisierungsvorgang abspielt, währenddessen die arbeitsparenden Maschinen hergestellt und in den in Frage kommenden Betrieben aufgestellt werden und diese auf diese Neueinrichtung umgestellt werden. Alle diese Vorbereitungen sollen erledigt sein. In dem Augenblick also, wo in der Textilindustrie alles bereit ist, um die Produktion unter den neuen Bedingungen, durch Inbetriebnahme der neuen Maschinen, fortzuführen, wird ein Teil der Textilarbeiter überflüssig. Gleichzeitig hat aber diese Produktionsumstellung auf arbeitsparende Maschinen die Folge, daß die Unternehmer dieser Textilindustrie jetzt größere Gewinne machen als vorher, denn sonst wäre ja die ganze Produktionsumwälzung sinnlos. Überlegen wir nun, welche weiteren Wirkungen die Erscheinung großer Gewinne an einer Stelle der Volkswirtschaft haben. Im Zustande freier Konkurrenz wird es das Bestreben der Wirtschaftssubjekte sein, sich denjenigen Produktionen zuzuwenden, in denen die Gewinne am höchsten sind. Durch den Rationalisierungsprozeß in der Textilindustrie wird infolgedessen eine Tendenz zur Erweiterung der Produktionsanlagen der Textilindustrie hervorgerufen, und diese Tendenz wird so lange anhalten, bis ein Gleichgewichtszustand der Gewinne zwischen allen Produktionszweigen erreicht ist. Für die allgemeinen Auswirkungen, die wir hier betrachten wollen, ist es ganz unwesentlich, ob wir uns vorstellen, daß die Ausdehnung der Textilindustrie von denselben Unternehmern durchgeführt wird, die die Rationalisierung vorgenommen haben, oder ob neue Unternehmer auf den Plan treten, denen auf dem Umwege über die Banken die Unternehmergewinne zur Verfügung gestellt werden. Wesentlich ist lediglich die Tatsache, daß eine Erweiterung der produktiven Anlagen erfolgt. Das bedeutet in bezug auf den Arbeitsmarkt steigende Nachfrage nach Arbeitskraft, so daß die unmittelbar durch die Rationalisierung aus dem Produktionsprozeß ausgeschalteten Arbeitskräfte auf die Dauer infolge der Produktionsausdehnung wieder aufgenommen werden. Diese Wiedereinstellung der freigesetzten Arbeiter erklärt also unter allen Umständen, daß der Lohnsatz auf die Dauer nicht sinkt. Wenn wir uns aber das Bild der industriellen Entwicklung des 19. Jahrhunderts vergegenwärtigen, ein Bild, dessen wesentlichstes Kennzeichen die industrielle Revolution, eine fortwährend sich wiederholende Rationalisierung in den verschiedensten Teilen der Volkswirtschaft ist, so müssen wir sogar mehr als konstante Nachfrage nach Arbeitskraft erwarten, d. h. wir müssen erwarten, daß der Lohnsatz auf die Dauer eine steigende Tendenz zeigt. Unter der Annahme gleichbleibender Arbeiterzahl (und gleichbleibender Arbeitszeit) verändert sich die Gesamtlohnsumme proportional dem Lohnsatz.

Welche theoretischen Erwartungen knüpfen sich nun an einen Rationalisierungsprozeß hinsichtlich des Zinssatzes? Wenn wir ausschließlich die Einwirkungen der Rationalisierungsmaßnahmen auf den Kapitalmarkt untersuchen wollen, so müssen wir voraussetzen, daß die Bestimmungsfaktoren der Kapitalbildung keinen entscheidenden Veränderungen unterworfen werden. Wir müssen z. B. annehmen, daß die Sparmotive im wesentlichen dieselben geblieben sind, daß die Tätigkeit der Banken im Hinblick auf die Kreditgewährung die gleiche ist usw. Eine Erweiterung der produktiven Anlagen bedeutet nun sicherlich eine Steigerung der Nachfrage nach Kapital, die sich unter Voraussetzungen, wie wir sie eben angedeutet haben, auf die Dauer in steigendem Zinssatz ausdrücken muß.

Lassen wir im folgenden die Voraussetzung freier Konkurrenz fallen, und setzen wir an ihre Stelle die Annahme, die einzelnen Unternehmungen der verschiedenen Industriezweige seien zu einem Monopol oder einem monopoloiden Gebilde zusammengefaßt. Was tritt ein, wenn bei solchen Verhältnissen rationalisiert wird? Analog dem Fall des freien Wettbewerbs steigen die Unternehmergewinne, hier also die Monopolgewinne. Während aber unter der Herrschaft freier Konkurrenz mit Hilfe dieser Gewinne der Produktionsapparat soweit wie eben möglich ausgedehnt wird, bleibt diese Wirkung jetzt aus. Bekanntlich gibt es für jeden Monopolisten eine bestimmte Produktionsmenge, bei der ein Maximum an Reingewinn auftritt, dessen

Erzielung er anstrebt. Dementsprechend richtet er das Ausmaß seiner Produktion ein. Dieser höchstmögliche Gewinn wird stets bei einem Produktionsumfang liegen, der kleiner ist, als er es wäre, wenn freie Konkurrenz bestünde. Infolgedessen werden die Monopolisten, falls sie auf Grund von erfolgreich durchgeführten Rationalisierungen höhere Gewinne machen, diese nur bis zu einem gewissen Grade zur Ausweitung ihrer Erzeugung benutzen, und zwar bis zu dem Punkt, über den hinaus eine Erzeugungsausdehnung ihnen kleineren Gewinn brächte. So kommt es, daß eine Rationalisierung innerhalb zusammengeschlossener Unternehmungen den Arbeitsmarkt ungünstiger beeinflussen muß als eine solche in Unternehmungen, zwischen denen freier Wettbewerb besteht. Während die Erscheinung, daß zunächst in den rationalisierten Betrieben Arbeiter entlassen werden, beiden Fällen gemeinsam ist, so werden hingegen im Falle der monopolisierten Industrien anderweitig weniger neue Arbeitsplätze geschaffen als im Fall der freien Konkurrenz, und daher wird sich der Lohn im ersten Falle niedriger einstellen als im zweiten und ebenso die Gesamtlohnsumme. Bei einer solchen Konstellation müssen wir also erwarten, daß sich das Sozialprodukt langsamer vergrößern wird als bei freier Konkurrenz, ferner, daß der Anteil der Arbeiter am Sozialprodukt geringer sein wird, und daß der Lohnsatz und der Zinssatz niedriger liegen.

Das Ergebnis bekommt allerdings ein ganz anderes Gesicht, wenn man annimmt, daß diese infolge der Rationalisierung zusätzlichen Unternehmergewinne gar nicht Unternehmern zugute kommen, sondern steuerlich erfaßt und an den Fiskus abgeführt werden müssen. Sobald dieser sie, wie es wahrscheinlich ist, zu konsumtiven Zwecken verwendet, ist die Möglichkeit einer Produktionserweiterung und damit die Möglichkeit einer Wiedereinstellung aller freigesetzten Arbeiter und erst recht eines darüber hinausgehenden Arbeiterbedarfs abgeschnitten. Was bedeutet nämlich die konsumtive Verwendung der weggesteuerten Gewinne für den ökonomischen Gesamtprozeß? Unter der Voraussetzung konstanter Geldmenge folgt aus der vermehrten Nachfrage nach Genußgütern eine Preissteigerung dieser Güter. Da aber bei unveränderter Geldmenge und unverändeter Gütermenge das Preisniveau ebenfalls unverändert bleiben muß, so muß der Preissteigerung der Genußgüter eine Preissenkung der Produktionsmittel entsprechen. Da nun weiterhin ganz allgemein die angebotenen Mengen eine Funktion der Preise sind, so muß das Angebot an Produktionsmitteln geringer werden, während das an Genußgütern zunimmt. Das, was sich ökonomisch abspielt, ist folglich nichts anderes als eine Umschichtung der Produktion zuungunsten der Produktionsmittelindustrien und zugunsten der Genußgüterindustrien. Jedenfalls tritt eine Tendenz zur Erweiterung des gesamten industriellen Apparates nicht auf, und die durch den Rationalisierungsprozeß ausgegliederten Arbeiter werden nicht ohne weiteres von der Industrie wieder aufgenommen, wie es der Fall ist, wenn die Gewinne nicht weggesteuert werden, sondern in der Hand der Unternehmer verbleiben.

Die Finanzpolitik des Nachkriegsdeutschlands betreibt das Wegsteuern solcher Unternehmergewinne; das Steuersystem ist so eingerichtet, daß alle derartigen Gewinne unfehlbar erfaßt werden. Unmittelbar nach der Inflation setzte innerhalb sämtlicher Produktionszweige eine Epoche durchgreifender Rationalisierungen ein. Den Anlaß dazu gab der während der Kriegs- und Inflationsjahre gänzlich vernachlässigte Produktionsapparat und die Notwendigkeit der Kostensenkung, um wieder internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erlangen. Es blieb nicht bei einer einmaligen umfassenden Rationalisierung, vielmehr wurden in dieser Richtung liegende Maßnahmen auch in den folgenden Jahren immer weiter fortgesetzt. Nicht zuletzt trugen die auf Grund gewerkschaftlicher Machtpolitik erzielten hohen Löhne der Arbeiter dazu bei, daß die Unternehmer auf möglichst arbeitsparende Produktionsmethoden sannen. In dem Moment jedoch, in dem eine geglückte Rationalisierung ihnen wachsende Gewinne abwarf, griff der Staat zu und entzog ihnen auf dem Wege der Steuern diese Gewinne wieder. Daß der Lohn, nachdem er während der Inflation unverhältnismäßig niedrig gewesen war, nach der Stabilisierung gewaltig anstieg und sehr bald einen Stand erreichte, der über dem Gleichgewichtslohn lag, beweist die Arbeitslosenstatistik[1]. Infolge der weggesteuerten Rationalisierungsgewinne und der damit verbundenen Unmöglichkeit, zum bisherigen Gleichgewichtslohn alle durch die Rationalisierung ausgeschalteten Arbeitskräfte wieder in die Produktion aufzunehmen, verursacht ein Sinken des Gleichgewichtslohnes. Da der effektive Lohn starr ist, so erbreitert sich jetzt die Spanne zwischen diesem und dem Gleichgewichtslohn, der also jetzt ein neuer, den neuen Arbeitsmarktverhältnissen angepaßter ist. Das aber bedeutet nichts anderes als wachsende Arbeitslosigkeit.

Wir wiederholen noch einmal die Ergebnisse der einzelnen Punkte, die Wirkungen der Rationalisierung auf den Arbeits- und Kapitalmarkt unter den verschiedenen Bedingungen. Unsere erste Annahme lautete: freie Konkurrenz auf allen Märkten, und das dementsprechende

[1] Siehe Anhang S. 40.

Ergebnis: steigendes Sozialprodukt, steigende Gesamtlohnsumme, steigende Lohn- und Zinssätze. In dem Fall, wo die Unternehmer organisiert sind, wird die Ausdehnung der Produktion bis an die möglichen Grenzen gehemmt, infolgedessen steigen Sozialprodukt, Gesamtlohnsumme, Zins- und Lohnsatz, wenn überhaupt, dann jedoch schwächer, als sie es unter sonst gleichen Umständen, lediglich unter der Voraussetzung freier Konkurrenz, tun würden. Wenn drittens der Lohnsatz gebunden ist und außerdem die Rationalisierungsgewinne der Unternehmer weggesteuert, d. h. also zu konsumtiven Ausgaben verwendet werden, dann müssen sich alle Rationalisierungsmaßnahmen in wachsender Erwerbslosigkeit auswirken.

Wenn wir daher wissen, welche von diesen theoretischen Möglichkeiten während einer gewissen Zeitdauer tatsächlich gegeben war, dann müssen wir daraufhin eine bestimmte Diagnose stellen können, wie sich Gesamtlohnsumme, Zins- und Lohnsatz verhalten werden. Über die Vorkriegszeit ist uns bekannt, daß freie Konkurrenz allenthalben vorherrschte und daß ferner weder staatliche Maßnahmen noch Einflußnahmen irgendeiner anderen Art bestanden, die dazu angetan gewesen wären, die Unternehmergewinne zu absorbieren. Infolgedessen müssen wir vermuten, daß während dieser Epoche das Sozialprodukt bzw. die Gesamtsparsumme und die Gesamtlohnsumme ungefähr übereinstimmend steigen, daß weiterhin Zinssatz und Lohnsatz während dieser Zeitspanne gleichmäßig nach aufwärts gerichtet sind. Für die Nachkriegszeit dagegen müssen wir ein ganz anderes Wirtschaftsbild erwarten, weil sich die Wirtschaftsbedingungen in mehrfacher Beziehung verändert haben: das Wirtschaftsprinzip der freien Konkurrenz ist an mehreren Stellen durchbrochen worden, außerdem wuchs der Finanzbedarf des Staatshaushalts während dieser Zeit enorm und gab Anlaß dazu, die Unternehmergewinne steuerlich äußerst stark zu belasten, wenn nicht gar völlig zu absorbieren.

2. Statistischer Teil.

a) Erläuterungen zur Gewinnung der benutzten Zahlen.

Wir wenden uns nun der konkreten Betrachtung zu. Vor allem interessiert uns die Entwicklung von vier verschiedenen ökonomischen Erscheinungen, wie sie sich innerhalb eines längeren Zeitraums tatsächlich vollzogen hat, nämlich jener Erscheinungen, für deren Gestaltung wir bereits unter den verschiedenen Bedingungen Diagnosen gestellt haben. Welche Bewegungen weisen Lohn- und Zinssatz, ferner Gesamtlohnsumme und Sparrate während der Vorkriegs- und während der Nachkriegszeit auf? Jährliche Angaben über den Lohn- und Zinssatz sind uns ohne weiteres gegeben. Schwieriger dagegen gestaltet sich die Ermittlung der Jahresziffern für die beiden anderen Größen. Um die Entwicklung des jährlichen Kapitalangebotes zu illustrieren, müssen wir uns auf die Wiedergabe der Kreditorenziffern beschränken, wie wir schon oben[1] erwähnt haben. Schauen wir uns dann dazu noch die Entwicklung der Sparkasseneinlagen an[2], dann scheint uns doch die Bewegung der jährlichen Gesamtsparsumme durch diese beiden Zahlenreihen einigermaßen hinreichend vertreten zu sein. Angaben über die jährliche Gesamtlohnsumme unserer Beobachtungszeiträume bestehen nicht. Das Institut für Konjunkturforschung hat lediglich eine Berechnung des jährlichen Arbeitseinkommens in Preußen durchgeführt[3]. Diese Zahlen allein sind jedoch für unsere Zwecke unbefriedigend; darum haben wir eine eigene Berechnung der jährlichen Gesamtlohnsumme auf Grund folgender Methode vorgenommen. Die Berufszählungen von 1895, 1907 und 1925 nennen uns die jeweilige Anzahl der Lohnarbeiter. 1895 waren es 10 746 967 und 1907 13 548 238. Wir verteilen die Differenz auf die dazwischenliegenden zwölf Jahre, und zwar so, daß jedes Jahr die gleiche Zunahme an Lohnarbeitern verzeichnet. Da wir wohl annehmen dürfen, daß sich die Zahl der Lohnarbeiter ungefähr in der gleichen Weise auch bis 1913 vermehrt hat, so zählen wir die gleiche jährliche Zuwachsrate von 1895 bis 1907 auch den folgenden Jahren bis 1913 hinzu[4]. Die Gewerkschaften berichten über den Prozentsatz der Arbeitslosigkeit ihrer Mitglieder[5]. Wir übertragen diesen Prozentsatz auf die gesamte Arbeiterschaft und korrigieren dementsprechend die Zahl der Lohnarbeiter, um auf diese Weise jährliche Ziffern für die beschäftigten Lohnarbeiter zu erhalten[6]. — An Hand der Statistik der staatlichen Invaliditäts- und Altersversicherung berechnet May: „Das deutsche Volkseinkommen im Jahre 1900“ in Schmollers Jahrbuch 1903 das Einkommen der 12 710 000 Versicherten im Jahre 1900 auf 8793,8 Mill. M. Das ergäbe also ein Durchschnittseinkommen pro Kopf von 691,8 M. Die Zahl ist niedrig, weswegen wir auch später äußerst niedrige Zahlen für die jährliche Gesamtlohnsumme erhalten. Ein Grund dafür scheint uns darin zu liegen, daß lediglich Lohneinkommen bis zu 2000 M. versicherungspflichtig waren und daher bei der Berechnung des Durchschnittslohneinkommens die darüber-

[1] Siehe oben S. 14.
[2] Siehe Anhang S. 42.
[3] Siehe Anhang S. 40.
[4] Siehe Anhang S. 40.
[5] Siehe Anhang S. 40.
[6] Siehe Anhang S. 41.

liegenden Lohneinkommen keine Berücksichtigung fanden. Wir multiplizieren die von uns errechnete Zahl der Lohnarbeiter für das Jahr 1900 mit der Lohnquote pro Kopf der Versicherten und erhalten so für das Jahr 1900 eine Gesamtlohnsumme von 8242,2 Mill. M., die aber nur unter der Annahme von Vollbeschäftigung gilt. Erst ab 1903 können wir jährliche Gesamtlohnsummen der tatsächlich beschäftigten Arbeiter berechnen, da erst von diesem Zeitpunkt an über den jährlichen Umfang der Arbeitslosigkeit berichtet wird. Mit Hilfe des von Dr. Richter (Dissertation Richter: „Die Reallohnbewegung in Deutschland, England und den Vereinigten Staaten von Amerika 1890—1913") aufgestellten Nominallohnindexes[1] ist es möglich, die Veränderungen der Höhe des Lohnniveaus zu berücksichtigen und auf diese Art zu einer effektiven Lohnsumme zu kommen[2].

Um die jährlichen Lohnsummen in der Nachkriegszeit zu berechnen, haben wir folgenden Weg beschritten. Hier liegt unserer Berechnung eine Schätzung von Lemmer zugrunde (Lemmer: „Die Größenordnung des deutschen Arbeitereinkommens" in „Der Arbeitgeber", 1929, Nr. 16), die als Lohnsumme für 1928 29,53 Mrd. M. annimmt, allerdings unter der Voraussetzung voller Beschäftigung. — Die jährliche Zahl der Lohnarbeiter errechnen wir folgendermaßen. Für das Jahr 1925 wird sie uns durch die Berufszählung mit 14 433 754 angegeben. Wir nehmen nun an, daß sich die Zahl der Lohnarbeiter in demselben Verhältnis vermehrt wie die Zahl der Erwerbstätigen überhaupt, die 1925 32 009 300 betrug und sich bis 1929 um 1 393 000 erhöhte. Wir verteilen diesen Zuwachs gleichmäßig auf die einzelnen Jahre und nehmen auch von 1924 auf 1925 und von 1929 auf 1930 denselben Zuwachs an[3]. Wir korrigieren diese Ziffern nach der Arbeitslosigkeit und erhalten so die Zahl der tatsächlich beschäftigten Lohnarbeiter (Kurzarbeiter wurden umgerechnet auf Vollarbeitslose). Unter Berücksichtigung der Arbeitslosigkeit beträgt die von Lemmer angegebene Gesamtlohnsumme 26 635 Mill. RM. Da uns die Zahl der in jedem Jahr beschäftigten Lohnarbeiter bekannt ist, können wir eine entsprechende Gesamtlohnsumme für jedes Jahr berechnen, der aber jeweils das Lohnniveau von 1928 unterstellt ist, weil sich die Lemmersche Schätzung auf diesen Zeitpunkt bezieht. Mit Hilfe der vom Statistischen Reichsamt angegebenen Wochenlöhne für gelernte und ungelernte Arbeiter konstruieren wir einen Lohnindex[4]. Von den 1925 gezählten 14 433 000 Arbeitern waren 46% gelernte und 54% ungelernte und angelernte Arbeiter. Wir nehmen das Verhältnis von gelernten zu ungelernten Arbeitern mit 1 : 1 an und vernachlässigen damit die Differenz von 8%, was man wohl verantworten kann, da in den 54% sowohl ungelernte als auch angelernte Arbeiter enthalten sind, tatsächlich aber die angelernten Arbeiter einen höheren Lohn beziehen als die ungelernten. Wir beziehen also die Durchschnittslohnhöhe der einzelnen Jahre auf die Basis 1. Januar 1929 und erhalten so einen Lohnindex, mit dessen Hilfe wir die jährliche Gesamtlohnsumme der beschäftigten Arbeiter korrigieren und auf diese Weise die effektive Gesamtlohnsumme erhalten[5].

Die vom Institut für Konjunkturforschung durchgeführte Berechnung des jährlichen Arbeitseinkommens in Preußen werden wir noch außerdem benutzen. Auf diese Weise erhalten wir gleichzeitig eine Kontrolle für unsere Kurve der Gesamtlohnsummen. Damit hätten wir also das Handwerkszeug beisammen, das wir brauchen, um nachprüfen zu können, ob unsere theoretischen Erwartungen den Tatsachen entsprechen.

b) Interpretation.

Unser Schaubild I, das uns bereits die Illustration der kurzfristigen Bewegungen von Zins- und Lohnsatz bot, kann uns auch jetzt zur Veranschaulichung ihrer langfristigen Bewegung dienen. Zunächst richten wir unser Augenmerk wieder auf die Vorkriegsperiode. Wir müssen die Feststellung machen, daß das Bild, welches uns die beiden Kurven bieten, so ausschaut, als ob die Kurve des Lohnindexes den durch die Zinskurve gelegten Trend darstelle; d. h. also mit anderen Worten, abgesehen von den großen Sprüngen, die die Zinskurve macht und die für sie charakteristisch sind, bewegen sich Zins- und Lohnsatz auf die Dauer in geradezu verblüffender Übereinstimmung. Würde man die verschiedenen Ausschläge der Zinskurve eliminieren, so würden wohl beide Kurven nahezu aufeinanderfallen. Diese Tatsache bestätigt unsere Erwartungen ganz einwandfrei. Gerade dieser betrachtete Zeitraum von 1895—1913 ist gekennzeichnet durch Rationalisierung mannigfacher Art; der Erfolg war, wie wir sehen, eine harmonische Aufwärtsentwicklung von Zins- und Lohnsatz, der Bedarf an Arbeitskräften muß also fortlaufend eine Steigerung erfahren haben.

Im Gegensatz zu der beobachteten Vorkriegsperiode, deren Tatsachenbild uns auf den ersten Blick in hohem Maße befriedigt, weil es so äußerst klar und deutlich das Ergebnis hervorhebt,

---

[1] Siehe Anhang S. 41.
[2] Siehe Anhang S. 41.
[3] Siehe Anhang S. 40.
[4] Siehe Anhang S. 41.
[5] Siehe Anhang S. 41.

zu dem wir bereits auf dem Wege theoretischer Forschung gelangt waren, scheint uns das Tatsachenbild der Nachkriegszeit ein völlig regelloses Durcheinander zu sein, aus dem sich gar nichts ablesen läßt. Hier ist die Lohnsumme weit davon entfernt, mit dem Trend der Zinskurve zusammenzufallen. Und doch bestätigt auch dieses Bild unsere Erwartungen, die ja für diese Zeit mit Rücksicht auf die vielfach variierten Wirtschaftsbedingungen anders geartet sind als diejenigen der Vorkriegsperiode. Vor allen Dingen, wenn man noch außer diesen drei aufgezeichneten Größen die Staatsausgaben[1] sowie die damit zusammenhängende Steuerlast[2] und Schuldenaufnahme der öffentlichen Körperschaften[1], ferner die Soziallast[2] und die Arbeitslosigkeit[4] dazu betrachtet, erhält man ein Bild, das wiederum in allen Teilen auf unser vorgestelltes Bild paßt. Der Lohn steigt während dieser 5 Jahre, weil er gebunden ist; wäre er frei beweglich, würde er sich anders verhalten; dann würde nämlich die weitgehende steuerliche Inanspruchnahme der Unternehmergewinne sich als Lohndruck auswirken können, während sie jetzt notgedrungen in einer wachsenden Arbeitslosenziffer zum Ausdruck kommt.

In einem zweiten Schaubild haben wir aufgezeichnet, wie die Gesamtlohnsumme und die Kreditoren während der beiden zur Untersuchung stehenden Zeitabschnitte verlaufen sind. Für die Vorkriegszeit stand uns noch, wie schon angeführt wurde, die vom Institut für Konjunkturforschung vorgenommene Berechnung des Arbeitseinkommens in Preußen zur Verfügung. Die beiden Kurven, die des Arbeitseinkommens und die der von uns errechneten Gesamtlohnsummen, bewegen sich in makelloser Parallelität aufwärts, worin wir zweifellos einen Stützpunkt für die Richtigkeit unserer Lohnsummenberechnung erblicken können. Die Entwicklung der Kreditoren dagegen vollzieht sich nicht in völlig einwandfreier Übereinstimmung zu den beiden anderen Kurven, im großen und ganzen jedoch zeigen auch sie einen diesen beiden gleichgerichteten Verlauf. Ihr schärferer Anstieg während der Jahre 1900 bis 1905 könnte vielleicht darin eine Erklärung finden, daß innerhalb dieses wirtschaftlichen Aufschwungs in besonders starkem Maße Kreditschöpfung vorgenommen wurde. Wenn also zwar die Steigungsintensität der Kreditoren und der Lohnsummen auch nicht absolut gleich ist, so ist doch offenbar eine Annäherung zu erkennen, die dafür spricht, daß eine Steigerung des Sozialproduktes auf dem Wege von Rationalisierungsprozessen Hand in Hand geht mit einer Steigerung der Gesamtlohnsumme.

Es ist sehr schwierig und nur mit großer Vorsicht möglich, auch die Entwicklung der Kreditoren und die der Gesamtlohnsumme während der Nachkriegsjahre zum Vergleich und als Stützpunkt unserer These heranzuziehen. Hier verlangen die außerordentlichen Verhältnisse dieser Zeit gerade in bezug auf die beiden gegenübergestellten Größen weitgehende Berücksichtigung. Es sei nur angeführt, daß man nicht ohne weiteres ermessen kann, welche Höhe die jährlichen Gesamtlohnsummen gehabt haben würden im Vergleich zu ihrer effektiven Höhe, wenn der Lohn nicht starr gewesen wäre. Ferner muß man in Betracht ziehen, daß die Summe der Kreditoren infolge der Inflation unmittelbar nach der Währungsstabilisierung ganz außergewöhnlich gering war und naturgemäß, nachdem die Mark wieder gefestigt war, in der Folgezeit ganz enorm anwuchs. Trotz dieser Besonderheiten tritt ohne Zweifel eine Tendenz zum gemeinsamen Verhalten der beiden Kurven hervor.

Damit ist auch unsere Betrachtung über den fundamentalen langfristigen Zusammenhang von Kapital- und Arbeitsmarkt abgeschlossen.

---

[1] Siehe Anhang S. 41. [2] Siehe Anhang S. 42. [3] Siehe Anhang S. 41. [4] Siehe Anhang S. 40.

Anhang.

Jahr	Volkseinkommen in Preußen in Mrd.	Arbeitseinkommen in Preußen in Mrd.	Unternehmungseinkommen in Preußen in Mrd.
1893	13,84	10,95	1,35
1894	13,54	10,61	1,35
1895	13,83	10,80	1,43
1896	14,27	11,08	1,56
1897	14,79	11,38	1,75
1898	15,39	11,72	1,94
1899	16,07	12,15	2,19
1900	16,67	12,53	2,35
1901	16,95	12,74	2,35
1902	17,22	13,02	2,17
1903	17,60	13,38	2,17
1904	18,40	13,85	2,25
1905	19,17	14,33	2,44
1906	20,60	15,38	2,80
1907	21,75	16,26	3,05
1908	22,33	16,69	3,16
1909	22,98	16,97	3,22
1910	23,97	17,63	3,35
1911	24,77	18,24	3,54
1912	25,89	19,04	3,81
1913	27,29	19,88	4,22

Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, 2. Jahrgang 1927, Ergänzungsheft 3. S. 32.

Jahr	Zahl der Lohnarbeiter nach den Berufszählungen
1895	10 746 967
1907	13 548 238
1925	14 433 754
	Die daraus errechnete Zahl der Lohnarbeiter in den einzelnen Jahren
1895	10 746 967
1896	10 980 406
1897	11 213 845
1898	11 447 284
1899	11 680 723
1900	11 914 162
1901	12 147 601
1902	12 381 040
1903	12 614 479
1904	12 847 918
1905	13 081 357
1906	13 314 796
1907	13 548 238
1908	13 781 677
1909	14 015 116
1910	14 248 555
1911	14 481 994
1912	14 715 433
1913	14 948 872

Jahr	Erwerbstätige[1]	Lohnarbeiter
1925	32 009 300	14 433 754
1929	33 402 000	

Nimmt man an, daß sich die Zahl der Lohnarbeiter in demselben Verhältnis vermehrt wie die Zahl der Erwerbstätigen überhaupt, dann beträgt die Zahl der Lohnarbeiter in den einzelnen Jahren:

1924	14 276 181
1925	14 433 754
1926	14 591 327
1927	14 748 900
1928	14 906 473
1929	15 064 046
1930	15 221 619[2]

[1] Wirtschaft u. Statistik 1929, Heft 3, S. 121 u. 123.

[2] Das Konjunkturforschungsinstitut veranschlagt die Gesamtzahl der Industriearbeiter für Anfang 1930 auf 10 bis 11 Millionen (einschl. Arbeitslose). Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung 1930, Heft 1, Teil A, S. 42.

Jahr	Arbeitslose in % der Gewerkschaftsmitglieder
1903	2,4
1904	2,0
1905	1,6
1906	1,1
1907	1,6
1908	3,0
1909	2,8
1910	1,9
1911	1,9
1912	1,9
1913	3,1
1924[1]	17,2
1925	9,1
1926	22,7
1927	9,8
1928	9,8
1929	16,5
1930	27,9

[1] Kurzarbeiter umgerechnet auf Vollarbeitslose.

Jahr	Die tatsächlich beschäftigten Lohnarbeiter[1]
1903	12 311 732
1904	12 590 960
1905	12 827 056
1906	13 168 334
1907	13 331 467
1908	13 368 227
1909	13 622 693
1910	13 977 833
1911	14 206 937
1912	14 435 840
1913	14 485 457
1924	11 820 678
1925	13 120 283
1926	11 279 096
1927	13 303 518
1928	13 445 639
1929	12 578 479
1930	10 974 786

[1] Die vorher errechnete jährliche Lohnarbeiterzahl ist mit der Arbeitslosenziffer korrigiert worden.

Jahr	Nominallohn-index[1]
1903	100,0
1904	102,9
1905	106,0
1906	111,2
1907	114,9
1908	116,0
1909	116,7
1910	121,5
1911	123,8
1912	127,1
1913	128,6
1924	54,7
1925	71,9
1926	86,6
1927	87,0
1928	90,3
1929	100,0
1930	103,2

[1] Der Nominallohnindex von 1903—1913 ist der Dissertation von Dr. Richter entnommen: „Die Reallohnbewegung in Deutschland, England und den Vereinigten Staaten von Amerika 1890 bis 1913". Den Nominallohnindex von 1924—1930 haben wir errechnet aus den Durchschnittswochenlöhnen gelernter und ungelernter Arbeiter.

Jahr	Effektive Gesamt-lohnsumme in Mrd. RM.
1903	8 857,4
1904	9 145,8
1905	9 592,5
1906	10 261,1
1907	10 769,1
1908	11 059,5
1909	11 314,7
1910	11 976,3
1911	12 403,0
1912	12 937,6
1913	13 299,2
1924	12 672
1925	18 489
1926	19 144
1927	22 684
1928	23 796
1929	24 653
1930	22 198

Kreditaufnahme der öffentlichen Hand.
Zugang an langfristigen Krediten (in- und ausländischen) in Mill. RM.[1].

	Kreditzugang insgesamt	Vom Gesamtbetrag sind der öffentlichen Wirtschaft zugeflossen
1. Halbjahr 1925	1 741,0	293,8
2. „ 1925	2 168,6	828,1
1. „ 1926	3 657,6	1 537,8
2. „ 1926	4 389,2	1 376,7
1. „ 1927	4 017,1	1 240,0
2. „ 1927	3 273,5	675,4
1. „ 1928	4 278,1	1 631,3
2. „ 1928	3 641,8	886,4
1. „ 1929	3 257,3	925,2
2. „ 1929	2 444,5	724,9
1. „ 1930	4 080,5	2 000,7

Jahr	Der Finanzbedarf je Kopf der Bevölkerung		Die Steuereinnahmen[2] je Kopf der Bevölkerung	
	Betrag RM.	Steigerung auf %	Betrag RM.	Steigerung auf %
1913/14	124	100	70	100
1925/26	232	187	169	242
1926/27	276	222	187	267
1927/28	301	242	217	310

[1] Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung, 3. Jahrgang, Nr. 19, S. 74.
[2] „Die deutsche Finanzwirtschaft vor und nach dem Kriege", S. 38.

Steuerlast und Soziallasten[1]

Jahr	Gesamtsteuerlast a)		Soziallasten b)	
	Mrd. M/RM.	% des Volkseinkommens	Mrd. M/RM.	% des Volkseinkommens
1913*	4,04	9,1	1,05	2,4
1925	10,69	19,7	2,71	5,0
1926	11,76	20,9	3,46	6,2
1927	13,48	21,7	4,17	6,7
1928	14,25	20,8	4,75	6,9
1929	15,00 c)	21,4	4,75 c)	6,8

* Heutiges Gebiet.
a) Einschließlich Sonderleistungen (Rentenbankbelastung usw).
b) Nur Sozialversicherungsbeiträge, da die übrigen Soziallasten in den Steuerzahlen miterfaßt sind.
c) Geschätzt.

[1] Wagemann: „Bemerkungen zum Thema: Kapitalbildung und Steuersystem" in „Kapitalbildung und Steuersystem" S. 190.

Jahr	Der Privatdiskontsatz[1] %
1896	3,03
1897	3,08
1898	3,54
1899	4,45
1900	4,41
1901	3,06
1902	2,19
1903	3,01
1904	3,14
1905	2,85
1906	4,04
1907	5,12
1908	3,52
1909	2,87
1910	3,54
1911	3,54
1912	4,22
1913	5,01
1925	7,62
1926	4,91
1927	5,49
1928	6,54
1929	6,87
1930	4,43
1931	5,60

[1] Die Zahlen von 1896 bis 1913 sind entnommen aus Joh. Pfitzner: „Die neuere Entwicklung des öffentlichen Schuldenwesens in Deutschland." Schmollers Jahrbuch 1914, Bd. 3. Die Zahlen ab 1925 beruhen auf Angaben des Statistischen Reichsamts.

Jahr	Die Kreditoren einschließlich Depositen[1] der Großbanken in Mrd M./RM.
1900	1,4
1901	1,5
1902	1,8
1903	2,0
1904	2,5
1905	3,0
1906	3,5
1907	3,4
1908	3,7
1909	4,1
1910	4,9
1911	5,0
1912	4,9
1913	5,1
1924	3 813,3
1925	5 226,9
1926	6 980,0
1927	8 800,0
1928	11 132,0
1929	12 001,0
1930	11 070,0

[1] Alb. Hahn: „Zur Frage des volkswirtschaftlichen Erkenntnisinhalts der Bankbilanzziffern." Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, 1. Jahrg. 1926, Ergänzungsheft 4, S. 69.

Jahr	Sparkassen-einlagen in Mill. M./RM.[1]
1900	8 914,0
1901	9 595,2
1902	10 359,5
1903	11 125,5
1904	11 937,0
1905	12 731,0
1906	13 411,2
1907	13 920,6
1908	14 552,5
1909	15 672,1
1910	16 780,5
1911	17 821,6
1912	18 679,9
1913	19 689,0
1924	595,4
1925	1 629,1
1926	3 090,5
1927	4 665,4
1928	6 989,7
1929	9 015,6
1930	10 400,0

[1] Die Zahlen von 1900 bis 1913 sind dem Statistischen Jahrbuch von 1915 entnommen, die Nachkriegszahlen den Vierteljahrsheften zur Konjunkturforschung.

Literaturverzeichnis.

Albert, Hermann: „Die geschichtliche Entwicklung des Zinsfußes in Deutschland von 1895 bis 1908". Leipzig 1910.

Beckerath, H. von: „Der moderne Industrialismus." Jena 1930.

Borley and Stamp: „The National Income." Oxford 1927.

Brentano: „Unsere Arbeitslosigkeit." Soziale Praxis 1926, Nr. 46.

Cassel, Gustav: „Verringerung der Arbeitslosigkeit durch Notstandsarbeiten." Soziale Praxis 1926, Nr. 42.

„Die deutsche Finanzwirtschaft vor und nach dem Kriege." Einzelschriften zur Statistik des deutschen Reiches. Berlin 1930.

„Die deutsche Zahlungsbilanz." Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft. Berlin 1930.

Eisfeld, Kurt: „Der Einfluß der sparorganisatorischen Faktoren auf die Kapitalbildung der Gegenwart" in „Kapitalbildung und Steuersystem". Verhandlungen und Gutachten der Konferenz von Eilsen. I. Teil.

Fetter: „Economic Prinzciples." New York 1926.

Fisher: „Die Zinstheorie." Jena 1932.

Gorg, Karl: „Ursachen für die Entwicklung des Reichsbankdiskonts in der Zeit vom 1. Juli bis 1. Dezember 1909." Schmollers Jahrbuch 1911, Band 1 und 2.

Günther: „Sparzwang als Mittel der Kapitalerneuerung." Soziale Praxis, 30. Jahrg., Nr. 27.

Hahn, Albert: „Kapitalmangel." Bankarchiv, 15. Dezember 1925.

Hahn, Albert: „Lohnüberhöhung und Klasseninteresse." Magazin der Wirtschaft, 6. Jahrg., Nr. 23.

Hahn, Albert: „Zur Frage des volkswirtschaftlichen Erkenntnisinhalts der Bankbilanzziffern." Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung 1926/27.

Heiligenstadt: „Der deutsche Geldmarkt." Schmollers Jahrbuch 1907, Band 3 und 4.

Helfferich: „Deutschlands Volkswohlstand 1888—1913." 3. Auflage, Berlin 1917.

Hermberg: „Kapitalbildung und Sozialpolitik." Berlin 1930.

„Kapitalbildung und Investitionen in der deutschen Volkswirtschaft 1924—28." Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, Sonderheft 22. Berlin 1931.

Keynes, J. M.: „Die industrielle Krise." Wirtschaftsdienst 1930, Heft 20.

Keynes, J. M.: „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages." München und Leipzig 1920.

Lampe, Adolf: „Theorie contra Sozialpolitik." Soziale Praxis 1927, Nr. 11.

Landauer, Karl: „Deutsche Kapitalbildung." Deutsche Volkswirt, 5. Jahrg., Nr. 31.

Landauer, Karl: „Arbeitsbeschaffung." Deutsche Volkswirt, 4. Jahrg., Nr. 45.

Lederer, Emil: „Das Allheilmittel der Lohnsenkung." Magazin der Wirtschaft, 6. Jahrg., Nr. 45.

Lemmer, Friedr.: „Die Größenordnung des deutschen Arbeitereinkommens." Der Arbeitgeber 1929, Nr. 16.

Marschak: „Hohe Löhne und die Volkswirtschaft." Die Arbeit, November 1927.

Marshall: „Principles of Economies." London 1898, 1925.

Massar, Karl: „Die volkswirtschaftliche Funktion hoher Löhne." Berlin 1927.

May, R. E.: „Das deutsche Volkseinkommen im Jahre 1900." Schmollers Jahrbuch 1903.

May, R., E.: „Anteil der Arbeiter, der Angestellten und der Selbständigen am deutschen Volkseinkommen des Jahres 1900." Schmollers Jahrbuch 1903, Band 1 und 2.

Mombert: „Betrachtungen über Kapitalmangel und Kapitalbedarf in der deutschen Volkswirtschaft." Ruhr-Rhein-Wirtschaftszeitung, 9. Jahrg., Nr. 16.

Neißer: „Die Zukunft des Kapitalmarktes." Magazin der Wirtschaft, 6. Jahrg., Nr. 13.

Oppenheimer, Hilde: „Tariflohn und wirklicher Verdienst." Magazin der Wirtschaft, 6. Jahrg., Nr. 12.

Richter: „Die Reallohnbewegung in Deutschland, England und den Vereinigten Staaten von Amerika 1890—1913, insbesondere in ihrer Beziehung zur Golderzeugung." (Dissertation.)

Röpke, Wilh.: „Der Einfluß sozialwirtschaftlicher Faktoren (Einkommenshöhe und Einkommensschichtung) auf die Kapitalbildung" in „Kapitalbildung und Steuersystem" Verhandlungen und Gutachten der Konferenz von Eilsen. I. Teil, S. 66.

Rüstow: „Lohnpolitische Kurvenbilder zur Krisenlage."

Schneider, Georg: „Die Messung des Beschäftigungsgrades." Reichsarbeitsblatt, 9. Jahrg., Nr. 15.

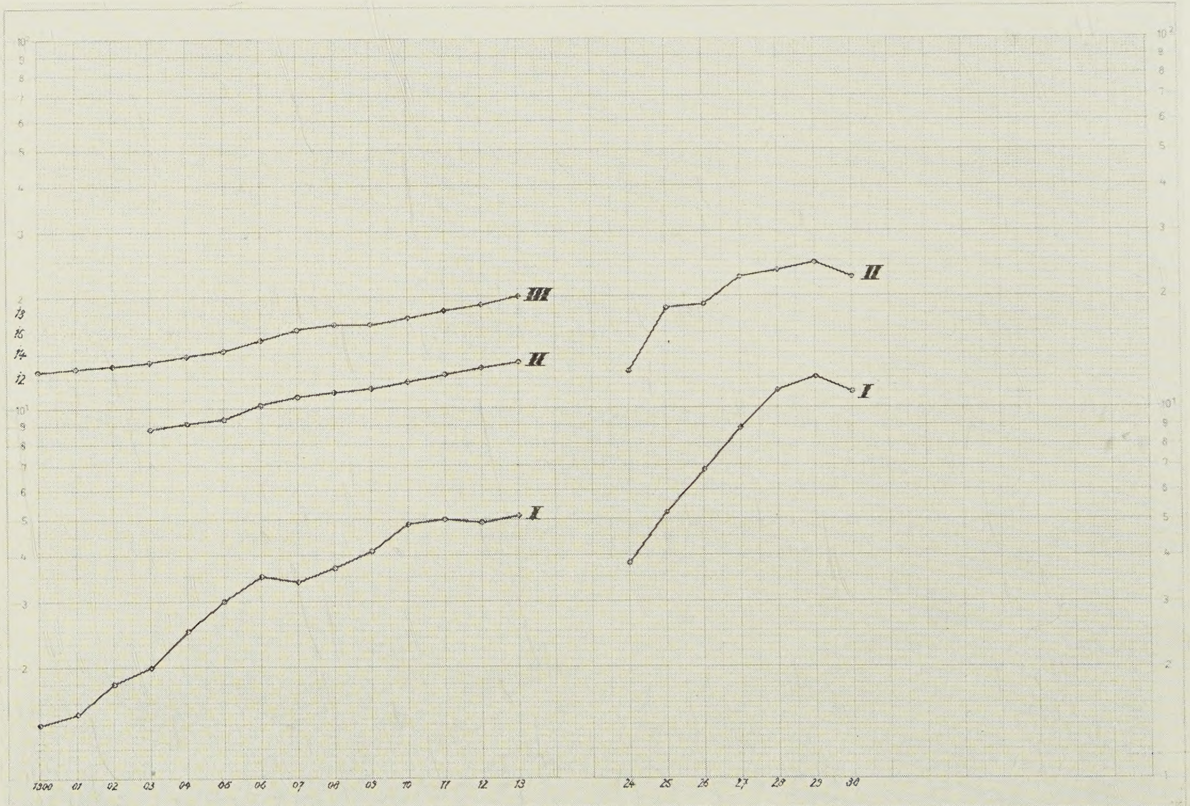
Schumpeter, Josef: „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung." 2. Auflage, München 1926.

Schumpeter, Josef: „Arbeitslosigkeit." Der deutsche Volkswirt, 1. Jahrg., Nr. 24.
Schumpeter, Josef: „Was vermag eine Finanzreform?" Der deutsche Volkswirt, 4. Jahrg., Nr. 3.
Schumpeter, Josef: „Wenn die Finanzreform mißlingt." Der deutsche Volkswirt, 4. Jahrg., Nr. 22.
Schumpeter, Josef: „Wandlungen der Weltwirtschaft." Der deutsche Volkswirt, 4. Jahrg., Nr. 51.
Schumpeter, Josef: „Lohngestaltung und Wirtschaftsentwicklung." Der Arbeitgeber 1928, Nr. 19.
Singer, Kurt: „Verteidigung des Sparens." Wirtschaftsdienst 1931, Heft 8.
Spiethoff, Arthur: „Krisen." Handwörterbuch der Staatswissenschaften.
Spiethoff, Arthur: „Die äußere Ordnung des Kapitalmarktes." Schmollers Jahrbuch 1909.
Wagemann, E.: „Die statistische Erfassung der Kapitalbildung" in „Kapitalbildung und Steuersystem" Verhandlungen und Gutachten der Konferenz von Eilsen. I. Teil, S. 8.
Wallich, Paul: „Beiträge zur Geschichte des Zinsfußes von 1800 bis zur Gegenwart." Conrads Jahrbuch 1911.
Welter, Erich: „Die Ursachen des Kapitalmangels in Deutschland." Tübingen 1931.
Welter, Erich: „Reconvaleszenz. Die deutsche Wirtschaft im Jahre 1926." Frankfurt 1927.
Welter, Erich: „Wachstum. Die deutsche Wirtschaft im Jahre 1927." Frankfurt 1928.
Welter, Erich: „Belastungsprobe. Die deutsche Wirtschaft im Jahre 1928." Frankfurt 1929.
Welter, Erich: „Stockung. Die deutsche Wirtschaft im Jahre 1929." Frankfurt 1930.
Wiese und Kaiserswaldau: „Der Einfluß der psychologischen Faktoren auf die Kapitalbildung der Gegenwart." in „Kapitalbildung und Steuersystem". Verhandlungen und Gutachten der Konferenz von Eilsen. I. Teil, Bln. 1930.
Wilbrandt: „Lohnerhöhung zwecks Produktionsverbilligung?" Soziale Praxis 1927, Nr. 37.
Woytinsky, Wladimir: „Der deutsche Arbeitsmarkt." Berlin 1930.
v. Zwiedineck: „Beiträge zur Erklärung der strukturellen Arbeitslosigkeit." Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung 2. Jahrgang, Ergänzungsheft 1.
Die Arbeit.
Der Arbeitgeber.
Bankarchiv.
Halbjahresberichte der Reichskreditgesellschaft: Deutschlands wirtschaftliche Lage.
Magazin der Wirtschaft.
Reichsarbeitsblatt.
Reichsgesetzblatt.
Ruhr-Rhein-Wirtschaftszeitung.
Schriften des Vereins für Sozialpolitik.
Soziale Praxis.
Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches.
Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung.
Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches.
Wirtschaftsdienst.
Wirtschaftskurve der Frankfurter Zeitung.
Wirtschaft und Statistik.
Wochenberichte des Instituts für Konjunkturforschung.
Conrads Jahrbücher.
Schmollers Jahrbücher.
Handwörterbuch der Staatswissenschaften.

Lebenslauf.

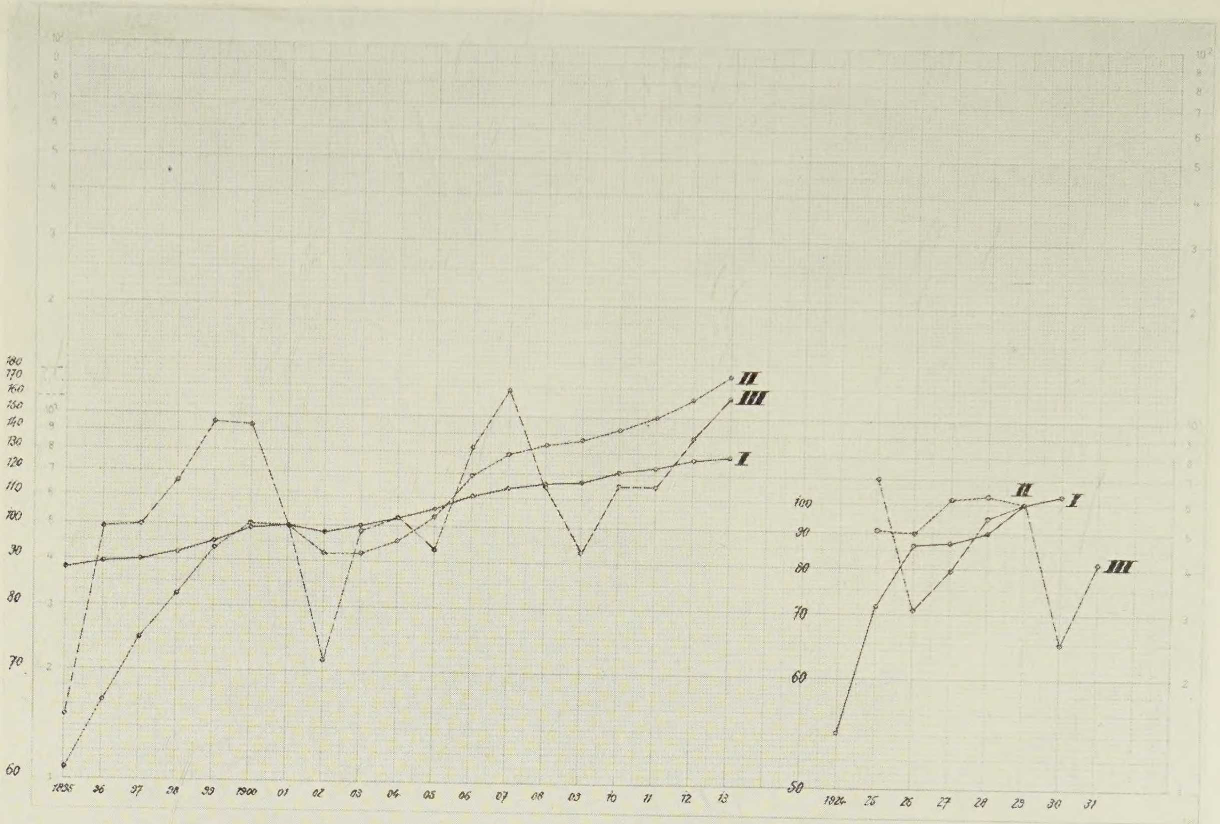
Ich wurde am 18. Februar 1906 als Tochter des Postinspektors Ernst Rinn und seiner Frau, Hedwig, geb. Vetter, in Essen-Rüttenscheid geboren und bin evangelischer Konfession. Von Ostern 1912 bis Ostern 1916 besuchte ich die evangelische Volksschule in Essen-Rüttenscheid, um dann zum Lyzeum der Viktoriaschule in Essen hinüberzuwechseln. Ostern 1926 legte ich an der Studienanstalt der gleichen Schule die Reifeprüfung ab. Anschließend widmete ich mich dem Studium der Staatswissenschaften und besuchte die Universitäten Freiburg, Kiel, München und Bonn. An der zuletzt genannten Universität bestand ich im Juli 1929 die Prüfung zum Diplom-Volkswirt. In Verbindung mit der vorstehenden Arbeit, deren Thema „Die Beziehungen zwischen Kapital- und Arbeitsmarkt" mir von Herrn Prof. Schumpeter gestellt wurde, der die Arbeit auch leitete, bestand ich im Juli 1932 an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn das Rigorosum.

Ilse Rinn.



Eine Achse logar. geteilt von 1 bis 100. Einheit 100 mm. die andere gleichm. in mm

I · Kreditoren
II · Gesamtlohnsumme
III · Arbeitseinkommen in Preussen



Eine Achse logar. geteilt von 1 bis 100. Einheit 100 mm, die andere gleichm. in mm.

I · Lohnindex
II · Index des Unternehmungseinkommens
III · Index des Privatdiskonts